

lateinamerika anders

Österreichs Zeitschrift für Lateinamerika und die Karibik

ISSN 1028-9453

Nr. 3 * Sept. 2022

47. Jahrgang

EUR 5,-

Brasilien am Wendepunkt



Chile

Herber Rückschlag

Kolumbien

Zeit des Aufbruchs

Haiti

Im Bann des
Bandenkriegs

Editorial

Im Referendum vom 4. September stimmte eine deutliche Mehrheit der Chilen:innen gegen den Entwurf einer neuen Verfassung. Für alle, die ihre Hoffnungen auf seine Annahme und damit auf ein sozialeres, ökologisches und feministisches Chile gesetzt hatten, bedeutete das ein politisches Erdbeben. Es war auch eine Niederlage für Präsident Gabriel Boric und seine noch junge Regierung, ging damit doch einer der Grundpfeiler des angestrebten Transformationsprozesses verloren.

Dieser schwere Rückschlag für die Linke kommt angesichts von linken Wahlerfolgen der jüngsten Zeit in Chile und zuletzt auch in Kolumbien überraschend und unerwartet. Trotzdem wird die Suche nach einer neuen chilenischen Verfassung, wenn auch für die fortschrittlichen Kräfte unter erschwerten Bedingungen, weitergehen. Ein neuer Konvent wird einen neuen Text erarbeiten. Denn es wurde zwar der vorgelegte Entwurf, nicht aber dieser Verfassungsprozess, der die noch aus der Diktatur stammende und breit abgelehnte aktuelle Verfassung ersetzen soll, zurückgewiesen. Wie Boric richtig anmerkte: Prozesse der sozialen Transformation erfordern einen langen Atem.

Diesen beweist in Brasilien auch Lula da Silva, der gute Chancen hat, Präsident Jair Bolsonaro in den Wahlen vom 2. Oktober (oder am 30.10. in der Stichwahl) zu besiegen – und damit auf eine dritte Amtszeit als Präsident. Im Schwerpunkt dieser Ausgabe beleuchten profunde Kenner:innen Brasiliens wie Niklas Franzen, Thomas Fatheuer, Ursula Prutsch und Andreas Novy aus verschiedenen Blickwinkeln die katastrophale Bilanz der Regierung Bolsonaro vor dieser Richtungswahl.

Während alle Umfragen für einen Erfolg Lulas an den Urnen sprechen, herrscht große Unsicherheit darüber, ob Bolsonaro seine Niederlage akzeptieren oder sich, gestützt auf seine gewaltbereite Anhängerschaft und das Militär, an die Macht klammern wird.

Wie Chile steht auch Brasilien in den kommenden Wochen vor entscheidenden Weichenstellungen. Zu hoffen ist, dass die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit demokratischen Mitteln geführt und in eine sozial gerechtere und alle Sektoren der Bevölkerung gleichberechtigt einschließende Gesellschaft münden werden.

Eine anregende Lektüre wünscht

Hermann Klosius

Inhalt

BRASILIEN AM WENDEPUNKT

- 4 Zwischen Schreckensbilanz und Wahl-Showdown
Von Niklas Franzen
- 6 Stehaufmännchen Lula
Von Ralf Leonhard
- 7 Hoffnung und Furcht vor den Wahlen
Von Thomas Fatheuer
- 9 Die Bibel und die Pädagogik der Kaserne
Von Ursula Prutsch
- 11 Die Schwarze feministische Flut
Von Angela Figueiredo und Naiara Leite
- 14 Die Arbeiterpartei und das Erbe der Sklaverei
Von Andreas Novy
- 16 Bedrohte Megadiversität
Von Jürgen Kreuzroither

AKTUELLES & ANALYSE

- 18 **Chile:** Rückschlag auf dem Weg zur neuen Verfassung
Von Marco Teruggi
- 19 Erklärung der sozialen Bewegungen für das Apruebo
- 20 Ein Entwurf im Geist des Neuen Konstitutionalismus
Von René Kuppe
- 22 Aufbruch in **Kolumbien**
Von Ralf Leonhard
- 24 **Haiti:** Ein Land im Würgegriff krimineller Banden
Von Jürgen Schübelin
- 26 Ringen um einen Ausweg
Von Jürgen Kreuzroither
- 27 **Nicaragua:** Angriff auf die Kirche
Von Ralf Leonhard
- 28 **El Salvador:** Zwischen „Neuen Ideen“ und alter Wirklichkeit
Interview mit Felix Ulloa
Von Leo Gabriel
- 30 **Ecuador:** Auf Protestwelle folgt Repression
Von Angélica María Bernal und Joshua Holst

- 31 **Peru:** Der lange Schatten des Rassismus
Von Eny Angenvoort

34 KURZNACHRICHTEN

- 36 „Literatur muss eingreifen, damit die Menschen nicht den Verstand verlieren“
Interview mit Juan Gabriel Vásquez

37 BUCHBESPRECHUNGEN

- Niklas Franzen: Brasilien über Alles – Bolsonaro und die rechte Revolte;
- Karin Harrasser: Surazo – Monika und Hans Ertl: Eine deutsche Geschichte in Bolivien; Sergio Ramírez: Tongolele konnte nicht tanzen; Guillermo Arriaga: Das Feuer retten
- 39 Koalition gegen Verschwindenlassen
- 40 Impressum

Zwischen Schreckensbilanz und Wahl-Showdown

Zehntausende in Grün und Gelb gekleidete Brasilianer:innen hatten sich am 24. Juli in einer Veranstaltungshalle im Norden Rio de Janeiros eingefunden. Amtsinhaber Jair Bolsonaro wurde hier offiziell zum Kandidaten für die am 2. Oktober stattfindende Präsidentschaftswahl gekürt. Bei seiner Nominierungsrede polterte Bolsonaro in gewohnter Manier gegen den Obersten Gerichtshof, politische Gegner:innen und verbreitete Lügen über das elektronische Wahlsystem – frenetisch von seinen Anhänger:innen gefeiert. Es war eine deutliche Ansage: Schreibt mich bloß nicht ab! Mit mir ist zu rechnen!

Von Niklas Franzen

Brasilien steuert auf die wichtigste Wahl seiner Geschichte zu. Am 2. Oktober findet im größten Land Lateinamerikas die erste Runde der Präsidentschaftswahl statt. Sollte kein:e Kandidat:in auf über 50 Prozent der Stimmen kommen, gibt es am 30. Oktober eine Stichwahl. Es ist wahrscheinlich, dass es zum großen Showdown zwischen dem aktuellen Amtsinhaber Bolsonaro und Ex-Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva kommen wird. Dann stehen sich nicht nur zwei Personen, sondern auch zwei politische Projekte gegenüber, die die Zukunft des Landes entscheiden werden.

Auch wenn sich Bolsonaro auf den harten Kern seiner Wählerbasis verlassen kann und von einigen gar wie ein Halbgott angebetet wird, sieht es in Umfragen nicht gut für ihn aus. Ex-Präsident Luiz „Lula“ Inácio da Silva, der bereits am 21. Oktober offiziell als Kandidat nominiert wurde, führt in den Umfragen. Das größte Plus des ehemaligen Gewerkschaftsführers: Bolsonaros Katastrophenkurs. Der Rechtsradikale hat in den letzten dreieinhalb Jahren viele alte Wunden aufgerissen, neue hinzugefügt. Wegen seiner Umweltpolitik gilt Brasilien auf internationaler



Brasília, September 2018: Der Protest gegen Bolsonaro konnte seine Wahl nicht verhindern. Haben Brasiliens Wähler:innen dazugelernt?; © José Cruz, Agência Brasil

Bühne längst als Pariastaat. Bolsonaros schulterzuckender Umgang mit der Corona-Pandemie verprellte auch viele eher konservativ gestimmte Brasilianer:innen. Am schwersten lastet auf der Regierung allerdings die wirtschaftliche Talfahrt. Trotz gegenteiliger Versprechungen befindet sich die Wirtschaft des größten Landes Lateinamerikas im freien Fall. Inflation und Arbeitslosigkeit klettern auf immer neue Rekordwerte. Alltägliche Dinge wie Gas- und Wasser zum Kochen sind für viele nicht mehr erschwinglich, vor einigen Monaten wurde das Land erneut auf die Welthungerkarte der UNO aufgenommen.

Parallele Bolsonaro-Welt

Die Regierung sei erledigt, lautet deshalb die Analyse einiger. Doch es wäre ein großer Fehler, bereits einen Abgesang auf Bolsonaro anzustimmen. Bis zur Wahl wird noch viel passieren, das Wählerverhalten ist traditionell extrem volatil, die heiße Phase hat noch nicht begonnen. In den letzten Wochen hatte Bolsonaro leicht aufgeholt. Was ihm zugutekommen wird: Der Kongress hob unlängst die Obergrenze der Staatsausgaben auf. Das ermöglicht mehr Ausgaben für Sozialleistungen und könnte dem angeschlagenen Bolsonaro wichtige

Stimmen bringen. Außerdem: Bolsonaro kann sich auf seine Anhänger:innen verlassen. Der Rechtsradikale hat es geschafft, eine überaus aktive Basis hinter sich zu scharen – im Netz und auf der Straße. Völlig abgekoppelt von jeglicher Rationalität wännen sich die Bolsonarist:innen als Teil eines Kampfes epischen Ausmaßes: eine tapfere Avantgarde gegen die Fake-News-Medien! Das Volk gegen das Establishment! Bolsonaro nährt diese Diskurse, indem er ständig Konflikte mit den demokratischen Institutionen, der Presse und politischen Gegner:innen provoziert. Außerdem bereitet Bolsonaro seit Monaten alles dafür vor, die Wahlergebnisse anzufechten.

Mehrfach erklärte er, die Wahlen nur zu akzeptieren, wenn er gewählt wird. Er verbreitet Lügen über das elektronische Wahlsystem und erklärte, „nur Gott“ könne ihn von der Präsidentschaft entfernen. Die meisten Analyst:innen gehen davon aus: Je enger die Wahl, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass Bolsonaro einen institutionellen Bruch wagt. Kaum jemand bezweifelt, dass es zu Gewalt kommen wird. Am 9. Juli tötete ein fanatischer Bolsonaro-Anhänger einen Lokalpolitiker der Arbeiterpartei PT an dessen Geburtstag. Der Mord löste eine angespannte Debatte über politische Gewalt im nahenden

Wahlkampf aus. Nun wird auch diskutiert, wie man Lula schützen kann. Bei einem öffentlichen Auftritt in Rio de Janeiro trug der Ex-Gewerkschafter eine kugelsichere Weste, aus Sicherheitsgründen soll er umgezogen sein. Trotzdem gelang es Bolsonaro-Anhänger:innen, mehrere Auftritte Lulas zu stören. Und die Bilder vom Capitol-Sturm in Washington, als fanatische Trump-Anhänger:innen Angst und Schrecken in der US-amerikanischen Hauptstadt verbreiteten, könnten als Blaupause dienen. Einige fürchten gar einen klassischen Putsch. Ist das übertrieben?

Ob sich das Militär auf ein autoritäres Experiment einlassen könnte, wird unterschiedlich bewertet. Bolsonaro, selbst Hauptmann der Reserve, ist nicht unumstritten im Militär. Einige können ihm seine Eskapaden als junger Soldat nicht verzeihen, andere stört sein ungehobelter Ton. Doch gerade in den unteren Rängen genießt Bolsonaro viel Unterstützung. Und das Militär hat durch die rechtsradikale Regierung weitreichende Privilegien einfahren können. Während Bolsonaro in fast allen anderen Bereichen die Axt anlegte, erhielt das Militär rekordverdächtige Haushaltszuwendungen, blieb bei der Rentenreform von Kürzungen verschont. Mehr als 6.000 Militärangehörige sitzen in der Regierung, vielfach auf gut dotierten Posten, häufig ohne entsprechende Qualifikationen. So viele waren es selbst zu den Hochzeiten der Diktatur nicht. Sind sie bereit, darauf zu verzichten? Und fühlen sie sich eher dem Präsidenten oder der Verfassung verpflichtet?

Viele Expert:innen meinen, dass Bolsonaro für einen offenen Bruch die Rückdeckung fehlt. Und es stimmt: Trotz seiner autoritären Sehnsüchte und dem konstanten Angriffsmodus ist Brasilien noch weit von türkischen oder belorussi-

schen Verhältnissen entfernt. Es gibt eine aktive Zivilgesellschaft, kritische Medien und die demokratischen Institutionen funktionieren immer noch halbwegs. Auch im Ausland setzen viele auf eine Abwahl des großen Zerstörers. Die Beziehung zwischen Bolsonaro und US-Präsident Joe Biden ist unterkühlt.

Lula: Versöhner und Polarisierer

Außerdem weiß Lula genau, wie er sich zu geben hat: als großer Versöhner, als Anti-Bolsonaro, als jemand, der das Land wieder zusammenbringt. Er zeigt Empathie für die Corona-Toten, gibt sich staatsmännisch auf Europa-Tour. Und er tut, was er schon immer am besten konnte: seine Fühler in alle Richtungen ausstrecken. Am Morgen über ein besetztes Gebiet der linken Landlosenbewegung MST marschieren und am Nachmittag in der gläsernen Bankfiliale Kaffee trinken? Kein Widerspruch für Lula. Bereits vor seiner ersten Wahl im Jahr 2002 legte er das Image des ruppigen Gewerkschaftsführers ab und suchte den großen Schulterchluss. Die Rechnung ging auf, er gewann die Wahl. Durch einen beispiellosen Rohstoffboom stiegen in seiner Amtszeit die Armen ein wenig auf und die Reichen wurden noch reicher. Bei seinem Ausstieg im Jahr 2011 lag seine Zustimmungsrate bei 82 Prozent.

So ist es nicht verwunderlich, dass Lula in vielen Brasilianer:innen das Gefühl von *saudade*, einer Sehnsucht nach besseren Zeiten weckt. Doch die goldenen Zeiten sind vorbei, Brasilien hat sich verändert. Die Fronten sind verhärtet, die Gesellschaft gespalten, wirtschaftlich geht es dem Land schlecht. Außerdem: Für viele gilt Lula als Reinkarnation des Bösen und Symbol für Korruption. Er polarisiert, wie es wahrscheinlich sonst nur Bolsonaro tut.

Zuletzt sendete Lula ambivalente Signale. Er deutete an, die strengen Abtreibungsgesetze zu lockern, versprach ein Indigenenministerium einzurichten und eine neoliberale Schuldenbremse zu kippen, sollte er gewählt werden. Außerdem holte er bei inhaltlichen Debatten soziale Bewegungen mit ins Boot. Gleichzeitig nominierte er aber den konservativen Ex-Gouverneur von São Paulo, Geraldo Alckmin,

als Vize-Präsidentschaftskandidat. Vielen Linken stößt die Personalie bitter auf, doch Alckmins Kandidatur war vor allem eine Botschaft an das bürgerliche Lager: Niemand muss Angst vor mir haben! Lula weiß, dass es ohne die konservative Mittelschicht schwer für ihn wird, die Wahl zu gewinnen. Denn sein Höhenflug in den Umfragen ist wahrlich kein Ausdruck für die Stärke der Linken.

Diese ist schwach, zerstritten und orientierungslos. Seit dem Amtsantritt Bolsonaros hat es bis auf wenige Ausnahmen kaum Proteste gegen die Regierung gegeben, es fehlt an neuen Ideen und charismatischen Persönlichkeiten. In Brasilien ist die Politik schon immer extrem personalisiert. Parteien sind eher unbedeutend, Charisma ist wichtiger als ein stringentes Wahlprogramm. Die meisten Brasilianer:innen sind unpolitisch, nur wenige haben ein klares ideologisches Profil. Der 76-jährige Lula scheint tatsächlich die einzige Person zu sein, die es vermag, Bolsonaro in der Wahl zu schlagen. Deshalb scheint die Devise vieler Linker zu sein: Erst einmal Bolsonaro abwählen, und dann weiterschauen. Doch es ist eine Illusion zu glauben, dass Lula im Fall eines Wahlsieges daran anknüpfen kann, wo er bei seinem Amtsaustritt 2011 aufhörte. Der Politiker der Arbeiterpartei PT wird viele Zugeständnisse an seine konservativen Partner:innen machen und im völlig zerstückelten Parlament hart um Mehrheiten kämpfen müssen.

Außerdem wird er scharfen Gegenwind von ganz rechts bekommen. Der Bolsonarismus wird sich nicht einfach in Luft auflösen, auch wenn der Namensgeber des Phänomens nicht mehr Präsident sein sollte. Denn der Bolsonarismus repräsentiert eine Idee und eine neue Art, Politik zu machen – nicht nur auf der großen Bühne der brasilianischen Bundespolitik. In den Parlamenten im ganzen Land sitzen Tausende ultrarechte Ex-Polizist:innen und bibelschwingende Gotteskrieger:innen, die die Politik bereits nach ihren reaktionären Grundsätzen mitgestalten. So scheint es einfacher zu sein, Bolsonaro abzuwählen, als den Geist des Bolsonarismus aus der brasilianischen Politik zu entfernen. ○

Niklas Franzen ist Journalist und Brasilien-Experte. Gerade ist sein Buch „Brasilien über alles. Bolsonaro und die rechte Revolte“ bei Assoziation A erschienen (siehe auch Buchbesprechungen).



Ist Lulas nicht mehr jugendlicher Elan den Herausforderungen einer 3. Amtszeit gewachsen?; © Heinrich Aikawa, Instituto Lula

Stehaufmännchen Lula

Bei den Wahlen im kommenden Oktober wird die brasilianische Bevölkerung vermutlich vor der Entscheidung stehen, den rechtsextremen Präsidenten Jair Messias Bolsonaro im Amt zu verlängern oder dem ehemaligen Sozialisten Luiz Inácio Lula da Silva eine dritte Amtszeit zu verschaffen. Die Chancen für Lula stehen nicht schlecht.

Buchbesprechung von Ralf Leonhard

Traditionell wird Brasiliens Politik von schwerreichen Familienclans, Großgrundbesitzern, Unternehmern und Militärs beherrscht. Dass ein Mann aus einfachsten Verhältnissen eine ganze Epoche prägen kann, darf also als große Ausnahme betrachtet werden.

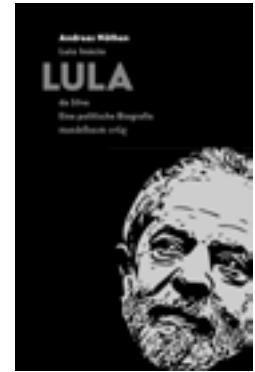
Von viel weiter unten kann man nicht kommen: Als siebentes von acht Kindern kam Lula 1945 in der Kleinstadt Caetés im nordöstlichen Bundesstaat Pernambuco zur Welt. Vater Aristides Inácio da Silva und Mutter Eurídice Ferreira de Mello besaßen kaum formale Schulbildung und konnten in der traditionell ärmsten Region des Landes die große Familie nicht ernähren. So zog der Vater 1956 wie zigtausende Schicksalsgenoss:innen zunächst mit zwei Söhnen in den Umkreis der Metropole São Paulo, wo die Industrie Lohn und Brot versprach. Der junge Lula musste als Schuhputzer zum Familieneinkommen beitragen. Früh ging er in die Fabrik und verlor mit 14 Jahren bei einem Arbeitsunfall den rechten kleinen Finger. Vom einfachen Dreher in der Schraubenfabrik Marte stieg der ehrgeizige Jüngling durch Weiterbildung zum Facharbeiter auf, machte nebenher Matura und kam über seinen kommunistischen Bruder zur Gewerkschaft. Seine Weltanschauung wird in einer US-amerikanischen Biographie als „christlich und nicht marxistisch“ beschrieben.

In den Siebzigerjahren, noch während der Militärdiktatur, machte er in der Metallergewerkschaft Karriere und war 1980, als die Demokratisierung heraufdämmerte, an der Gründung der Arbeiterpartei (PT) beteiligt. Die befreiungstheologisch inspirierte Partei forderte eine Umverteilung des Reichtums, die der herrschenden Klasse als kommunistisch erscheinen musste. Seit der Rückkehr Brasiliens zur formalen Demokratie forderte er alle vier Jahre die etablierte Politikklasse heraus. Jedes Mal konnte der Bürgerschreck mit seiner PT an Stimmen zulegen und musste dafür ein Stück Richtung politische Mitte rücken.

2002 gelang es ihm endlich, sich in einer Stichwahl durchzusetzen. Aber der Preis war hoch. Nur durch Bündnisse mit Zentrums- und Rechtsparteien konnte sich Lula im Kongress die nötige Mehrheit sichern, um sein Reformprogramm durchzubringen. Schon die Zusammensetzung des Kabinetts zeigte den bizarren Balanceakt zwischen gesellschaftlichem Wandel und Beharren. So machte Lula, der Hoffnungsträger der Landlosenbewegung MST, ausgerechnet einen reaktionären Großgrundbesitzer zum Landwirtschaftsminister. Minister für Agrarreform wurde ein linker PT-Politiker, Umweltministerin die Öko-Aktivistin Marina da Silva. Und schon bald wurde ruchbar, wie Abgeordnete mit lukrativen Posten oder Bestechungsgeldern gekauft wurden, damit Lula seine Projekte im Kongress durchbringen konnte. Enge Mitarbeiter wurden verurteilt. Es gehört zu den Geheimnissen der brasilianischen Politik, wie Lula trotz der Skandale in seinem unmittelbaren Umfeld seine persönlichen Beliebtheitswerte steigern konnte.

Bei seiner Wiederwahl 2006 wirkten sich das rasante Wirtschaftswachstum und die zahlreichen Sozialprogramme, die die Armut spürbar reduziert hatten, bereits aus und eine größere Anzahl an Wähler:innen aus den traditionell für rechte Parolen anfälligen marginalisierten Schichten gab ihm ihre Stimme. Dennoch musste er wieder in eine Stichwahl.

Lula wird als tragische Gestalt dargestellt, die ihre besten Absichten der Reihe nach verrät. Das betrifft die versprochene Agrarreform, auf die Millionen Landlose vertraut hatten, und den Schutz des Amazonas-Regenwaldes mitsamt dessen Ureinwohner:innen. Im Bemühen, die traditionellen Eliten nicht zu vergrämen, ließ er (oft unrechtmäßig erworbenen) Großgrundbesitz nicht enteignen und verteilen, sondern setzte auf den Markt. Er ließ Ländereien zu häufig überhöhten Preisen aufkaufen und übergab sie auch an städtische



Cover: Lula da Silva. Eine politische Biografie

Arbeitslose, die bald darauf als Ackerbauern scheiterten und das Land wieder an Großgrundbesitzer verkauften.

Was den Amazonas betrifft, so war der ehemalige Industriearbeiter mehr dem traditionellen Fortschrittsgedanken verhaftet als dem Gedankengut der Ökologie und Nachhaltigkeit. In Lulas zweiter Amtszeit wurde nicht viel weniger Regenwald vernichtet als zuletzt unter dem zu Recht kritisierten Bolsonaro (bei allerdings gegenläufigen Trends). Und sein Vorgänger Fernando Henrique Cardoso ließ mehr indigenes Land durch Demarkierung schützen. Dass Lula dann auch selbst in Korruptionsskandale verwickelt war und nach seiner Amtszeit zu einer hohen Haftstrafe verurteilt wurde, hat seiner Popularität kaum Abbruch getan. Dank eines gerichtlichen Formfehlers wurde Lula nach einem Jahr enthaftet und kann am 2. Oktober wieder kandidieren. Angesichts der verheerenden Umweltbilanz seines rechtsextremen Widersachers verspricht Lula diesmal, den Amazonaswald gegen illegale Abholzung, Brandstiftung und Invasionen von Schmugglern und Goldgräbern zu schützen.

Der deutsche Geograph, Journalist und Lula-Biograph Andreas Nöthen ist aber skeptisch, was Lulas Bereitschaft und Möglichkeit betrifft, längst fällige Strukturreformen anzugehen. Und Brasilien im Jahr 2023 sei nicht mehr dasselbe Land, wie 2003: „Das Land kommt nicht, wie nach der Amtszeit Cardosos, frisch gestärkt, modernisiert und optimistisch daher. Eine fast zehnjährige Wirtschaftskrise, eine Covid-Pandemie und ein Populist haben das Land ausgemergelt. Es wirkt abgekämpft und müde, der Hunger ist zurück.“ ◉

Quelle: Andreas Nöthen: Lula da Silva. Eine politische Biografie

Mandelbaum Verlag, Wien 2022; 256 Seiten, € 20,-

Hoffnung und Furcht vor den Wahlen

2013 begann in Brasilien ein bemerkenswerter Prozess. Die rechte Opposition gegen die damalige Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (PT) eroberte die Straße. Die öffentlichen Mobilisierungen waren ein wichtiges Moment in dem Prozess, der erst zur Amtsenthebung von Rousseff und schließlich zur Wahl von Jair Bolsonaro führte. Bis heute hat sich die Opposition gegen Bolsonaro nicht von dem Schreck erholt.

Von Thomas Fatheuer

Es ist in den mehr als drei Jahren der Bolsonaro-Regierung der Opposition nur ansatzweise gelungen, gegen dessen verbrecherische Politik zu mobilisieren. Dies ist zum einen der Schwäche wichtiger Akteur:innen der Opposition, wie den Gewerkschaften, geschuldet, zum andern aber auch der Pandemie. Gegen die verantwortungslose Covid-Politik des Präsidenten setzte die Opposition auf strenge Isolierung sowie Maskentragen und verzichtete weitgehend auf Kundgebungen und Demonstrationen. Dieser Kurs war nicht unumstritten, setzte sich aber letztlich durch.

Aber nun gab es das erste große Treffen, bei dem sich der Widerstand gegen die Regierung Bolsonaro öffentlich zeigte. In den letzten Julitagen fand in der Amazonasregion, in Belém, das – kurz FOSPA genannte – Panamazonische Sozialforum statt, an dem 40.000 Menschen teilgenommen haben sollen. Die Wahl war nicht zufällig auf Belém gefallen. Sie ist die einzige Hauptstadt eines Bundesstaates, in dem die linken Kräfte den Bürgermeister stellen. Die PT von Lula hatte bei den letzten Kommunalwahlen in keiner einzigen Hauptstadt den Sieg erringen können, und in Belém war es die PSOL, eine linke Abspaltung der PT, die gewann und nun aber auch Lula bei den Präsidentschaftswahlen unterstützt.

Auch anderweitig ist es kein Zufall, dass das Forum in der Amazonasregion stattfand. Der Anstieg der Entwaldung und die Zerstörung von Lebensräumen indigener Völker gehören wohl zu den erschütterndsten Ergebnissen von Bolsonaros Politik. Und während des Forums wurden neue Zahlen veröffentlicht: Die Entwaldung steigt weiter an, nachdem sie schon im Vorjahr neue Spitzenwerte

erreicht hatte. Aber es waren auch die Indigenen, die in den vergangenen Jahren die sichtbarsten Zeichen gegen die Regierung setzten und zu großen Protesten in Brasília mobilisierten. Sie waren auch auf dem Forum sehr präsent.

Ermutigung und Hoffnung, das war immer wieder die Antwort der Teilnehmenden auf die Frage, was das Forum denn für sie bedeute. Aber auch die Furcht war gegenwärtig. „Die Waffen liegen auf dem Tisch“, rief Jurema Werneck auf dem Forum aus. Sie ist Generalsekretärin von Amnesty International Brasilien und bekannte Aktivistin der Bewegung Schwarzer Frauen. Tatsächlich zeigen sich im Wahlkampf Bolsonaro und seine Anhänger:innen zunehmend mit Waffen und rühmen sich ihrer.

Zu den seit Langem schon geführten Diskussionen, wie sich denn die Streitkräfte und die Militärpolizei bei einem Wahlsieg Lulas verhalten würden, rückt nun die Explosion des privaten Waffenbesitzes vermehrt in den Fokus. Die Gesetzgebung unter Bolsonaro hat den Zugang zu Waffen für Sportschütz:innen und Jagdvereine erleichtert. In Brasilien wird diese Gruppe als CAC abgekürzt. Die Anzahl der Mitglieder ist von 117.000 im Jahr 2018 auf 673.818 Bewaffnete angestiegen. Deutlich mehr als die Streitkräfte mit 360.000 Bewaffneten. Sie sind jetzt die größte bewehrte Gruppe im Land, ohne einheitliche Organisation und zentrale Hierarchie. Aber niemand bezweifelt, dass die CACs in ihrer überwältigenden Mehrheit Anhänger Bolsonaros sind und von diesem unterstützt und angefeuert werden. Bolsonaro ist viel mehr als ein Hassprediger, er bewaffnet den Hass.

In dieser angespannten Lage zwischen Hoffnung und Furcht verstärken die Um-

fragen zur Wahl im Oktober die Seite der Hoffnung. Seit Monaten liegt Lula deutlich vorne, sogar ein Wahlsieg im ersten Durchgang erscheint möglich. Klar ist auch, dass es bei einer Stichwahl zu einem Duell zwischen Lula und Bolsonaro käme. Bolsonaros Aussichten auf Wiederwahl stehen schlecht, weil die Bilanz seine Regierung katastrophal ist.

Eine Spur der Zerstörung

2018 konnte Bolsonaro noch als Antipolitiker auftreten und das Blaue vom Himmel versprechen. Nun kann er an der Bilanz seiner Regierung gemessen werden. Und dabei geht es nicht um abstrakte Zahlen, sondern um etwas, was Millionen Brasilianer:innen tagtäglich spüren: Inflation und Hunger. 11,89 % beträgt die aktuelle Inflationsrate (Juni 2022). Die exorbitant gestiegenen Preise sind Thema bei jedem Einkauf. Die Regierung verweist nicht ganz zu Unrecht darauf, dass es sich um ein globales Phänomen handelt. Aber in der Gruppe der 20 größten Ökonomien der Welt (G 20) liegt die durchschnittliche Inflationsrate mit 8,8 % deutlich niedriger.

Nach einer weiteren Erhebung des Statistikinstituts IBGE hat sich die Zahl der Brasilianer:innen, die sich in einer Situation gravierender Ernährungsunsicherheit befinden, von 2014 bis 2019 auf 10,3 Millionen Menschen erhöht, ein Anstieg um drei Millionen. Eine neuere Studie geht davon aus, dass es inzwischen 19 Millionen sind, die hungern, 9% der Bevölkerung Brasiliens. Hinzu kommen 43 Millionen Menschen (20,5%) in der Situation von anhaltender Ernährungsunsicherheit, das heißt ohne regelmäßigen und gesicherten Zugang zu Nahrung.

Dies ist ein Ergebnis des Aus für zahlreiche Sozialprogramme durch die Regierung Bolsonaro.

Mehr internationale Aufmerksamkeit hat die wieder ansteigende Zerstörung des Regenwaldes erregt. Sie ist ein bitterer „Erfolg“ der Politik Bolsonaros: Umweltbehörden wurden finanziell ausgehungert, Kontrollen eingestellt und insbesondere die illegale Goldgräberei systematisch begünstigt. In das Gebiet der Yanomami, eines der größten indigenen Gebiete Amazoniens, in dem 29.000 Indigene leben, sind 25.000 Goldgräber:innen eingedrungen. Gewalt gegen Indigene hat zugenommen, die Ausbreitung von Covid-19 sowie weitere Krankheiten, Naturzerstörung und die Vergiftung der Flüsse durch Quecksilber, all dies sind die unmittelbaren Konsequenzen dieser Invasionen, die auch in anderen indigenen Gebieten nun zur Realität gehören.

Die Liste der sozialen und ökologischen Verwüstungen durch die Regierung Bolsonaro ließe sich lange fortsetzen. Daher ist es nicht überraschend, dass Lula alle Umfragen anführt, sondern dass Bolsonaro unbeirrt von ca. 30% der Wähler:innen unterstützt wird. Seine treuesten Anhänger:innen kommen aus Teilen der ökonomischen Eliten, allen voran dem Agrobusiness, und er profitiert von der Unterstützung durch die evangelikalen Kirchen sowie dem tief verwurzelten Konservatismus breiter Teile der Bevölkerung.

Agrobusiness: Profiteur des Systems Bolsonaro

Es ist absurd: Das Agrobusiness boomt und der Hunger wächst. Das brasilianische Agrobusiness strotzt vor Kraft und Selbstvertrauen und präsentiert sich seit Jahren offensiv als Beispiel wirtschaftlicher Erfolge. Die ökonomische Bedeutung des brasilianischen Agrobusiness ist unbestreitbar: „2021 erreichten die Land- und Viehwirtschaft einen Anteil von 28,9% am Bruttoinlandsprodukt, 2020 waren es noch 26,7%. Dabei entfallen 75% auf die Landwirtschaft und 25% auf die Viehwirtschaft. Das Agrobusiness schafft 18 Millionen Arbeitsplätze, das sind 20% der Beschäftigten Brasiliens. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums (MAPA) war das Agrobusiness für etwa 43 % der gesamten Exporte Brasiliens (im Wert von 120 Milliarden US\$) verantwort-



Ein neues Produkt in den Supermärkten: Hühnerhaut. Für viele Menschen reicht das Geld nicht mehr, um Fleisch zu kaufen; © Thomas Fatheuer

lich“, so eine Aussendung der Botschaft in Berlin. (<http://berlim.itamaraty.gov.br/pt-br/agropecuaria.xml>)

Diese Erfolgsbilanz präsentierte auch Präsident Bolsonaro in einer Rede vor der UN-Vollversammlung im Jahr 2021: „Die globale Krise hat die Landwirtschaft in Brasilien nicht zum Stillstand gebracht. Die Landbevölkerung arbeitet wie nie, produziert Lebensmittel für mehr als eine Milliarde Personen ...Wir garantieren die Ernährungssicherheit von einem Sechstel der Weltbevölkerung. Brasilien entwickelt sich zum größten Produzenten von Nahrungsmitteln in der Welt.“ (<https://www.bbc.com/portuguese/brasil-54288952>)

Ein Blick auf die Exportbilanz zeigt aber, dass der Löwenteil der Exporte (ca. 40%) auf das Konto von Soja und Sojaprodukten geht, dann kommen Rindfleisch, Zucker, Hühnerfleisch und Zellulose. Derweil Soja vornehmlich als Tierfutter dient, ernährt das brasilianische Agrobusiness eher die Tiere der Welt und versorgt die Welt mit Fleisch. Dies dürfte kaum zu einer Verbesserung der Ernährungssicherheit des ärmsten Teils der Weltbevölkerung beitragen. Jedenfalls ist das Agrobusiness deutlich effektiver im Hinblick auf die Ernährung europäischer Schweine als auf die Sicherung der Ernährung der brasilianischen Bevölkerung.

Eine weitere traurige Erfolgsbilanz spiegeln die Zulassungen von Herbiziden und Pestiziden wider, in Brasilien als *agrotóxicos* bezeichnet. Die Zahl der Zulassungen stieg von 139 im Jahr 2015 auf 562 im Jahr 2021: Die Landwirtschaftsministerin der Regierung Bolsonaro hält den Beinamen „Muse der Agrargifte“ zu Recht.

Dies zeigt aber auch, dass zu den Nutznießern des System Bolsonaro nicht nur brasilianische Großgrundbesitzer gehören,

sondern auch ein international aufgestelltes Agrobusiness. Es sind Firmen wie BASF und Bayer/Monsanto, die *agrotóxicos* und das genetisch veränderte Saatgut herstellen und in Brasilien verkaufen, es sind die großen internationalen Trader wie Cargill und Bunge, es sind die Hersteller von Landwirtschaftsmaschinen wie John Deere, die profitieren.

Mag für große Teile der Bevölkerung die Bilanz der Regierung Bolsonaro katastrophal sein, so ist der Blick auf die Profiteure des Systems Bolsonaro doch wichtig. Denn sie sind einflussreich, mächtig und finanzstark und damit in der Lage, eine Reaktion von Bolsonaro auf der Schlussgerade des Wahlkampfes zu unterstützen. Tatsächlich hat die Reaktion begonnen. Unter Bruch aller Versprechen zur Haushaltsdisziplin beschließt das Parlament nun eine Sofortmaßnahme nach der anderen. Sozialprogramme für die Ärmsten (*Auxílio Brasil*) werden aktiviert und aufgestockt, Hilfsprogramme für einzelne Berufsgruppen wie Taxifahrer:innen eingeführt und der Benzinpreis durch Steuerreduktionen gesenkt. Tatsächlich ging Ende Juli der Benzinpreis von sieben auf fünf Reals zurück. Die Kraft von Bolsonaro und seinen Unterstützer:innen sollte nicht unterschätzt werden, die Wahl ist für Lula noch lange nicht gewonnen. ○

Dr. Thomas Fatheuer, Sozialwissenschaftler, hat viele Jahre in Brasilien gelebt und gearbeitet. Zuletzt hat er das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro geleitet. Seit 2010 lebt er wieder in Deutschland und ist als Autor tätig. Er hat zahlreiche Studien und Artikel zu Amazonien und der Ökonomisierung der Natur veröffentlicht.

Die Bibel und die Pädagogik der Kaserne

Wie Militärs und Evangelikale die Politik beeinflussen

Am 11. August 2022 gingen in allen Hauptstädten Brasiliens tausende Menschen auf die Straßen, um die Demokratie zu verteidigen. Die Bilanz der Regierung Bolsonaro ist für einen großen Teil der Bevölkerung desaströs. Zur hausgemachten Krise, zur systematischen Ausbeutung von Natur und Menschen, zum katastrophalen COVID-Management kommen nun auch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges hinzu.

Von Ursula Prutsch

Der landesweite Protest vom 11. August richtete sich auch gegen die verbalen Angriffe des Präsidenten auf eines der international hochgeschätzten Symbole der brasilianischen Demokratie: das elektronische Wahlsystem. Seine Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Wahlablaufs, der ungleich besser funktioniert als in den USA, lässt berechtigte Ängste aufkommen. Die Demokratie steht bei diesen Präsidentschaftswahlen im Oktober 2022 auf dem Spiel. Selbst US-Präsident Joe Biden, der mit der Überzeugung von Trump-Anhängerinnen und -Anhängern zu kämpfen hat, die Wahl von 2020 sei ihrem Idol gestohlen worden, ließ verlauten, er vertraue auf die brasilianische Demokratie.

Diese mahnenden Worte waren freilich auch an das Militär gerichtet, das unter der Präsidentschaft des ehemaligen Hauptmannes Bolsonaro in einem Ausmaß profitiert hat wie seit der Diktatur nicht mehr. Deshalb ist es irritierend, wenn das Verteidigungsministerium forderte, aus den Reihen des Militärs mögen „unabhängige“ Beobachter die Rechtmäßigkeit der Wahlvorgänge kontrollieren – und das mit Erfolg.

Bolsonaros Vizepräsident General Hamilton Mourão hatte vor der letzten Wahl einen *autogolpe* angedacht. Er meinte damit, das Militär könnte „moderierend“ eingreifen, sollte die öffentliche Sicherheit durch „Chaos“ in Gefahr sein. Über 6.000 hohe, gut dotierte Posten haben die Militärs inne, in zentralen Ministerien und in ihrem bevorzugten Aktionsraum, dem Amazonasgebiet, wo sie von Naturzerstörung, (illegalem) Goldabbau, von kapitalistisch-technokratischen Großprojekten profitieren und die massive Bedrohung indigener Völker tolerieren. Auch von Kürzungen in der letzten Pen-



Die Einsätze von Polizei und Militär in den Favelas fordern immer wieder Menschenleben; © Nueva Sociedad

sionsreform sind sie ausgenommen. Deshalb fürchten sie um ihre Privilegien, sollte Lula da Silva zum dritten Mal Präsident werden. Anders bei Bolsonaro. Sein Kandidat für die Vizepräsidentschaft ist wieder ein General, diesmal Walter Braga Netto, der eine Zeitlang Verteidigungsminister war und dem wenig belehrbaren, irrational denkenden Präsidenten weniger widerspricht als Mourão.

Da Bolsonaro demokratische Institutionen nicht respektiert, da er provoziert, spaltet und zu Chaos anstiftet, was auch dazu dient, den systematischen Umbau von Institutionen im Hintergrund zu kaschieren, ist ein *worst-case-Szenario* eines *autogolpe* oder massiver Gewalt auf den Straßen vorstellbar, wenngleich nicht alle Streitkräfte gleichermaßen hinter dem politisch angeschlagenen Präsidenten stehen.

Reaktionäres Weltbild

Außer Zweifel steht, dass Bolsonaros Weltbild auch im Bildungs- und Wissenschaftsbereich zum Tragen kommt. Dabei ist weltanschaulich offene Bildung ein Gradmesser für den Willen einer Regierung, möglichst vielen die Chance zu bieten, emanzipierte und selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger zu werden. Es ist kein Wunder, dass Rechtspopulisten und Rechtsradikale wie Ex-Hauptmann Bolsonaro sich vor einer kritisch-analytischen Zivilgesellschaft fürchten. Für ihn und die Regierung zählen Gehorsam und Fügsamkeit, Wissenschaftsfeindlichkeit und fundamentale Bibelgläubigkeit, Rückkehr zu traditionellen Geschlechterrollen und den rassistischen Kategorien der jahrhundertelangen Sklavenhaltergesellschaft zu den Zielen der Bildungspolitik, aus der sich der Staat nur vermeintlich zurückziehen will.

Denn das Bildungs- und das Verteilungsministerium haben mittlerweile 200 sogenannte zivil-militärische Schulen (die meisten im Bundesstaat Paraná) eingerichtet, in denen genderkonservative Werte und autoritärer Gehorsam unterrichtet werden, weil Militärangehörige administrative und disziplinarische Aufgaben übernehmen. Diese „Pädagogik der Kaserne“ ist ein versuchter Gegenentwurf zu Paulo Freires *Pedagogia do Oprimido*, zur Erziehung als Praxis der Freiheit, Emanzipation, sozialer Verantwortung und Bürgersinn. Für Bolsonaro ist der 1997 verstorbene Freire ein Aufwiegler, dessen Pädagogik zu verbannen ist, wie überhaupt „alles Linke“, wie Sexualerziehung und Anti-Rassismus.

Olavo de Carvalho, ein 2022 an Covid verstorbener Verschwörungstheoretiker, der großen Einfluss auf Bolsonaro hatte, empfahl ihm, bildungspolitische Agenden den privaten Schulen zu überlassen, sodass die Regierung das Privatschulsystem, etwa durch Kirchen fördert. Dieselben Werte wie die Militärs vertreten rechtskonservative Katholiken und die evangelikalen Kirchen, denen über dreißig Prozent der Bevölkerung angehören. Gerade ultra-konservative Pfingstkirchen haben durch ihre penetrante, auch vor Fake News nicht zurückschreckende, Medienarbeit Jair Bolsonaro 2018 zum Sieg verholfen. Pastorinnen und Pastoren wurden deshalb mit einflussreichen Posten bedankt. Im Bildungsministerium haben sie Schlüsselpositionen inne und fördern in Schulen massiv den Kreationismus statt der Evolutionslehre. Und nicht nur dort. Die Pastorin und Familienministerin Damares Alves treibt die Missionsarbeit bei Indigenen voran. Selbst nicht-kontaktierte Gruppen hat sie anvisiert.

Der Einfluss von Evangelikalen auf das Bildungssystem macht auch vor der universitären Lehre nicht halt. Benedito Aguiar Neto, ehemaliger Rektor der presbyterianischen Mackenzie Universität, einer Eliteschmiede in São Paulo, die sich in den 1960er Jahren auf die Seite der Militärdiktatur stellte, wurde von Bolsonaro zum Präsidenten von *Capes*, der einflussreichen Forschungsförderungsbehörde des Bundes, ernannt. Aguiar Neto unterstützt zudem die Kampagne des *Intelligent Design*. Diese behauptet, dass bestimmte Entwick-

lungen der Erde durch einen intelligenten Planer zustande gekommen seien, und bietet dieses pseudowissenschaftliche Erklärungsmodell gerade im Biologieunterricht als Alternative zur Darwin'schen Evolutionslehre an.

Von Mittelentzug bis Kulturkrieg

Brasilien ist noch immer eine Demokratie und greift weniger in die schulische und universitäre Lehrfreiheit ein als Polen oder Ungarn. Doch das kann sich rasch ändern. Der Haushalt des Wissenschafts- und Technologieministeriums wurde 2021 um 34 Prozent gekürzt. Das bedeutet weniger Geld für staatliche Forschungseinrichtungen und Gehälter. Dabei hat es die Regierung Bolsonaro keineswegs nur auf die Geistes- und Sozialwissenschaften abgesehen, die in neoliberaler Logik keinen unmittelbaren Nutzen bringen, sondern auch auf renommierte Institutionen wie die *Fiocruz* in Rio de Janeiro. Sie entwickelt gerade Impfstoffe gegen Malaria und Gelbfieber, aber die Regierung ist nicht am Wohl der Amazonas-Bewohnerinnen und -Bewohner interessiert, die – wie Indigene und *Quilombolas* – an Gemeinschafts- statt Privateigentum festhalten und sich all den illegalen Eingriffen in ihr geschütztes Land vehement entgegensetzen.

Noch sind akademische Eliten, weil sie meist dem Mittelstand angehören, nicht gefährdet. Manche versuchen, wie mein Kollege João Fábio Bertonha mir erzählte, sozialpolitisch heikle und Bolsonaro-kritische Themen aus Angst vor Diffamierung in sozialen Netzen zu vermeiden. Solche Diffamierungen gab es freilich schon, ebenso verbindliche Richtlinien für akademisch Lehrende in administrativen Spitzenpositionen, die Regierung nicht zu kritisieren.

Insgesamt haben sich die Bedingungen in den öffentlichen Schulen Brasiliens, die ohnehin im internationalen Vergleich weit hinten rangieren, auch Covid-bedingt nochmals verschlechtert. Internetanschlüsse, Schulbibliotheken fehlen, Bücher sind oftmals nicht leistbar. Zu den großen Verlierern gehören all jene, die als erste ihrer Familien einen akademischen Abschluss erkämpfen wollten und aufgrund von massiven Stipendien- und Budgetkürzungen oder wegen der gestiegenen

Arbeitslosigkeit und Inflation ihre Träume vom sozialen Aufstieg begraben müssen.

Die Ideologie von Evangelikalen, ihre biblische Kampfrhetorik von Gut gegen Böse, die endzeitlichen Vorstellungen von der Schlacht von Armageddon, die fixe Idee der Militärs vom inneren Feind (während der Diktatur) und globalistischen „Bedrohungen“ sowie Bolsonaros Kulturkrieg gegen die Opposition fügen sich ineinander. Allesamt sind sie anfällig für Esoterik und Verschwörungserzählungen, wenn ihre Wertvorstellungen bedroht sind.

Lulas Pragmatismus

Ex-Präsident Lula da Silva hat insofern vom Wahlkampf 2018 gelernt, als er nicht eine marxistische Revolutionsromantikerin der gehobenen Mittelschicht wie Manuela d'Avila als Mitstreiterin aufgestellt hat, die damals bei Interviews im staatlichen Fernsehen nicht in der Lage war, eine klare Linie zwischen einer weltanschaulich liberalen Demokratie und kommunistischen Diktaturen zu ziehen. Er wählte den Zentrumspolitiker Gerardo Alckmin als Vizepräsidentenskandidaten, um den *Centrão* und vielleicht enttäuschte *bolsonaristas* an seine Seite zu ziehen und die Behauptung, er und die PT seien kommunistisch, zu entkräften. Lula will die pragmatische Tugend des Kompromisses gegen die gesplante und gewaltbereiter gewordene Gesellschaft hochhalten.

Lula da Silva nahm an den Solidaritätsmärschen für die Demokratie vom 11. August nicht physisch teil, sondern äußerte sich in den sozialen Medien. Dass er ein Vollblutpolitiker ist, der weiß, welche Sätze, welche sprachlichen Symbole wann zu verwenden sind, hat er wieder unter Beweis gestellt. „Dieses Land muss wieder souverän werden“, erklärt er, bewusst an die Streitkräfte gerichtet und all jene, die für Wirtschaftsliberalismus und bildungspolitischen Elitismus stehen: „Ein Land wird dann souverän sein, wenn seine Bevölkerung respektiert wird, wenn es Arbeit, Bildung, Löhne, Essen und Gesundheit gibt. Wenn die Einwohner würdige Bürgerinnen und Bürger geworden sind, wenn alle Menschen Rechte haben, die in unserer Verfassung, der universellen Erklärung der Menschenrechte und auch in der Bibel stehen.“

Wenngleich sich Lula aus strategischen Gründen gegen eine Frau, Indigene oder Afro-Brazilianerin als Vizepräsidentenschaftskandidatin entschieden hat, so treten bei den Wahlen am 2. Oktober, bei der 28.274 Gouverneurs-, Senatoren-, Abgeordnetenposten und Gemeinderäte neu zu besetzen und 32 Parteien sowie drei Wahlbündnisse vertreten sind, mehr Frauen und afrobrasilianische Kandidierende an als je zuvor. Laut offiziellen Statistiken sind 33 Prozent der Kandidierenden Frauen. 48,8 Prozent sind Weiße (brancos), 35,6 Prozent Farbige (pardos), 13,9 Prozent Schwarze (pretos), 0,62 Prozent Indigene und 0,4 Prozent stammen aus der asiatischen Minderheit.

Jair Bolsonaro fürchtet um die Wiederwahl. Sein Wahlkampfteam mahnt ihn, seine angriffige Rhetorik zu lassen. Gerade ließ er Sozialeleistungen aufstocken und Kraftstoffpreise senken. Trotz dieser Symbolpolitik ist sehr zu hoffen, dass die breite Allianz demokratischer Kräfte Bolsonaro aus dem Amt wählt, dass Lula am Leben bleibt und das Militär eine mögliche Wahlschlappe für den Präsidenten akzeptiert. Wie eine der größten Volkswirtschaften der Welt in den nächsten vier Jahren regiert wird, spielt nicht nur für das Land selbst eine entscheidende Rolle. ●

Ursula Prutsch ist Professorin für Geschichte der USA und Lateinamerikas am Amerika-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Die Schwarze feministische Flut

Als Wahlkandidatinnen und Anführerinnen von Bewegungen gestalten Schwarze Frauen in Brasilien die politische Macht neu und schaffen dabei neue, bejahende Repräsentationsformen.

Von Angela Figueiredo und Naiara Leite

Am 2. Juli 2019 gab die Soziologin Vilma Reis ihre Absicht bekannt, für die Brasilianische Arbeiterpartei (PT) in Salvador, der Hauptstadt des Bundesstaates Bahia, für das Amt der Bürgermeisterin zu kandidieren. In den Vorwahlen vor den Kommunalwahlen 2020 bezog ihre Kampagne unter dem Namen „Agora é Ela!“ verschiedene soziale Bewegungen mit ein. An vorderster Front stand die Schwarze Frauenbewegung.

Nach dem Marsch Schwarzer Frauen gegen Rassismus, Gewalt und für ein Gutes Leben in Brasília 2015 und dem Mord an der Aktivistin und Stadträtin Marielle Franco in Rio de Janeiro 2018 hat in der brasilianischen Politik die Zahl Schwarzer Frauen in führenden Positionen deutlich zugenommen. Während der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 zeigten Schwarze Frauen eine beeindruckende öffentliche Präsenz. Sie beteiligten sich an Initiativen wie der Herstellung und Verteilung von Gesichtsmasken und Lebensmitteln, leisteten Gewaltopfern Hilfe

und nahmen an diversen Online-Aktivitäten teil. Für diese Frauen spielte Kommunikation, vor allem über soziale Medien, eine entscheidende Rolle, nicht nur in ihren politischen Kampagnen, sondern auch um gegen die etablierte Ordnung und die vorherrschenden Repräsentationen Schwarzer Frauen anzukämpfen. Dabei haben sie gegenhegemoniale Narrative geschaffen, indem sie neue Bilder von Schwarzen Frauen und der Schwarzen Gemeinschaft insgesamt zeichneten.

Zusätzlich zur steigenden Zahl Schwarzer Kandidatinnen zeugt auch die Vielfalt der Organisationen, die sich der Unterstützung Schwarzer Frauen in Führungspositionen widmen, von ihrem Widerstand in den sozialen Medien und auf der Straße. Darunter sind Organisationen wie *Enegrecer A Política* (die Politik Schwarz machen), *Schwarze Frauen Entscheiden* und *Ich Wähle Schwarz*. Ein weiteres wichtiges Beispiel ist das *Permanente Forum Marielle Franco zur Politischen Stärkung Schwarzer Frauen*, oder einfach das *Marielles Forum*. Es wurde am 14. März 2019, dem ersten Jahrestag der Ermordung von Marielle Franco, ihr zu Ehren und als Ausdruck des Protests in Salvador gegründet. Es will die Beteiligung Schwarzer Frauen in politischen Führungspositionen fördern und für ihre positive Aufnahme werben. Die Kommunalwahlen 2020 haben gezeigt, dass Schwarze Frauen vielfältig, aber nicht zerstritten sind.

Im Vorfeld des Schwarzen Frauenmarschs 2015 veröffentlichte die Schwarze Frauenbewegung einen offenen Brief, in dem sie zu einem neuen sozialen Pakt auf nationaler Ebene aufruft. „Als Anführerinnen bieten wir Brasiliens Staat und Gesellschaft unsere Erfahrungen an, um gemeinsam eine andere Dynamik des Lebens und des politischen Handelns zu schaffen, die nur möglich ist, wenn Rassismus, Sexismus und alle Formen der



Brasília, 18.11.2015: Marsch gegen Rassismus und Gewalt; © Tiago Zenero

Diskriminierung überwunden werden, die für die Verleugnung der Menschlichkeit Schwarzer Frauen und Männer verantwortlich sind“, heißt es in dem Brief. „Wir erklären, dass der Aufbau dieses Prozesses hier und jetzt beginnt.“ Der Brief enthielt mehrere zentrale Forderungen, die später im Mittelpunkt der Wahlkampagnen Schwarzer Frauen standen, darunter das Recht auf Leben und Freiheit, die Förderung der Rassengleichheit, das Recht auf Arbeit, Bildung, Gerechtigkeit, Wohnung, öffentliche Sicherheit und Kultur. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Bewegung ist der Kampf gegen die Masseninhaftierung der Schwarzen Bevölkerung.

Im Gegensatz zum Begriff der „Wellen“, mit dem der Mainstream-Feminismus beschrieben wird, definiert sich diese Bewegung selbst als Schwarze feministische Flut. Diese Charakterisierung stellt einen Bruch dar, da die anderen feministischen Wellen keine Schwarzen feministischen Beiträge enthielten. Sie spielt auch auf den Ort an, an dem Schwarze Frauen aus traditionellen und Quilombola-Gemeinschaften Nahrung finden: das Meer. Die Botschaft ist klar: Wir werden unsere eigene Geschichte erzählen!

Die wachsende Zahl von Forschungsarbeiten zu rassistischen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten hat feministische Kämpfe und ihre Nutzung digitaler Plattformen angeheizt, den Schwarzen feministischen Aktivismus verstärkt und einen vielfältigen Schwarzen feministischen Cyber-Aktivismus hervorgebracht.

Auf politischer Ebene versucht die Schwarze feministische Flut, die Räume der Macht neu zu definieren. Sie zielt darauf ab, den politisierten Einsatz von Kandidatinnen durch konservative Kräfte zu bekämpfen, die damit nur dem Gesetz Genüge tun wollen, das einen Frauenanteil von 30 Prozent bei den Kandidaturen für öffentliche Ämter vorschreibt. Wie das Marielles Forum in einem offenen Brief zur Unterstützung der – letztlich nicht erfolgreichen – Kampagne von Vilma Reis erklärte, vertreten viele dieser Kandidatinnen „grundlegend männliche Interessen und Vorhaben“. Stattdessen argumentierte die Erklärung für die Autonomie der Kandidatinnen und einen Gleichklang zwischen dieser Autonomie, ihren Fähigkeiten und der Übernahme relevanter

Verantwortung gegenüber sozialen Bewegungen. Die Kandidaturen Schwarzer Frauen haben dazu beigetragen, diese alternative Vision von Politik und Repräsentation voranzutreiben.

Soziale Mehrheit, politische Minderheit

Nach den Daten des Obersten Wahlgerichts (TSE) ist die Zahl der Frauen, die bei den Parlamentswahlen 2018 gewählt wurden, im Vergleich zu 2014 um 52,6 Prozent gestiegen. Im Unterhaus des Kongresses wurden 77 von 513 Sitzen von Frauen besetzt, darunter 13 Schwarze und nur eine Indigene. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber 2014, als 52 Sitze im Unterhaus von Frauen besetzt waren, davon sieben Schwarze Frauen.

Abgesehen davon, dass die politischen Parteien nicht in Schwarze Kandidat:innen investieren, zeigen die Erfahrungen der Schwarzen Gesetzgeber:innen die völlige Isolation, der sie ausgesetzt sind, wenn sie einen Raum besetzen, der nicht für sie geschaffen wurde. In Anlehnung an die Arbeit der Philosophin und Aktivistin Sueli Carneiro schließen wir uns dem Aufruf zur „Schwärzung“ und Feminisierung der brasilianischen Politik an, um endemische Frauenfeindlichkeit und Rassismus zu bekämpfen. Die politische Beteiligung Schwarzer Frauen an der Gesetzgebung ist essentiell.

Lange Zeit wurden negative gesellschaftliche Vorstellungen über Schwarze Frauen reproduziert und aufrechterhalten, und diese werden sogar in den Bildern reproduziert, die wir von uns selbst zeichnen. Dies äußert sich in Form von geringem Selbstwertgefühl und Schüchternheit angesichts der systematischen Abwertung Schwarzer Merkmale und stereotyper Darstellungen Schwarzer Frauen.

Historisch gesehen haben Schwarze Frauenorganisationen im Kampf gegen die Kommerzialisierung, Entmenschlichung und Stereotypisierung Schwarzer Frauen in Brasilien eine wichtige Rolle gespielt. Sie sind gegen deren vorherrschende Darstellung als Sklavinnen oder Dienstmädchen aufgetreten, durch die sie entmenschlicht und Tieren gleichgesetzt werden. Damit haben diese Organisationen positive Bezugspunkte und Darstel-

lungen von Schwarzen Frauen im Kontext eines breiteren antirassistischen Kampfes gestärkt.

Sich gegen die Objektivierung zu wehren, bedeutet, sich gegen die Entmenschlichung zu wehren, erinnert uns die feministische Wissenschaftlerin Patricia Hill Collins, was neue Vorstellungswelten ermöglicht, die mit den vorherrschenden Darstellungen brechen. In Brasilien wirken die Kampagnen Schwarzer Frauen den hegemonialen Bildern der Politik entgegen, mit dem weißen männlichen Individuum im Zentrum. Im Gegensatz dazu umfassten die Kommunikationstaktiken der Schwarzen Kandidatinnen im Wahlkampf für die Kommunalwahlen 2020 in Salvador die Aktivierung horizontaler, kollektiver Perspektiven und verwendeten Elemente, die afro-brasilianische religiöse Identitäten bestärkten.

Indem sie sich den dominanten Diskursen widersetzen, tun Schwarze Frauen genau das, wozu Hill Collins aufruft: Sie ergreifen die Kontrolle über ihre eigenen Bilder. Doch der Kampf gegen etablierte Vorstellungen ist keine leichte Aufgabe. Es bedeutet, neue Wege zur Sichtbarkeit zu schaffen. Es bedeutet, den Akt der Wandlung von Bedeutungen als politische Taktik zu nutzen, die es Schwarzen Gemeinschaften und Frauen ermöglicht, zeitgenössische Repräsentationen und Vorstellungen zu untersuchen und zu durchbrechen. Durch die Erneuerung ihres Selbstbilds haben die Kampagnen Schwarzer Frauen in Brasilien versucht, sich gegen gesellschaftliche Darstellungen und Wahrnehmungen zu wehren, die Schwarze Menschen unterordnen und kriminalisieren, Stereotypen der Minderwertigkeit aufrechterhalten und die Entmenschlichung rationalisieren.

Stärkung von Narrativen der Freiheit

Ob durch Bilder, Videos, Texte, Aktivitäten in den sozialen Medien oder Rundbriefe – Schwarze Frauenorganisationen setzen bei der Artikulation ihrer politischen Botschaften auf nicht-unterwürfige, aufmüpfige Kommunikationstechniken. Das Odara Institute of Black Women zum Beispiel hat das Odara Bulletin veröffentlicht, das Schwarze Frauen in der Politik hervorhebt, und die Frauengruppe Alto das

Pombas in Salvador hat einen Newsletter mit dem Titel „Auf den Spuren der Vorfahren“ herausgegeben. Diese und andere Materialien verwenden eine Rhetorik, die zu Mobilisierung und Kampf aufruft und Menschen unterstützt, deren Stimmen lange Zeit ungehört geblieben sind. Andere Gruppen und Kampagnen haben Online-Poster und Grafiken mit Bildern von Schwarzen Frauen geschaffen, die sich gegen stereotype und stigmatisierende Vorstellungen wenden.

Die Erfahrungen in Bahia spiegeln die von anderen Regionen Brasiliens wider. In Bahia haben die Materialien der Kampagnen Schwarzer Frauen neue symbolische und soziale Räume eröffnet, die Alternativen des politischen Handelns und Seins vorstellen. Zusammen bilden sie eine neue ethische und ästhetische Vision von Politik. Sie tun dies, ohne die kulturellen und symbolischen Bezugspunkte aus den Augen zu verlieren, die die individuellen Identitäten stärken. All dies unterstützt das Ziel der Schwarzen Frauen, eine Gesellschaft zu schaffen, zu der alle gehören.

Die gemeinsame Kandidatur von „Pretas Por Salvador“ (Schwarze Frauen für Salvador) ist ein Beispiel. Gemeinsam waren Cleide Coutinho, Laina Crisóstomo und Gleide Davis erfolgreich in ihrem Kampf um einen einzigen Stadtratssitz. Ihre Kampagne forderte nicht nur die hegemoniale politische Vorstellungswelt heraus, die Politik als Raum für weiße Männer reserviert, sondern auch das Modell der politischen Repräsentation, das sich auf das Individuum konzentriert. Ihr Motto „Agora é ela! São elas!“ (in etwa „Jetzt ist sie es! Die Frauen sind es!“) schlug eine immanent kollektive Praxis der Repräsentation vor. Ihre Kommunikation setzte dabei auf identitätsstiftende Elemente, die eine Verbindung zu ihrer Abstammung herstellen.

Die Rekonstruktion der sich wandelnden Bedeutungen von Bildern Schwarzer Frauen ist eine wichtige Taktik, um positive Selbstdarstellungen zu stärken. Neben der Hervorhebung der politischen Bedeutung dieser Frauen, die in Brasilien lange Zeit unsichtbar waren, trägt diese Arbeit zur Stärkung einer Bewegung bei, durch die Schwarze Frauen als Protagonistinnen ihrer Erfahrungen, ihrer Perspektiven und der Orte, die sie



Cleide Coutinho, Laina Crisóstomo und Gleide Davis kandidierten erfolgreich für einen geteilten Sitz im Stadtrat; © Screen Shot

hervorgebracht haben und die allesamt die Spuren von Rassismus und Sexismus tragen, an die Öffentlichkeit treten.

Die Analyse der starken Präsenz Schwarzer Frauen bei den Kommunalwahlen 2020 regt im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2022 zum Nachdenken an. Vor allem zeigt sie die Notwendigkeit, sich der politischen Gewalt entgegenzustellen, die Schwarze Kandidatinnen und gewählte Amtsträgerinnen betrifft. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, mit einem ständigen Spannungsverhältnis zu politischen Parteien umzugehen, die nicht in Schwarze Kandidatinnen investieren und die Schwarze Frauenbewegung als eine Bewegung abtun, die sich nur auf ihre Identität konzentriert. Diese Rhetorik zielt darauf ab, das spürbare politische Engagement Schwarzer Frauen zu demobilisieren und die Stärke, die Kühnheit, die Weisheit und den Mut der Führerinnen der Bewegung herabzusetzen. Aber diese Anführerinnen werden sich weiterhin für die aus der Aufhebung Schwarzer Frauen geborenen neuen politischen Ideen einsetzen. ●

Dieser Beitrag ist in der Sommerausgabe 2022 des NACLA Report erschienen und wurde von Hermann Klosius übersetzt und gekürzt.

Angela Figueiredo ist Professorin an der Bundesuniversität von Recôncavo da Bahia (UFRB) und Koordinatorin des Angela Davis Collective und der International Decolonial Black Feminist School. Sie ist Mitglied des Marielles Forum.

Naiara Leite ist Masterstudentin der Kommunikationswissenschaften an der Bundesuniversität Recôncavo da Bahia (UFRB). Sie ist Koordinatorin des Kommunikationsprogramms des Odara Institute of Black Women und Mitglied des Schwarzen Medienkollektivs Revista Afirmativa.

Die Arbeiterpartei und das Erbe der Sklaverei

Brasiliens aktuelle politökonomische Situation zeigt auf schmerzhafteste Weise, wie hartnäckig die Strukturen der Sklavenhaltergesellschaft das Land bis heute prägen. Brasiliens Linke ist mit dem Bestreben der miteinander verbündeten neoliberalen und reaktionären Kräfte konfrontiert, die sozialen und wirtschaftlichen Hierarchien der Sklavenhaltergesellschaft aufrechtzuerhalten. Diese endgültig zu überwinden, ist heute ihre historische Aufgabe.

Von **Andreas Novy**



Brasiliens Fundament ist das Blut von Schwarzen und Indigenen*: Demonstration gegen Bolsonaro in Curitiba, Mai 2021; © Oruê Brasileiro-Mídia Ninja

Vor 200 Jahren erlangte Brasilien seine politische Unabhängigkeit. Die portugiesische Kolonie blieb, im Unterschied zum spanisch kolonialisierten Teil Lateinamerikas, ein Staat. Der Zentralstaat und sein Heer stabilisierten die sklavereibasierte Wirtschaftsweise. Die lokalen Sklaven- und Großgrundbesitzer konnten die nationale Armee nutzen, um lokale Aufstände, sei es von Händlern, Bauern oder Sklaven, niederzuschlagen. Wiewohl Brasilien heute ein modernes, urbanisiertes Land mit einer großen Mittelschicht ist, so bestehen die sozialen Hierarchien fort. Bis heute ist es das vorrangige Streben wesentlicher Teile der brasilianischen Elite, die Teilhabe der Nachfahren der Sklav:innen, der Indigenen und der arbeitenden Bevölkerung möglichst einzuschränken.

Gleichzeitig gibt es in Brasilien eine lange Geschichte des Widerstands und der Versuche der einfachen Leute, des

Volkes, wie das in Brasilien genannt wird, Teilhabe an der sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung zu erkämpfen. Volksbewegungen forderten in den 1950er Jahren Wahlrecht, Land- und Bildungsreform. 1964 putschte das Militär und verbot diese Bewegungen. Doch in den 1980er Jahren kam es zur Redemokratisierung. Die Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*) formierte sich als Bewegungspartei, als breite Allianz, insbesondere von Gewerkschaften, (kirchlichen) Basisgruppen und linken Kleinstparteien. Rasch wurde die PT zur bestimmenden Kraft der brasilianischen Linken, Lula zur bestimmenden Persönlichkeit.

Sozialdemokratisch erfolgreich

2003 gewann Lula die Präsidentschaftswahlen deutlich, ohne auch nur annähernd eine parlamentarische Mehrheit

zu erhalten. Deshalb bildete die PT mit anderen Links-, Mitte- und Mitte-Rechts-Parteien eine Koalition. Lula verkörperte die Sozialpartnerschaft, d.h. einen Klassenkompromiss von Arbeit und Kapital. Und er verfolgte eine Kreisky'sche Außenpolitik mit dem Ziel einer friedlichen multipolaren Weltordnung.

Wiewohl sich Parteintellektuelle immer dagegen verwehrt, war die PT von Anfang an eine sozialdemokratische Partei und durchlief einen ähnlichen Prozess wie ideologisch gleich ausgerichtete Parteien – im Guten wie im Schlechten. Erfolgreich war die PT im Kampf gegen die Armut, für verbesserte Aufstiegschancen und mehr Teilhaberechte. Drei Beispiele: Das zentrale Versprechen Lulas war, dass alle Brasilianer:innen dreimal am Tag essen können. 2014 wurde tatsächlich offiziell der Hunger für besiegt erklärt. 2013 erhielten sechs Millionen Hausangestellte Arbeitsrechte wie Kündigungsschutz und Mindestlohn – sehr zum Ärger ihrer Arbeitgeber:innen, die dann oftmals die ersten waren, die gegen die Regierung demonstrierten. Die Zahl der Universitäten verdoppelte sich, was bildungsfernen Schichten Aufstiegschancen eröffnete. Aber es gab auch Schattenseiten: Die PT wurde zu einer normalen Partei. Bekannt sind diverse Korruptionsskandale. PT-Führungspersonen wurden verurteilt. Die PT hatte lange Zeit auch einen sehr technokratischen Zugang zu ökologischen Problemen, z.B. in Bezug auf Wasserkraftwerke im Amazonas.

2013 konnte die PT trotzdem auf eine stolze Bilanz verweisen – nicht nur im Inland, sondern auch in der Außenpolitik. Brasilien wurde zu einem zentralen Player des Globalen Südens, die Beziehungen zu Afrika intensivierten sich. Brasilianer wurden gegen den Willen von USA und EU an die Spitze der Welternährungsorganisation FAO und der Welthandelsorganisation WTO gewählt. Brasilien begann auch im Rüstungs- und Ölsektor, die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. US-Rüstungs- und Ölkonzerne kamen wiederholt bei Ausschreibungen nicht zum Zug.

Die PT als Sündenbock

In dieser Situation kam es 2013 in Vorbereitung der Fußball-WM zu Protesten linker Gruppen, die kostenlose öffentliche Verkehrsmittel forderten. Die Proteste weiteten sich rasch aus. Zuerst richtete sich die Kritik gegen die Kosten der Fußball-WM. Doch bald wurde die Kritik an der Regierung und der PT lauter, wurde von den kommerziellen Medien aufgegriffen. Innerhalb kürzester Zeit kippte die Stimmung. Richter und Staatsanwälte, die eng mit dem US-Justizministerium kooperierten, starteten die Operation „Lava Jato“, die zur Hexenjagd auf die PT wurde, vergleichbar mit der McCarthy-Ära in den USA. In diesem kurzen Zeitfenster zwischen 2013 und 2016 fand auch die linksradikale Kritik am viel zu reformistischen Regieren der PT Eingang in die öffentlichen Debatten und die kommerziellen Medien. Dilma Rousseff wurde 2016 vom Parlament des Amtes enthoben, obwohl ihm das nur bei Stra vergehen der Präsidentin erlaubt ist. Da es ein derartiges Vergehen nicht gab, war die Amtsenthebung verfassungswidrig – wurde aber nicht geahndet.

Den kommerziellen Medien sowie den traditionellen Rechtsparteien gelang es, den Eindruck zu erwecken, die PT wäre für Brasiliens Übel verantwortlich. Es formte sich ein Anti-PT-Lager, das die PT als extremistisch denunzierte. Von dieser irrationalen Polarisierung profitierte 2018 nicht die traditionelle, sondern die extreme Rechte mit ihren Kontakten zu paramilitärischen Milizen und fundamentalistischen christlichen Gruppen. Jair Bolsonaro wurde von der überwiegenden Mehrheit der Reichen und Gebildeten, Nachkommen der Sklavenhalter, gewählt. Er verkörperte das Bündnis aus neoliberalen Wirtschaftsinteressen, allen voran denjenigen von US-Konzernen, der Finanz- und Agrarlobby mit reaktionären Gruppen im Militär und in Kirchen. Bindeglied war und ist der Hass auf die PT, bzw. das Bestreben, die sozialen und wirtschaftlichen Hierarchien der Sklavenhaltergesellschaft aufrechtzuerhalten. So sah ein Teil der Mittelschicht in den verbesserten Aufstiegschancen der Armen keinen sozialen Fortschritt, sondern eine persönliche Bedrohung, sei es in der Konkurrenz um Studien- oder um Arbeitsplätze.

Auch die linksradikale Mittelschicht beteiligte sich an der Kritik der PT-Regierungsjahre – wenn auch aus anderen Motiven. Ihre Analyse beruhte auf einer dreifachen Fehleinschätzung der herrschenden Kräfteverhältnisse und führte in der Folge zu illusionären Erwartungen. Erstens erkannte sie nicht, dass für Brasiliens Rechte die PT, so ungenügend ihre Reformen waren, gleichgesetzt wurde mit allen Linken. So wurde Marielle Franco, Mitglied der linken PSOL, 2018 von Milizen aus dem Umfeld Bolsonaros ermordet. Zweitens wurde unterschätzt, wie sehr die Dämonisierung der PT zur Stärkung des Rechtsextremismus beitrug, der bis vor kurzem politisch nur schlecht organisiert war. Auch wenn Bolsonaro die Wahlen 2022 voraussichtlich verlieren wird, so verdanken die Rechtsextremen ihm, dass sie dauerhaft in staatlichen Institutionen und dem politischen System verankert sind. Und drittens unterschätzte die linksradikale Kritik die Stärke der PT. In einer Umfrage der *Datafolha* zu Parteienpräferenzen 2021 sehen 28 % die PT als ihre präferierte Partei. Die zweitbeliebteste Partei ist die PMBD mit zwei Prozent. Alle anderen Parteien haben maximal Zuspruch von einem Prozent der Bevölkerung.

Lulas historische Aufgabe

Oberflächliche Analysen personalisieren Brasiliens Politik und fokussieren auf Lula als Führungspersonlichkeit. Tatsächlich ist die PT eng gebunden an ihren Langzeitpräsidenten, der am Höhepunkt der Verfolgung der PT 2018 und 2019 580 Tage im Gefängnis verbrachte. In den folgenden Jahren wurden alle Verfahren gegen ihn vom Obersten Gerichtshof annulliert und Richter Moro, der Lula verurteilte, für befangen erklärt. Es verdichten sich die Indizien, dass Moro Teil einer juristischen Verschwörung war, die bis vor kurzem von Brasiliens Elite, den kommerziellen Medien und dem US-amerikanischen Justizministerium unterstützt wurde.

In den vergangenen Monaten haben Lula und die PT ein breites Bündnis geschmiedet. Lulas Vize ist der konservative Geraldo Alckmin, 16 Jahre Gouverneur von São Paulo. Als Mitglied der PSDB verlor er im Präsidentschaftswahlkampf 2006 in der Stichwahl gegen Lula. Das Duo Lula-Alckmin signalisiert den historischen

Kompromiss, den die demokratischen Kräfte gegen Bolsonaro aktuell schließen. Diesem Bündnis gehören Parteien der Linken und der Mitte an sowie zunehmend mehr Persönlichkeiten der politischen Rechten. Wo immer Linksparteien regional eigenständig antreten, sind sie wie die PSOL, eine Abspaltung der PT, eine Kleinstpartei ohne Einfluss auf das Wahlergebnis. In São Paulo, Hochburg der PSOL, gibt es hingegen folgende Vereinbarung: Die PSOL unterstützt im Präsidentschaftswahlkampf Lula und bei den Gouverneurswahlen den PT-Kandidaten Fernando Haddad. Im Gegenzug wird die PT 2024 Guilherme Boulos, den PSOL-Kandidaten, bei den Bürgermeisterwahlen unterstützen.

Und schließlich festigt die PT ihre Verankerung in den sozialen Bewegungen und unter Künstler:innen, die Lula diesmal in einem Ausmaß unterstützen, wie dies nur im ersten Wahlkampf 1989 der Fall war. Die Landlosenbewegung hat die PT in den vergangenen 30 Jahren in jedem Wahlkampf unterstützt. Umweltbewegung und Indigene, die während der Regierungszeit der PT oftmals massive Kritik übten, mussten in den vergangenen Jahren die reale Alternative zur PT erleben: Regenwaldzerstörung und staatlich geduldeter Genozid.

Mit Bolsonaro kam die Sklavenhaltergesellschaft nicht nur rhetorisch zurück. Sie endgültig abzuschütteln, ist aktuell die historische Aufgabe. Wird Lula nicht ermordet, gewinnt er die Wahlen. Die Herausforderung wird danach keine einfache sein: Zuerst und vor allem geht es darum, wieder zivilisatorische Mindeststandards einzuführen, von der Rechtsstaatlichkeit bis zum Kampf gegen Hunger und Armut. Das Ergebnis wird keine postkapitalistisch-herrschaftsfreie Gesellschaft sein, aber wohl eine Ermächtigung der unter Bolsonaro Marginalisierten. Mehr als das einzufordern, wird Sache der sozialen Bewegungen sein. Aus den Fehlern nach 2013 muss jedoch gelernt werden, dass „Druck von unten“ und „von links“ nicht moralisierend naiv, sondern politisch klug agieren muss. ○

Andreas Novy ist Leiter des *Institute for Multi-Level Governance and Development (MLGD)* und außerordentlicher Universitätsprofessor am Department Sozioökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien.

Bedrohte Megadiversität

Brasilien gehört zum Klub der megadiversen Länder. Dieses Prädikat vergab die Naturschutz-NGO *Conservation International* 1998 an 17 Länder. Megadiversität bedeutet, einfach übersetzt, große Artenvielfalt. Hauptkriterium dabei ist der sogenannte Endemismus, das heißt das Vorkommen von (Pflanzen)-Arten, die ausschließlich in einem bestimmten Gebiet entstanden sind, nur dort existieren und damit potentiell gefährdete Populationen bilden. Die heutige Gefährdung, die durch die Regierung Bolsonaro eine nochmalige Zuspitzung erfahren hat, ist nicht auf das Vorhandensein endemischer Arten begrenzt, sondern umfasst den drohenden Kollaps großräumiger ökologischer Zusammenhänge.

Von Jürgen Kreuzroither

Brasilien schafft das Kriterium der Megadiversität allein mit seinem riesigen Anteil am Amazonas-Regenwald. Dabei ist dieses nur eines von insgesamt sechs Biomen, die der südamerikanische Riese beherbergt. Brasilien teilt die Auszeichnung übrigens mit seinen Nachbarn Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela – auf keinem anderen Kontinent findet sich eine derartige Häufung.

Biome im Überblick

Wiewohl es verschiedene Definitionen für den Begriff Biom gibt, kann es allgemein als vorherrschende Lebensgemeinschaft eines ausgedehnten Bereichs der Erdoberfläche verstanden werden.

Unter Brasiliens Biomen steht **Amazonia**, der Amazonaswald, mit etwa 60% Anteil am Landesterritorium an der Spitze. Es handelt sich um die zweitgrößte Waldformation des Planeten. Sein Pflanzenreichtum wird auf etwa 55.000 Arten geschätzt.

Der **Cerrado** ist das zweitgrößte Biom Südamerikas und besteht aus Grasland, Savannen und Trockenwäldern. Es weist ein tropisches Wechselklima mit zwei deutlich getrennten Jahreszeiten auf, bedeckt rund

21 % der Landesfläche und befindet sich im Hochland von Zentralbrasilien. Der Savannenanteil gilt als artenreichster der Erde.

Die **Mata Atlântica**, der Atlantische Wald, besteht aus einer Reihe von Ökosystemen mit sehr unterschiedlichen Strukturen und Zusammensetzungen. Gemeinsames Element ist die Exposition gegenüber den feuchten Winden, die vom Ozean wehen. Bezogen auf die Anzahl an Gefäßpflanzen bildet sie eines von fünf globalen Megadiversitätszentren (über 3.000 Arten).

Die **Caatinga** liegt im Nordosten Brasiliens und besteht aus einer offenen Dornwald- und Dornstrauchvegetation. Sie zeichnet sich durch ein semiarides Klima aus und macht etwa 12% der Landesfläche aus.

Die **Pampa** im äußersten Süden bildet eine offene Savannenlandschaft mit krautigen Arten, die mancherorts in Araukarien-Wälder übergehen.

Das **Pantanal** ist das größte Binnenland-Feuchtgebiet der Erde und wurde von der UNESCO zum Biosphärenreservat erklärt. Zwei Drittel liegen in Brasilien, ein Drittel in Bolivien und Paraguay. Bis zu sechs Monate im Jahr steht das Gebiet großteils unter Wasser und dient als wichtiger Rückzugsort für zahlreiche Tiere und Pflanzen.

Amazonaswald am Kippen?

Die Sorge um das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde gerät wiederholt in internationale Schlagzeilen. Expert:innen gehen davon aus, dass sich spätestens bei einem Flächenverlust von 25% weite Teile des Ostens und Südens zu einer Savanne wandeln werden. Die 20%-Marke ist bereits erreicht und unter Bolsonaro hat sich der Abwärtstrend der Entwaldungsraten, der unter den PT-Regierungen erzielt wurde, wieder in sein Gegenteil verkehrt.

Der Amazonaswald ist einerseits auf die stete Zufuhr von Feuchtigkeit vom Atlantik und aus der Karibik angewiesen, generiert andererseits aber einen erheblichen Teil des Niederschlags selbst. Die hohe Verdunstung im Wald und über dem großen Strom und seinen zahlreichen Nebenarmen sorgt immer wieder für neue Regenwolken. Das Wasser wird mehrfach

recycelt, bevor es sich wieder in den Atlantik ergießt.

Anzeichen des großregionalen Klimawandels, wie an Intensität zunehmende Trockenperioden, sind bereits unverkennbar. Und auch die sich zuspitzende Wasserkrise im Süden hat damit zu tun: Die „fliegenden Flüsse“, das heißt der durch die Anden nach Süden abgelenkte atmosphärische Feuchtigkeitstransport, wird geringer. Das liegt daran, dass gerodete Waldflächen ungleich weniger zum Transpirationsgeschehen beitragen. Auch angrenzende Waldteile werden geschädigt, sodass mit der Entwaldung eines Hektars insgesamt 1,3 Hektar zerstört werden.

So kommt es in den Millionenstädten des Südens zunehmend zu Versorgungsengpässen mit Trinkwasser, die Energieproduktion aus Wasserkraft leidet und auch Ernteverluste bei Getreide und Sojabohnen verschärfen die aktuell ohnehin angespannte Lage auf den Weltagarmärkten zusätzlich.

Umweltrechtlicher Vandalismus

Das kümmert die Reihen Bolsonaros indes wenig. Sie sehen den Regenwald im Gleichklang mit den in der Regierung prominent vertretenen Militärs als auszubauende Ressource, begegnen internationalen Warnungen mit dem Betonen der brasilianischen Souveränität und dem (korrekten) Hinweis, dass z.B. Europa seine Waldflächen ja ebenfalls in historischem Ausmaß reduziert habe.

Im Ganzen lässt ein Blick auf den von dieser rechtsextremistischen Regierung angeleiteten gesetzgeberischen Aktivismus den Verdacht aufkommen, dass neben Profitinteressen auch eine bei den verbündeten Evangelikalen gepflegte Endzeitorientierung eine Rolle spielt. So wurde seit 2019 ein als „Zerstörungspaket“ bekanntes Gesetzes-Trio verabschiedet: Das „Giftgesetz“ (PL 6. 299/2002), das die behördliche Genehmigung für die Verwendung von Pestiziden abschafft; das „Landgrabbing-Gesetz“ (PL 2633/2020), das der privaten Aneignung von öffentlichem Land Tür und Tor öffnet und das Umweltlizenzierungsgesetz (PL 3729/2004), das die Notwendigkeit von Lizenzen in einigen Branchen abschafft



Im indigenen Territorium Cachoeira Seca in Pará beschlagnahmtes illegal geschlägertes Holz; © Vinicius Mendonça, IBAMA

und die Rolle der Umweltschutzbehörden schwächt.

Noch ist dieses Paket nur durch die Abgeordnetenversammlung gegangen und liegt derzeit dem Senat vor. Zudem hat Lula da Silva als aussichtsreichster Kandidat für das Präsidentenamt eine radikale Kehrtwende in der Umweltpolitik gelobt. Lulas Versprechen ist allerdings mit Vorsicht zu begrüßen: Erstens muss er dieses gegen eine sicher nach wie vor mächtige Agrarlobby in einem weiter zersplitterten Parlament erst durchsetzen und zweitens zeigt ein Vergleich der Abholzungsraten zwischen Lulas zweiter Amtszeit (32.100 km²) und jener Bolsonaros (34.000 km²; jeweils die ersten drei Jahre), einen überraschend geringen Unterschied.

Cerrado im Schatten

Gemessen an der internationalen Aufmerksamkeit für den Amazonas-Regenwald fristet der Cerrado ein unverdientes Schattendasein. Denn die Abholzungsrate beträgt dort das Zweieinhalbfache des nordwestlich anschließenden Regenwaldes. Gleichzeitig beherbergt er aber bemerkenswerte fünf Prozent der globalen Biodiversität und spielt im Wasserhaushalt eine lange unterschätzte Rolle. Das zweitgrößte unterirdische Wasserreservoir der Welt – der Guaraní-Aquifer – sowie die größte überschwemmte Ebene der Erde – das Pantanal – sind von den Quellen des Cerrado abhängig.

Die Cerrado-Region wird erst seit etwa 50 Jahren im großen Stil landwirtschaftlich genutzt, zunächst für die Viehwirtschaft. Der großflächige Anbau von Sojabohnen, Mais, Zuckerrohr und Reis begann in den 1980er Jahren. Zuerst musste der Boden-pH-Wert angehoben werden, was durch

die massive Einbringung von Kalk möglich wurde. Mit der Ausweitung von Ackerbau und Viehzucht ist die ursprüngliche Flora und Fauna bereits etwa zur Hälfte verloren gegangen und lediglich ein Prozent der Gesamtfläche steht unter Naturschutz.

Die großflächige Entwaldung infolge Bewirtschaftung führt zu geringerer Wassertranspiration. Die resultierende abnehmende Luftfeuchtigkeit – verstärkt durch klimawandelbedingt steigende Durchschnittstemperaturen – stellt Insekten und weniger tief wurzelnde Pflanzen in der Trockenzeit vor Probleme. Mittlerweile wird bei anhaltenden Trends der Kollaps des Cerrado durch Desertifikation innerhalb der nächsten 30 Jahre befürchtet.

Überbleibsel von großem Wert

Die Mata Atlântica ist jenes Biom Brasiliens, das die größte Reduktion seiner natürlichen Vegetation erfahren hat – etwas mehr als 12 Prozent sind von einstmalen 1,3 Millionen km² übrig geblieben. Das hat viel mit dem Standort entlang bzw. nahe der Küste zu tun. Mit dem Raubbau (Brasilholz) wurde praktisch ab Ankunft der Portugiesen begonnen, und heute konzentrieren sich jeweils 70 Prozent der Bevölkerung und des Bruttoinlandsprodukts in diesem Gebiet.

Umso erstaunlicher ist der immer noch vorhandene Reichtum an Biodiversität. Mehr als 20.000 Pflanzenarten, das sind global gesehen acht Prozent, und fünf Prozent aller Wirbeltiere machen die Mata Atlântica aus. Sie als Regenwald zu bezeichnen, wäre verkürzt. Genauer besteht der Atlantische Wald aus fünf verschiedenen Waldformationen und dazu kommen noch hochgelegene buschige Graslandschaften und die vorgelagerten Mangrovenwälder – dies erklärt die außergewöhnliche Artenvielfalt und den hohen Anteil an endemischen Arten.

Auch hier hinterlassen die Bolsonaro-Jahre eine Spur beschleunigter Zerstörung: Im Vergleich zum letzten Jahr vor seinem Amtsantritt stieg die Entwaldung zuletzt um 90 Prozent, und das obwohl die Mata Atlântica als einziges Biom Brasiliens

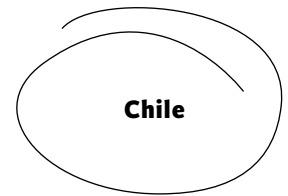
durch ein eigenes Gesetz geschützt ist bzw. sein sollte.

Brennendes Binnendelta

Das Pantanal befindet sich im mittleren Südwesten von Brasilien. Das Binnendelta wird vom Rio Paraguay als Hauptstrom be- und entwässert und auf einer Strecke von 600 km von zahlreichen mäandrierenden Zweigflüssen durchzogen, welche die Flussniederung in der Regenzeit zum Großteil überschwemmen. So schwankt die Größe der Flussaue saisonal zwischen 140.000 (April bis September) und 210.000 km² (November bis März).

Die Online-Plattform MapBiomas hat errechnet, dass sich die Wasseroberfläche in den vergangenen dreißig Jahren, um 29 Prozent verringert hat. Die schwerwiegenden Folgen gerieten erstmals 2020 in die internationalen Schlagzeilen: Absichtlich gelegte Brände gerieten außer Kontrolle und breiteten sich über 30 Prozent des Binnendeltas aus. Das ist umso schlimmer, als Fauna und Flora in diesem Biom nicht an wiederkehrende Brände angepasst sind. Mittlerweile führen die sich ausweitenden Trockenperioden dazu, dass die menschengemachte Brandsaison immer früher beginnt.

Staatliche Einrichtungen haben nach der Katastrophe von 2020 ihre Kapazitäten zur Brandbekämpfung zwar ausgebaut und erfahren dabei Unterstützung durch ausgebildete Freiwillige aus der Zivilgesellschaft. Der immer größere Teile des Landes erfassenden Wasser- und Biodiversitätskrise wird jedoch nur durch eine radikale Änderung der Landnutzung zu begegnen sein. Das bedeutet nichts weniger, als mit dem seit Kolonialzeiten praktizierten Raubbau an der Natur zu brechen. Die Abwahl Bolsonaros ist dafür zwingend erforderlich, doch Lula wird mehr als gute Ratschläge aus dem Ausland brauchen. Ein Hinweis: Derzeit sind 2,2 Millionen km² (51%) des Amazonaswaldes in irgendeiner Form geschützt, während Wissenschaftler:innen von einem notwendigen Schutz von 80 Prozent ausgehen. Das Gesamtbudget des Umweltministeriums beträgt € 670 Millionen. Die EU hingegen wendet für 10.000 km² Schutzgebiete in ihren Grenzen € 5,1 Milliarden auf – ein Kostenverhältnis von 1:1650. ●



Rückschlag auf dem Weg zur neuen Verfassung

Der Entwurf für eine neue Verfassung fand keine Mehrheit, weil es seinen Gegnern gelang, ihre Kampagne über die Rechte hinaus auszuweiten. Die Befürworter haben es hingegen nicht geschafft, eine wirksame Kommunikationsstrategie für die neue Verfassung zu entwickeln und konnten der massiven Flut an Fake News seitens der Gegner wenig entgegensetzen. Der Prozess der Erarbeitung einer neuen Verfassung geht zwar weiter, doch die Kräfteverhältnisse haben sich verschoben.

Von Marco Teruggi

Der Entwurf für eine neue chilenische Verfassung wurde am 4. September an den Wahlurnen abgelehnt. Das Ergebnis war durchschlagend: 61,88 Prozent Ablehnung und 38,12 Prozent Zustimmung, mit einer Rekordbeteiligung von fast 13 Millionen Wählern, 4,5 Millionen mehr als im Dezember 2021¹. Der Abstand zwischen den beiden Optionen war größer als bei allen Umfragen, die die Ablehnung vorausgesagt hatten. Sowohl die Verlierer als auch die Gewinner waren am Sonntagabend vom Ausmaß des Unterschieds überrascht.

Die ersten Feiern begannen eine Stunde nach Schließung der Wahllokale. Die Anführer der einzelnen „Kommandos der Ablehnung“ ergriffen das Wort, von Chile Vamos, das aus den traditionellen rechten Parteien besteht, von „Mitte-Links für die Ablehnung“ und *Amarillos por Chile*. „Chile hat dafür gestimmt, voranzukommen, sich eine neue Chance zu geben. Chile braucht etwas Besseres als das, was der Text des Verfassungskonvents vorschlägt (...), wir setzen uns voll und ganz dafür ein, Chile eine neue Verfassung zu geben“, sagte etwa der Sprecher des Mitte-Links-Kommandos.

Alle Anführer des Blocks der Ablehnung bekräftigten den Willen, einen neuen Text zu erarbeiten. „Wir setzen uns für eine gute neue Verfassung ein, der verfassungsgebende Prozess ist noch nicht beendet“, sagte zum Beispiel der Sprecher von Chile Vamos, zu dem unter anderem die rechte Partei „Unabhängige Demokratische Union“ (UDI) gehört. Dies ist ein wichtiger Aspekt: Die Ablehnungskampagne hat schon früh den Diskurs zur Verteidigung

der Verfassung von 1980 oder ihrer bloßen Reform aufgegeben.

Am 25. Oktober 2020 hatte die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit für eine neue Verfassung und damit für die Beseitigung des wichtigsten Erbes der Diktatur gestimmt. Der rechte Flügel griff danach den Vorschlag auf, auf eine neue Verfassung hinzuarbeiten.

Das ist vielleicht eine der ersten Erklärungen für den Sieg der Gegner: die Fähigkeit, ihre Kampagne über die Rechte hinaus auszuweiten, den Diskurs nicht auf die Verteidigung dessen zu konzentrieren, was auf den Straßen 2019 und an den Wahlurnen 2020 und 2021 zurückgewiesen wurde, um so eine heterogene und breite Wählerschaft zu überzeugen.

„Die Mehrheit der Bürger hat sich geäußert und trotz des starken Wunsches nach einer neuen Verfassung den Vorschlag des Verfassungskonvents abgelehnt. Wir nehmen dieses Ergebnis und seinen Inhalt in aller Bescheidenheit an. Als Land verdienen wir eine neue Verfassung, die das Mehrheitsgefühl des chilenischen Volkes widerspiegelt“, so begann die Rede des Wahlkampfkommandos auf einem Podium mit mehreren der wichtigsten Vertreter der Regierungsparteien.

Wie es bei Niederlagen oft der Fall ist, begannen sich die gegenseitigen Schuldzuweisungen über Verantwortlichkeiten zu häufen. Einige Stimmen konzentrierten sich vor allem auf die Unzulänglichkeiten einer Regierung, die nur eine Zustimmungsrate von 38 Prozent hat, während andere die Kritik auf den Text selbst und die Dynamik des Konvents richteten. Der Ent-



Enttäuschte Apruebo-Unterstützer:innen am Abend des Referendums auf der Plaza Italia; © Martín Bernetti, AFP

wurf für die neue Verfassung war zudem bereits vorher durch die Idee delegitimiert worden, ihn „anzunehmen und dann zu reformieren“, d. h. durch das Eingeständnis, dass er in mehreren Aspekten Mängel aufweist, die behoben werden müssen.

Man könnte auch andere Aspekte für die Niederlage in Betracht ziehen: zum Beispiel die Schwierigkeit, eine wirksame Kommunikationsstrategie für die neue Verfassung zu entwickeln, nicht nur während der Wochen der Kampagne, sondern während der Sitzungen des Verfassungskonvents im Lauf eines Jahres. Viele betonen, dass das gewählte Gremium es nicht vermocht hat, den internen Prozess nach außen zu vermitteln. Hinzu kam, dass ein komplexer Text mit 388 Artikeln erklärt werden musste und der Konvent zugleich mit einer „Angstkampagne“ und einer Lawine von Fake News seitens der Gegner konfrontiert war.

Was nun folgt

„Man kann die Regierung nicht von dieser Niederlage abtrennen, man kann sie nicht von der Option loslösen, die sie mit großer Kraft verteidigt und für die sie gekämpft hat, dies muss ein Aufruf zum Nachdenken sein“, sagte der Präsident der UDI, Javier Macaya. Die Verbindung zwischen Regierung und Plebiszit war eines der ständigen und komplexen Themen der Kampagne, weshalb die Niederlage beim Referendum mit einer Niederlage der Regierung Boric gleichgesetzt werden soll, die seit fünf Monaten im Amt ist.

AKTUELLES & ANALYSE

Präsident Gabriel Boric ergriff am Wahlabend kurz vor 22:00 Uhr Ortszeit das Wort. „Diese Entscheidung der Chilenen und Chileninnen verlangt von unseren Institutionen und politischen Akteuren, dass wir mit mehr Einsatz, mehr Dialog, mehr Respekt und Zuneigung arbeiten, bis wir zu einem Vorschlag kommen, der uns alle berücksichtigt, der Vertrauen gibt, der uns als Land vereint. Maximalforderungen, die Gewalt und die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden müssen endgültig beiseite gelegt werden“, sagte er.

Die Regierung hat seit Juli erklärt, dass sie im Falle eines Sieges der Ablehnung vorschlägt, erneut Wahlen einzuberufen, um einen neuen Verfassungskonvent zu bilden, der einen neuen Text aufsetzt. In seiner Rede versprach Boric, „gemeinsam mit dem Kongress und der Zivilgesellschaft an einem neuen Verfassungsentwurf zu arbeiten, der uns einen Text liefern wird, der die aus dem Prozess gezogenen Lehren einbezieht und eine breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einschließt“.

Zu diesem Zweck traf er sich am Montag mit den Präsidenten der beiden Parlamentskammern und anschließend mit verschiedenen sozialen Sektoren. Eines der Ziele wird sein, Vereinbarungen für den neuen Mechanismus und den Zeitplan für die Wahl eines neuen Verfassungskonvents zu treffen – aber jetzt mit einer Regierung und der Straße, die von der Niederlage gezeichnet sind, und einer Rechten, die nach ihrem ersten großen politischen Sieg seit 2019 in die Offensive gehen will. Ob sie Fixplätzen für indigene Delegierte oder parteiunabhängigen Listen bei der möglichen Wahl eines neuen Konvents zustimmen wird, ist fraglich. ●

1 Über vier Millionen dieser Erstwähler:innen stimmten gegen den Entwurf.

Leicht bearbeitet übernommen von amerika21.de; Übersetzung des Beitrags aus der argentinischen Tageszeitung *Página12* durch Vilma Guzmán.

Erklärung der sozialen Bewegungen für das Apruebo

Diese Erklärung des Wahlkampfteams der Sozialen Bewegungen für das „Apruebo“, die Annahme der neuen Verfassung, wurde noch am Wahlabend veröffentlicht, nach dem Wahlsieg des „Rechazo“, der Ablehnung des Entwurfs für die neue Verfassung.

„Genossinnen und Genossen, als Wahlkampfteam der sozialen Bewegungen richten wir uns in diesem Moment, da bereits feststeht, dass die Mehrheit der Bevölkerung die neue Verfassung in diesem historischen Referendum abgelehnt hat, an Euch, an alle Nachbar:innen, Arbeiter:innen, indigene Gemeinschaften, Bewegungen, Organisationen und Menschen aus allen Teilen des Landes, die mobilisiert und organisiert haben, um diese neue Verfassung zu verabschieden. An alle, die viel Zeit und Energie in diesen würdigen Kampf eingebracht haben.

Damit die Werbung für das „Rechazo“ in das Bewusstsein der Bevölkerung eindringen konnte, reichte es, den Fernseher einzuschalten oder Social Media-Kanälen zu folgen. Aber um den Inhalt des Verfassungsvorschlags zu kennen, brauchte es eine Genossin oder einen Aktivist:innen, einen Freund oder eine informierte Nachbarin, die die Lügen widerlegen und die konzertierte Kommunikationsstrategie neutralisieren konnten. Jene Strategie, die von der politischen Rechten, aus Wirtschaftskreisen und von den Sektoren finanziert und organisiert wurde, die das prekäre Leben [Anm: im neoliberalen System] verwalten und den Fortschritt verhindern.

Wir stehen vor einer großen Aufgabe. Wir dürfen nicht abseits stehen, wenn die Bevölkerung das nächste Mal eine Entscheidung treffen wird. Dann müssen wir überall präsent sein.

Obwohl dieses Ergebnis nicht unseren Erwartungen entspricht, so ist doch klar: Es geht um eine Wahlniederlage, nicht um die Niederlage eines in die Zukunft gerichteten Projekts. Wir haben in einem Szenario tiefgreifender Ungleichheit verloren. Wir waren mit der wirtschaftlichen Macht jener Sektoren konfrontiert, die das Monopol der Medien innehaben und die mit all ihren Ressourcen eine auf Lügen und Verzerrungen basierende Kampagne starteten: um Angst einzuflößen, Rassismus und Konkurrenz zwischen dem Letzten und dem Vorletzten zu schüren.

Bald werden wir wieder aufstehen. Denn kein Bedürfnis, keine Notwendigkeit, kein soziales Problem, die zu diesem politischen Prozess geführt haben, wurden mit der heutigen Entscheidung gelöst. Der Entwurf einer neuen Verfassung gibt eine Mindestmarge an unveräußerlichen Rechten und Werkzeugen vor. Auf dem Weg, den wir eingeschlagen haben, geben wir uns nicht mit weniger zufrieden. In dem Referendum am 25. Oktober 2020 hat die Bevölkerung bereits ihren Willen bekundet, der Verfassung von Pinochet durch die Arbeit eines extra dafür gewählten Gremiums ein Ende zu setzen. Wir werden keinen Schritt abweichen von den demokratischen Mindestanforderungen, die wir gemeinsam definiert haben und die die Beteiligung der Bevölkerung an zukünftigen Prozessen ermöglichen: Geschlechterparität, die Repräsentanz indigener Gemeinschaften durch reservierte Sitze und Wahllisten für parteiunabhängige Personen.

Es ist unerlässlich, dass wir als die organisierten Sektoren diesen Prozess organisieren. Es gibt kein Zurück mehr. Die Aufgabe, die autoritäre und neoliberale Verfassung zu stürzen, bleibt an der Tagesordnung. In diesem Prozess werden die Lehren, die wir gezogen haben, von grundlegender Bedeutung sein. Die sozialen Bewegungen sind nicht mehr dieselben, die wir vor dem Schreiben dieser Verfassung waren. In diesem Prozess haben die Menschen gelernt, sich selbst zu vertreten, nachdem sie jahrzehntelang von der Politik ausgeschlossen waren. Wir sind gekommen, um zu bleiben. Und nachdem wir den bitteren Trank dieses Rückschlags überwunden haben, werden wir vereint weitermachen, die Arbeit im ganzen Land wiederaufnehmen und das soziale Netzwerk stärken. Denn es gibt keine Möglichkeit, den Fluss zu stoppen, wenn er seinen Lauf gefunden hat.“ ●

Übernommen aus dem Nachrichtenpool Lateinamerika. Übersetzung: Ute Löhning

Ein Entwurf im Geist des Neuen Konstitutionalismus

Am 4. September 2022 waren die Chileninnen und Chilenen aufgerufen, per Referendum über die Annahme einer neuen Staatsverfassung zu entscheiden. Der dabei mehrheitlich abgelehnte Entwurf einer neuen Verfassung war im Laufe eines Jahres im Rahmen eines Konvents von 154 gewählten Angehörigen erarbeitet und am 4. Juli 2022 dem erst im vergangenen Dezember gewählten linksorientierten Präsidenten Gabriel Boric präsentiert worden.

Von René Kuppe

Die Weichenstellungen für eine neue Verfassung gehen letztlich auf die „soziale Explosion“ zurück, die das Land im Herbst 2019 erfasst und erschüttert hatte: Die von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Bewegungen getragenen Proteste richteten sich nicht nur punktuell gegen die damalige politische Konjunktur, sondern verlangten einen radikalen Systemwandel. Die Forderungen der Protestierenden konzentrierten sich schließlich auf eine neue Verfassung, die die noch aus der diktatorischen Pinochet-Ära stammende Verfassung von 1980 ersetzen sollte. Diese hatte die neoliberalen wirtschaftlichen und autoritären politischen Strukturen Chiles auch über das Ende der Diktatur hinaus einzementiert und ist seit ihrem Inkrafttreten nur punktuell modifiziert worden.

Noch unter dem konservativen Präsidenten Sebastián Piñera wurden durch einen politischen Kompromiss die rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen

für einen Verfassungskonvent geschaffen, dessen Mitglieder im Mai 2021 gewählt und der dann formell am 4. Juli 2021 eingerichtet wurde und am 5. Juli seine Arbeit aufnehmen konnte.

Im Gegensatz zur Situation in anderen lateinamerikanischen Staaten (Venezuela, Ecuador, Bolivien), wo verfassungsgebende politische Akteure der jüngeren Zeit sich vor allem auf eine beanspruchte inhärente souveräne verfassungsgebende Gewalt des Volkes stützen, stellt der chilenische Prozess keinen revolutionären Bruch mit der bisherigen Verfassungsordnung dar. Dieser Prozess ist somit einerseits streng legalistisch und formell rechtlich abgesichert. Andererseits gelang es in der konkreten Arbeit des Verfassungskonvents, die Vertreter der klassischen politischen Rechten – mit 37 Sitzen weniger als die Sperrminorität von einem Drittel der Delegierten – zu marginalisieren. Dies war auch Ergebnis eines Zusammenspiels von Repräsentanten

der etablierten Linken (etwa der Sozialistischen Partei) mit dem großen Block jener Abgeordneten, die ein nicht parteigebundenes linkes Spektrum abdeckten. Auch waren von den zunächst insgesamt 155 Sitzen des Konvents (einer wurde durch einen Rücktritt frei) 17 den indigenen Völkern vorbehalten – sieben dem Mapuche-Volk, zwei dem Aymara-Volk und je ein weiterer Sitz den (sehr kleinen) restlichen vom Gesetz anerkannten indigenen Völkern Chiles.

Konsequenterweise trägt der im Konvent erarbeitete Text die Handschrift der progressiven Kräfte Chiles. Inhaltlich gesehen fällt der Entwurf jedoch nicht aus dem Rahmen von verfassungspolitischen Entwicklungen, die charakteristisch für die lateinamerikanische Region sind und teilweise sogar außerhalb Lateinamerikas in neuesten verfassungsrechtlichen Entwicklungen und Debatten ihren Niederschlag gefunden haben. Der sogenannte „Neue Lateinamerikanische Konstitutionalismus“ zeichnet sich gegenüber herkömmlich-liberalen Staatsverfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts durch neuartige Eigenheiten aus.

Es handelt sich erstens um die Entstehungsbedingungen dieser Verfassungen: Sie werden nicht durch meist männliche elitäre Rechtsexperten, die großteils in den sozialen Oberschichten verankert sind, sondern sehr maßgeblich durch Repräsentant:innen der sozialen Bewegungen politisch gestaltet und redigiert. Der Neue Lateinamerikanische Konstitutionalismus charakterisiert sich weiters durch bestimmte formale und inhaltliche Merkmale: Beispielsweise ist der Entwurf mit 388 Artikeln und ca. 54.000 Wörtern zwölf Mal umfangreicher als die (aus dem 18. Jhd. stammende) US-Verfassung. Während klassisch-liberale Verfassungen lediglich allgemeine Spielregeln des zentralen staatspolitischen Lebens vorgeben wollen, spiegelt sich in den neuen Verfassungen ein Misstrauen gegenüber zukünftigen Politikern, die später auf Basis der Verfassung agieren werden: Ihnen sollen die Vorstellungen des Verfassungsgebers möglichst detailliert und verbindlich vorgegeben sein.

Innovative Inhalte

Der chilenische Entwurf teilt schließlich mit anderen Verfassungen dieses Typs, vor allem jenen von Ecuador und Bolivien, eine Reihe von innovativen inhalt-



Demonstration für das „Apruebo“ am 20. August in Santiago; © Alberto Valdes, EFE

lichen Merkmalen. Neben die klassischen liberalen Abwehrrechte treten robuste und gerichtlich durchsetzbare soziale und wirtschaftliche Rechte. Und neben die individuellen treten die kollektiven Menschenrechte, die zusammen, laut Art. 3 des Entwurfs, „Grundlage des Staates“ darstellen, die sein Handeln zu orientieren haben. In Abkehr von einem aufgeklärt-liberalen Grundprinzip wird der Kreis der Träger von Rechten über den Menschen hinaus erweitert: In Art. 103/2 wird verankert, dass der Staat die Rechte der Natur „schützen und fördern“ müsse. Diese Bestimmung ist nur eine von vielen, in denen sich die Ökologisierung der neuen Verfassung zeigt. In diesem Zusammenhang ist etwa auch ein Privatisierungsverbot von Wasser zu nennen, das sonst so nur in der Verfassung von Ecuador verankert ist.

Neben dem innovativen Grundrechtsteil zeigen sich auch in der Staatsorganisation Elemente des Neuen Lateinamerikanischen Konstitutionalismus: Im Sinne von Dezentralisierung werden neue autonome politische Einheiten vorgesehen, die außerhalb des für liberale Demokratien üblichen Drei-Gewalten-Aufbaus stehen.

Derartige inhaltliche und formelle Neuerungen bedeuten gerade für Chile in politischer Hinsicht ein markantes Abgehen von einem bislang dominanten, ultra-liberalen und autoritär-extraktivistischen Entwicklungsmodell, das auch die demokratischen gemäßigt-rechten und sozialdemokratischen Regierungen nach dem Ende der Diktatur nicht grundsätzlich in Frage gestellt haben. Von außen gesehen entspricht der Inhalt des Verfassungsentwurfs jedoch einer breiteren verfassungspolitischen Tendenz im Kontext Lateinamerikas, und bestenfalls in einzelnen Punkten kann hier von einer echten Vorreiterrolle gesprochen werden: So dürfte die vorgesehene Genderparität für öffentliche Institutionen in dieser Form weltweit einzigartig sein.

Kein radikaler Bruch

Der prominente argentinische Verfassungsrechtler Roberto Gargarella weist auf zwei Aspekte des Entwurfes hin, die auch seine beharrlichen Seiten zeigen: Während der Menschenrechtsteil der Verfassung innovativ ist, zeigen sich in dem, was Gargarella den „Maschinenraum“ der Verfassung nennt, also im Bereich der

Staatsorganisation, weit weniger radikale Brüche mit der Vergangenheit. In der Tat sind beispielsweise Elemente der direkten Demokratie nur schwach ausgeprägt.

Zweitens wird die konkrete Implementierung der neuen Grundrechte – etwa soziale Rechte im Erziehungs- und Gesundheitswesen – der weiteren Regelung durch einfaches Gesetz vorbehalten. Im Grunde genommen wird hier trotz der verfassungsmäßigen Regelungsdichte letztlich wieder auf das Agieren der zukünftigen Politik abgestellt. Eine aktive Judikatur des Verfassungsgerichtes wäre nötig gewesen, um diese Rechte im Sinne ihrer Redaktor:innen zu verwirklichen.

Rechte Angst vor Plurinationalität

Wegen der als radikal empfundenen inhaltlichen Umbrüche, die der Entwurf mit sich bringt, ist die Ablehnung des neuen Verfassungstextes unter der politischen Rechten breit. Nach neueren Umfragen spielen dafür paradoxerweise jedoch die vorgesehenen neuen Verfassungsrechte der indigenen Völker eine bedeutende Rolle. Die Anerkennung der Rechte der indigenen „Völker und Nationen“ – wie es durchgängig im Text heißt – über deren Länder, Territorien und Ressourcen; auf Autonomie und Selbstregierung einschließlich der Rechte auf eigene Kultur, Identität, Kosmvision, Sprache, auf eigene Institutionen und eigene Rechtsprechung; des gleichzeitigen Rechts auf volle Mitwirkung im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben des Staates steht in vollem Einklang mit neueren verfassungsrechtlichen Entwicklungen in anderen lateinamerikanischen Staaten und mit internationalen Menschenrechtsentwicklungen.

Dennoch zeigte eine im Juli 2022 veröffentlichte Umfrage, dass 39 % von jenen, die den neuen Verfassungstext ablehnen, dies wegen der Idee täten, „dass nicht alle vor dem Gesetz gleich seien“ – gemeint sind hier die Differenzierungen zwischen indigenen und anderen Chilen:innen. An zweiter Stelle der Ablehnung (31 %) stehe die Befürchtung, dass die „Plurinationalität“ zu einem Auseinanderfallen Chiles führen könnte: Hier wird der in Art. 1 des Verfassungsentwurfes festgelegte Grundsatz gemeint, dass Chile „plurinational“ sei. Plurinationalität ist ein auch in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens verankertes

Prinzip; es soll vor allem ausdrücken, dass von der Idee einer einzigen, fiktiv-homogenen Staatsnation abgegangen wird und der Staat vielmehr als Ausdruck eines neuen Sozialvertrages zwischen mehreren vorweg bestehenden Nationen neu konstituiert wird. Der Begriff unterscheidet sich daher auch vom Konzept der Multikulturalität, bei dem die Bürger legitimerweise im Privaten kulturelle Vielfalt leben, sondern betrifft die politische Organisation der Öffentlichkeit. In diesem Sinn heißt es auch in Art. 2 des chilenischen Verfassungsentwurfes: „Die Souveränität ruht im chilenischen Volk, das sich aus verschiedenen Nationen zusammensetzt.“

Die sich stark artikulierenden Gegner der vorgesehenen Rechte der indigenen Völker – und des gesamten Entwurfs – verstehen Pluralismus nicht in diesem Sinn: Wie es die Geschichtspräsidentin Sofía Correa Sutil, *Universidad de Chile*, formuliert: „Chile ist stets eine Nation mit vielfältigem Charakter gewesen [...] Personen, die von den unterschiedlichsten und entlegensten Ursprüngen herkamen, haben sich hier eingewurzelt, hier integriert [...] Auch die nachfolgenden Generationen, die völlig in die Nation integriert sind, haben die Geschichte Chiles geprägt, haben im politischen Leben mitgewirkt, an den politischen Institutionen teilgenommen“ (Siehe: <https://www.df.cl/economia-y-politica/politica/sofia-correa-sutil-historiadora-si-se-destruye-el-concepto-de-nacion>)

Aus dieser Logik, die die erfolgreiche soziale Verschmelzung aus Perspektive einer Einwanderergesellschaft in den Mittelpunkt stellt, ist die Anerkennung und sogar Stärkung von weiter bestehenden eigenständigen politischen Strukturen innerhalb des Staates Chile ein gefährlicher Fremdkörper. Gleichzeitig wird hier auch der chilenische Patriotismus angesprochen, der gerade die Nachkommen von aus Mittel- und Südosteuropa und andern europäischen Regionen stammenden Einwanderern prägt, die im Siedlerkolonialismus des 19. Jh. bei der Expansion Chiles ins Gebiet der *Mapuche* eine besondere Rolle spielten. Nach wie vor ist dieser Teil Chiles am meisten von interethnischen Landkonflikten geprägt, und gerade deshalb fühlen sich viele Nachkommen der europäischen Siedler von den Ansprüchen der neuen Verfassung besonders verunsichert oder bedroht. ●

Aufbruch in Kolumbien

Die Amtsübergabe am 7. August hatte Volksfestcharakter. Jubelnde Massen füllten die Plaza Bolívar im Zentrum von Bogotá, als Gustavo Petro die Präsidentenschärpe umgehängt bekam. Schon Stunden vorher hatte sich in den Straßen ringsum Feststimmung breitgemacht: Es wurde getanzt, gesungen und gefeiert. Auf der großen Tribüne saßen neben dem spanischen König Staats- und Regierungschefs aus ganz Lateinamerika und hochrangige Delegationen von der Karibik bis zum Iran. Notorische Ausnahmen: Weder das vom rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro regierte Brasilien noch das Regime von Venezuela waren auf höchster Ebene vertreten.

Von Ralf Leonhard

Noch bevor der frisch vereidigte Präsident seine Vizepräsidentin angeloben konnte – Francia Márquez hatte bereits die rechte Hand zum Schwur erhoben – bat er seine Garde, den Säbel des Simón Bolívar aus dem Präsidentenpalast zu holen. Sein Vorgänger hatte nämlich die Herausgabe dieser mit hoher Symbolkraft aufgeladenen Waffe verweigert. Das Zeremoniell wurde eine halbe Stunde unterbrochen, bis in historische Uniformen aus dem Befreiungskrieg gekleidete Militärs die Vitrine herbeigeschafft hatten. Für Petro ist der Säbel nicht nur eine nationale Reliquie, die an die Unabhängigkeit von der spanischen Krone erinnert. Die Guerillaorganisation M-19, der der neue Präsident in seiner Jugend angehörte, hatte die Waffe Ende der 1970er Jahre aus dem Nationalmuseum geraubt und erst 1991, nach erfolgreichen Friedensverhandlungen, wieder herausgerückt. Während sich alle Ehrengäste vor der *espada de Bolívar* erhoben, blieb König Felipe VI. demonstrativ sitzen. Eine Geste, die auch in Spanien für Kontroversen sorgte.

In seiner Antrittsrede stellte Petro sein Programm in zehn Punkten vor: vom Kampf gegen soziale Ungleichheit über die Reaktivierung der vernachlässigten Nahrungsmittelproduktion, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und Schutz der Umwelt bis zur gnadenlosen Korruptionsbekämpfung



Das symbolträchtige Schwert Bolívars wird zur Amtseinführung gebracht
© taz online

und der Beendigung aller noch aktiven bewaffneten Konflikte. Neben den alten Guerillaorganisationen ELN und EPL gibt es da Dissident:innen der FARC, die das Friedensabkommen von 2016 nicht mittragen, und verschiedene Drogenkartelle, allen voran der brutale *Clan del Golfo*.

Der Linkspolitiker Petro, der Mitte Juni noch die Stichwahl gegen den rechtspopulistischen Immobilienmillionär Rodolfo Hernández nur knapp für sich entscheiden konnte, kann sich in jüngsten Umfragen einer Zustimmung von 64 Prozent erfreuen. Das hat vor allem mit den Leuten zu tun, die er für sein Kabinett nominiert hat, und mit den Reformplänen für die nächste Zukunft.

Kriterium Kompetenz

Anders als bei der abtretenden Regierung zählen nicht politische Seilschaften und Bekanntschaften von einer bestimmten Eliteuniversität, sondern Erfahrung und Kompetenz. Der orthodoxe Ökonom José Antonio Ocampo soll die Märkte und Börsen beruhigen. Álvaro Leyva, Minister für Äußeres und Frieden, der schon unter dem Konservativen Belisario Betancur in den 1980er Jahren Bergbauminister war, genießt über alle Parteigrenzen hinweg einen ausgezeichneten Ruf. Besonderen Applaus hat Petro für die Besetzung eines der heikelsten Posten bekommen, nämlich des Verteidigungsministers. Die teilweise stark politisierte Armee ist mit schweren Vorwürfen der Menschenrechtsmissachtung konfrontiert. Während sie auf der Linken oft nicht zwischen Guerillakämpfer:innen und Zivilbevölkerung

unterschieden hat, war Zusammenarbeit und Aufgabenteilung mit den rechten Paramilitärs gang und gäbe. Die nach dem Friedensabkommen mit der FARC-Guerilla eingesetzte Wahrheitskommission hat zahlreiche Fälle dokumentiert, die zeigen, wie die rechtsextremen Todesschwadronen unter dem Schutz eines Armeebataillons Massaker unter Kleinbauern und -bäuerinnen anrichten konnten. Mehr als 6.400 Zivilisten wurden ermordet, in Uniformen gesteckt und als getötete Guerilleros präsentiert.

Der Mann, der jetzt eine neue Kultur in den Streitkräften heimisch machen soll, hat zwar keine militärische Erfahrung, ist aber ein ausgewiesener Fachmann für Menschenrechte. Der 67jährige Jurist Iván Velásquez hat als Höchstrichter die engen Verbindungen zwischen Paramilitärs und rechten Politiker:innen aufgearbeitet. Später stand er in Guatemala der von den Vereinten Nationen eingesetzten Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit (CICIG) vor, die dort die Staatsanwaltschaft beim Kampf gegen Korruption und Menschenrechtsverbrechen unterstützen sollte. Dabei war sie so erfolgreich, dass 2015 Präsident Otto Pérez Molina und seine Vizepräsidentin wegen Verwicklung in ein Korruptionsnetzwerk zurücktreten mussten und sogar zu Haftstrafen verurteilt wurden. Nachfolger Jimmy Morales, dessen Verbindungen zur Drogenmafia die CICIG auf der Spur war, warf Velásquez und seine Leute aus dem Land.

Die Berufung von Kabinettsmitgliedern mit unbestrittener Kompetenz aus verschiedenen politischen Lagern wird sogar von rechten Journalisten mit Respekt kommentiert. Die künftige Regierung, in der viele starke Frauen vertreten sind, spiegelt



Wird sich Präsident Petro als „Weltmacht des Lebens“ erweisen?
© Raúl Arboleda, AFP

auch die ethnische Pluralität des Landes viel besser wider als jede andere zuvor. Neben Vizepräsidentin Francia Márquez, die ein neu geschaffenes Ministerium für Gleichheit leiten wird, ist die etwa zehn Prozent der Bevölkerung starke afrokolumbianische Gemeinschaft mit Luis Gilberto Murillo als Botschafter in Washington prominent vertreten. Die etwa zwei Millionen Indigenen sehen sich durch die UNO-Botschafterin Leonor Zalabata sowie durch die Vorsitzenden der Kommissionen für Opfer und für Landrestitution ausreichend repräsentiert.

Ehrgeizige Vorhaben

Gerade der großangelegte Landraub durch systematische Vertreibungen ist eine der Ursachen für die sechs Millionen Binnenflüchtlinge, für die Landflucht und die Ausbreitung umweltschädlicher Exportmonokulturen. So gehört denn auch eine Agrarreform zu den drei großen Vorhaben, die sich der neue Kongress für das kommende Halbjahr auf die Agenda gesetzt hat. Abgeordnetenkammer und Senat sind schon am 20. Juli, dem Nationalfeiertag, in der neuen Zusammensetzung zusammengetreten. Größte Fraktion ist in beiden Kammern Petros Bündnis *Pacto Histórico*, das auch beide Präsidenten stellen wird.

In Kolumbien gibt es die parlamentarische Eigenheit, dass Parteien sich binnen einer bestimmten Frist zur Regierung oder Opposition erklären können. So kann man sich auch für wichtige Posten in Stellung bringen. Und tatsächlich bekannten sich Liberale, Grüne und einige Kleinparteien plötzlich zu Unterstützerinnen des Regierungsprogramms und verschaffen Petro da-

mit eine satte Mehrheit in beiden Häusern. Eine der ersten Taten des neuen Kongresses war die Ratifizierung des lateinamerikanischen Umweltabkommens von Escazú, das unter anderem die zwingende Befragung betroffener Gemeinden bei der Planung von Bergbau- oder Infrastrukturprojekten vorschreibt. Die bisherige konservative Mehrheit hatte die Übernahme dieser Bestimmungen in staatliches Recht jahrelang blockiert.

Zu den großen Projekten, die noch in diesem Jahr umgesetzt werden sollen, zählen eine Steuerreform, eine Agrarreform und eine politische Reform. Da geht es darum, den Kongress aufzuwerten. Derzeit genießen Parlamentarier:innen vier Monate Ferien und können sich fast unbegrenzt von der Teilnahme an Ausschusssitzungen und Plena entschuldigen lassen. Sie beziehen fette Gehälter und können nebenbei anderen einträglichen Beschäftigungen nachgehen. Außerdem soll die bisher unbegrenzt mögliche Wiederwahl auf drei Legislaturperioden eingeschränkt werden.

Bei der Steuerreform, die die großen Sozialvorhaben finanzieren soll, will man sich einerseits die Spitzenverdiener:innen vornehmen, andererseits ungesundes Verhalten verteuern. Unter den Rechtsregierungen hatte man Reiche und Unternehmen entlastet und das Credo bemüht, die Wirtschaft würde dadurch belebt. Da ließ man sich auch nicht von der Evidenz beeindrucken, dass größere Gewinne ins Ausland verschoben wurden. Mit der Ankündigung, zuckerhaltige Limonaden und Junk Food zu besteuern, hat sich Petro die Feindschaft mächtiger Unternehmensgruppen zugezogen. Denn die Getränkeindustrie, die Bier und klebrige

Erfrischungsgetränke produziert, gehört zu den profitabelsten Wirtschaftszweigen. Für die Agrarreform bietet das Friedensabkommen von 2016 bereits einen rechtlichen Rahmen. Die vorangegangene Regierung hat nicht einmal die erforderliche Aktualisierung des Grundbuchs ernsthaft in Angriff genommen. Für Umverteilung stehen Ländereien zur Verfügung, die von kriminellen Banden und Personen beschlagnahmt wurden. Längerfristig geht es auch darum, unzureichend und für Spekulation genutztes Land fruchtbar zu machen und damit auch der Nahrungssouveränität näher zu kommen.

Die Befürchtung der abtretenden Regierung, dass ein linker Präsident, der in seiner Jugend sogar in der Guerilla aktiv gewesen ist, das Verhältnis zu den USA trüben könnte, hat sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Joe Biden entsandte zur Kontaktaufnahme eine hochrangige Delegation, deren Gespräche mit der künftigen Regierung auffällig freundschaftlich verliefen. Besonders betont wurden die Gemeinsamkeiten bei der Klimapolitik.

Bei der abgewählten Regierung, die einen Wahlsieg Petros nicht erwartet hatte, herrschte Panik. Präsident Iván Duque verteilte Orden an Freund:innen, installierte Günstlinge für die nächsten Jahre auf gut bezahlten Posten und versuchte die Wendepolitik so weit wie möglich zu sabotieren. Die freihändige Vergabe von Schürflizenzen für Kohle soll den geplanten Ausstieg aus der fossilen Energie behindern. Ein im Schnelldurchgang verhandeltes Freihandelsabkommen mit den Emiraten gefährdet ökologisch sensible Hochmoore, auf deren Grundwasser die Scheichs ein Auge geworfen haben. Das gleichzeitige Auffliegen von ungezählten Korruptionsskandalen, bei denen zum Beispiel Gelder für den Friedensprozess in private Taschen umgeleitet wurden, bewirkte, dass nicht nur eingefleischte Petro-Anhänger:innen ungeduldig die Tage bis zum Machtwechsel zählten.

Der Regierung den Krieg erklärt hat die Drogenmafia. Der *Clan del Golfo* droht mit einem bewaffneten Streik, der das Land wirtschaftlich lahmlegen könnte. Und auf den Plan des „totalen Friedens“, den Petro verspricht, reagiert man mit der gezielten Ermordung von Polizist:innen. Allein im Juli waren es 18. Politische Flitterwochen sehen anders aus. ●

Ein Land im Würgegriff krimineller Banden



Durch den Bandenkrieg Vertriebene fanden in Tabarré Zuflucht; © Johnson Sabin, EFE

Goudou Goudou, dieses lautmalerische Wort aus der Kreolsprache, haben die Menschen in Haiti 2010 erfunden, um die verheerendste Naturkatastrophe in der Geschichte Lateinamerikas zu umschreiben: 316.000 kamen bei dem schweren Erdbeben an jenem 12. Januar ums Leben, Hunderttausende wurden verletzt und mindestens 1,8 Millionen verloren ihr Zuhause. Erholt hat sich der bitterarme Karibikstaat von dieser entsetzlichen Tragödie bis heute nicht. Als am 14. August 2021 die Erde erneut mit heftiger Intensität bebte (mit 7.2 auf der Richterskala), war der 2010 durchlittene Albtraum sofort wieder präsent.

Von Jürgen Schübelin

Doch diesmal hatte es den grünen Südwesten der Insel Hispaniola, ein ländliches, deutlich dünner besiedeltes Gebiet, getroffen. Über 2.200 Menschen starben, 12.700 wurden verletzt. In den beiden größten Städten der Region, Les Cayes und Jérémie sowie in ihrer Umgebung, wurden tausende Gebäude und wichtige Infrastruktur zerstört. Und als zwei Tage später das tropische Tief Grace genau diese Landschaft mit sintflutartigen Regenfällen heimsuchte, Überschwemmungen und Erdbeben auslöste, war die Verzweiflung der Menschen mit Händen zu greifen: „Es gibt nichts mehr zu essen, die Gärten und Felder sind zerstört und die meisten Nutztiere verendet“, berichtete der Entwicklungshelfer Reinhard Schaller damals in einem Telefongespräch aus Les Cayes. Ein Jahr danach verläuft der Wiederaufbau nur sehr schleppend.

Der Berufsschullehrer und gelernte Schlossermeister Reinhard Schaller, der mit seiner Frau Ulrike, einer Physiotherapeutin, seit 1998 im Südwesten Haitis lebt und unter

anderem im kirchlichen Berufsbildungszentrum *Centre de Développement Sur la Côte Sud d'Haïti* (CDCSH) in Port-à-Piment arbeitet, kommt ohne Umschweife auf die zentralen Probleme zu sprechen: „Es ist ungeheuer schwer, Baumaterial zu beschaffen. Und die Preise liegen mehr als doppelt so hoch wie noch vor einem Jahr.“ Die Hauptursache dafür sieht er darin, dass Haitis Südwesten de facto vom Rest des Landes abgeschnitten ist, seit schwer bewaffnete Gangs die Kontrolle der *Route Nationale 2* (RN-2) bei Martissant, einem Stadtbezirk an der Peripherie der Hauptstadt Port-au-Prince, übernommen haben. Sie plündern Lastwagen, erpressen Maut-Zahlungen, haben sogar ganze Tanklastzüge entführt, zwischenzeitlich den Polizeiposten von Martissant unter ihre Kontrolle gebracht.

Belagerungszustand

Der Busverkehr zwischen der Hauptstadt und dem Südwesten kam praktisch

zum Erliegen. Wer es sich leisten kann, nutzt lokale Fluglinien, um von Port-au-Prince nach Les Cayes oder Jérémie zu kommen. Und weil in Haiti nur sehr wenige Küstenmotorschiffe existieren, ist eine Versorgung der Menschen auf dem Seeweg kaum zu bewerkstelligen. An den Tankstellen gibt es nur noch unregelmäßig Treibstoff – und wenn, dann zu Mondpreisen. Zumindest einen positiven Effekt sehen Ulrike und Reinhard Schaller bei alledem: Weil die Lebensmittelpreise derart in die Höhe geschossen sind, bauen die Menschen, wo immer es möglich ist, Gemüse und Früchte an, weil sich die Erzeugung und der Verkauf von allem, was nicht für die Ernährung der eigenen Familie benötigt wird, wieder lohnt. Trotzdem wachsen Verzweiflung und Wut auf die Regierung, die die Menschen für den Terror der Gangs mitverantwortlich machen: Immer wieder kommt es zu Streiks und heftigen Protesten.

200 km nordöstlich, in der Hauptstadt Port-au-Prince, beschreibt Pierre-Hugue Augustin, Sozialwissenschaftler und Leiter von Kindernothilfe (KNH) Haiti, die Lage als katastrophal: „Das Erdbeben vor einem Jahr – und die ausgebliebene Hilfe für die Betroffenen – waren wie der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Jeden Tag denken wir, dass es nicht noch schlimmer kommen kann. Aber dann erreicht uns gleich die nächste Hiobsbotschaft.“

Am allermeisten leiden die Menschen unter der Terrorherrschaft, die die Gangsterbanden etabliert haben. Geschätzt 40 Prozent der Fläche der Hauptstadt stehen mittlerweile unter ihrer Kontrolle. Menschenrechtsorganisationen sprechen von 200 verschiedenen kriminellen Gruppen. „Das ist wie ein Belagerungsring, der da um uns herum gezogen wurde und den Menschen dieser 1,5 Millionen-Stadt die Luft abschnürt“, sagt Augustin. Sämtliche Ausfallstraßen sind in der Hand von bis an die Zähne bewaffneten Gangs, die sich untereinander blutige Kämpfe um die Macht in den Vierteln liefern. Akribisch listet das nationale haitianische Netzwerk zur Verteidigung der Menschenrechte (RNDDH) die Zahl derjenigen auf, die diesen Bluttausch mit dem Leben bezahlen: Demnach starben allein seit

2018 über 3.500 Menschen als Folge von Gewaltverbrechen.

Küngelei zwischen Politik und Gangs

Die UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet sagte Ende Mai: „Die bewaffnete Gewalt hat in Haiti ein derart unvorstellbares Ausmaß erreicht, das auf keinen Fall weiter hinnehmbar ist.“ Was sie nicht erwähnt, bemängelt Pierre-Hugue Augustin, ist die enge personelle Verzahnung zwischen der haitianischen Politikelite und dem organisierten Verbrechen. Mehrere Anführer der berüchtigsten Banden haben eine einschlägige Vergangenheit in der haitianischen Polizei hinter sich – oder waren Personenschützer unter Haitis früherem Präsidenten Michel „Sweet“ Martelly oder von dessen am 7. Juli 2021 von einem Killerkommando ermordeten Nachfolger Jovenel Moïse.

Die Hintergründe dieser Tat sind bis heute nicht aufgeklärt. Bislang bekannt gewordene Untersuchungsergebnisse – auch der US-Justiz – erhärteten jedoch den Verdacht, dass es bei diesem Auftragsmord um einen Konflikt innerhalb des organisierten Verbrechens ging, um die Kontrolle über den Drogen- und Waffenhandel, für den der kleine Karibikstaat immer mehr zur regionalen Drehscheibe geworden ist – unter Beteiligung von Regierungsmitgliedern und Figuren aus dem Umfeld von Moïses Vorgänger Martelly. Seit dem tödlichen Anschlag vom Juli 2021 wird Haiti von einer extrem schwachen, fragmentierten und nicht durch Wahlen legitimierten Übergangsregierung geführt, die dem Terror der Banden nichts entgegenzusetzen hat.

Neben Schutzgelderpressungen und Drogenhandel gehören vor allem Entführungen zum Geschäftsmodell der Gangs: Um die 1.000 Kidnapping-Fälle gab es im vergangenen Jahr, Tendenz steigend. „Dabei fallen“, so Pierre-Hugue Augustin, „auch die letzten Hemmschwellen: Zunehmend sind Ärztinnen und Ärzte aus Krankenhäusern unter den Opfern, Ordensschwwestern, Priester, Pastorinnen und Pastoren, Mitarbeitende aus Hilfsorganisationen.“ In Armenvierteln wurden sogar Schulen geplündert und abgefackelt, weil die Verantwortlichen die verlangten Schutzgelder nicht bezahlen konnten. Die Folge: In fast 450 Schulen findet kein

Unterricht mehr statt, elf Gesundheitszentren mussten schließen und in zahlreichen *bidonvilles* von Port-au-Prince sind die Straßenmärkte, über die sich die Menschen mit dem Lebensnotwendigen versorgen, verschwunden.

Wo kommen die gewaltigen Waffenarsenale her, auf die sich die Macht der Banden stützt – und deren Feuerkraft die Polizei weitestgehend hilflos gegenübersteht? Pierre-Hugue Augustin beobachtet diese Entwicklung jetzt bereits seit Jahren: „Bei jeder Wahl in Haiti arbeiten die Kandidaten mit Privatarmeen zusammen, die sie mit modernsten Schusswaffen ausstatten. Hinterher gibt es dann natürlich niemanden, der diese Waffen wieder einsammeln würde. Jedem Kind in diesem Land ist klar, dass es eine ganz enge Verbindung zwischen Politik, Regierung und Gangs gibt!“

Die Brutalität dieses Terrors gegen die eigene Bevölkerung, die von RNDDH dokumentiert wird, ist kaum auszuhalten: Da ist von Folter und Verstümmelungen die Rede, von Enthauptungen, von Menschen, denen Autoreifen um den Hals gelegt und dann angezündet werden, von Massenvergewaltigungen und sexuellen Misshandlungen an Kindern, um die Erwachsenen gefügig zu machen und so ganze Stadtteile unter Kontrolle zu bringen.

Aber es gibt noch einen weiteren Schauplatz für das, was sich da in Haiti abspielt: Das Internet! Die beiden wichtigsten Gangs 400 Mazozo (frei übersetzt: „Die 400 Jungs vom Land“) und *chen mechan* („Die fiesen Hunde“) – aber auch Banden-Zusammenschlüsse wie die *G9 Fanmi e alye-Gang* („Familie und Verbündete“) überbieten einander bei ihren Internetauftritten mit protzigem Machogehabe und Hasstiraden: Auf ihren TikTok-, Instagram- und Twitter-Kanälen präsentieren sie sich – fast immer völlig ungeniert ohne Masken – behangen mit schweren Goldketten und bewaffnet mit Schnellfeuerwaffen und Pistolen, um denen, die sich ihnen in den Weg stellen, Vernichtung und Tod anzudrohen – aber auch, um Jugendliche anzusprechen und für ihre jeweilige Gang zu rekrutieren.

Krankmachendes Gewaltsystem

Wie lässt sich unter solchen Bedingungen Alltag organisieren, wie können Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit aufrechterhalten? „Wir stehen hier unter

einem unglaublichen Stress. Und das Tag für Tag“, antwortet Pierre-Hugue Augustin, „es gibt inzwischen fast keine Familie mehr, die nicht selbst Gewaltverbrechen erlebt hat.“ Besonders leiden die Kinder. „Die ständige Angst zerstört ihr Selbstwertgefühl, sie wirken apathisch, resigniert, haben Angst, nach draußen zu gehen“, beobachtet der Kinderrechtespezialist. Für Organisationen wie KNH-Haïti ist die Unterstützung der Partnerorganisationen mit unglaublichen logistischen Herausforderungen verbunden. Quasi klandestine Versorgungsrouten, fernab der Hauptstraßen, müssen organisiert werden. Eine reguläre Arbeitsplanung ist so gut wie unmöglich geworden: „Alles hängt von der jeweiligen täglichen Sicherheitslage ab“, erklärt Augustin. „Wenn wir unterwegs sind, ist es ganz entscheidend, ganz engen Kontakt untereinander zu halten, zu jedem Zeitpunkt zu wissen, wo wir sind, Sicherheitshinweise von Partnern unbedingt zu beachten.“ Viele Nichtregierungsorganisationen haben in den zurückliegenden Monaten Personal verloren, weil sich die Mitarbeitenden dem Druck, aber auch den ständigen Todesdrohungen, denen sie und ihre Familienangehörigen ausgesetzt sind, nicht mehr gewachsen fühlen.

Hinzu kommt, dass die toxische Mischung aus endemischer Korruption, das Totalversagen von Polizei und Justiz beim Schutz der Menschen und der Transportrouten in Kombination mit der weltweiten Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln in dem fast vollständig von Importen abhängigen Karibikstaat zu atemberaubenden Preissteigerungen geführt hat. Das UN-Welternährungsprogramm spricht inzwischen von 4,6 Millionen Menschen, die in Haiti hungern und mit Nahrungsmitteln unterstützt werden müssten, und das in einem Land mit nur 11,4 Millionen Einwohnern.

Noch stemmen sich lokale Nichtregierungsorganisationen mit Unterstützung ihrer internationalen Partner gegen den Absturz ins Bodenlose: Die Schul-, Kinderrechts- und Frauenselbsthilfe-Projekte von KNH-Haïti oder auch das Berufsbildungszentrum CDCSH in Port-à-Piment arbeiten weiter, nicht zuletzt um die Kinder und jungen Leute täglich mit einer Mahlzeit versorgen zu können. Lehrer:innen müssen teilweise abenteuerliche Routen zurücklegen, um an den Kontrollposten der Gangs vorbei an ihren Arbeitsplatz zu gelangen.

Doch immer wieder verschwinden Kinder aus dem Unterricht, weil die Familien über Nacht heimlich geflüchtet sind, in dünnbesiedelte Regionen im Landesinnern, in denen der Terror der Gangs noch nicht omnipräsent ist oder – unter Aufbietung ihrer letzten finanziellen Mittel – über Schleuser Routen nach Südamerika oder auf den lebensgefährlichen Weg an die US-Grenze.

Gibt es irgendeine Perspektive für eine Verbesserung? Pierre-Hugue Augustin berichtet von einem Austausch von Entwicklungsorganisationen mit dem deutschen Botschafter in Haiti: „Wir haben

gefordert, dass die Welt Haiti – trotz aller anderen derzeitigen Krisen und Konflikte – nicht vergessen darf. Die internationale Gemeinschaft trägt nach dem umstrittenen und schlecht vorbereiteten Abbruch der UN-Schutzmission MINUSTAH im Oktober 2017 eine Mitverantwortung für die dramatische Sicherheitslage. Was wir brauchen, ist internationale Hilfe, um die Gangs zu entwaffnen und zu verhindern, dass Waffen und Munition weiterhin derart unkontrolliert über die Häfen ins Land fließen.“ KNH-Haiti verlangt deshalb, zusammen mit zahlreichen anderen Organi-

sationen aus der Zivilgesellschaft, als ersten Schritt strikte Zollkontrollen.

Ulrike und Reinhard Schaller aus Les Cayes und Port-à-Piment sind indes davon überzeugt, dass in diesen Zeiten allergrößter Bedrängnis den christlichen Kirchen in Haiti eine historische Rolle zukommt: „Die Kirchen im Land sind brechend voll. Noch haben die Menschen sehr viel Gottvertrauen – und spüren, dass die laute und mutige Stimme der Kirchen die letzte verbliebene Brandmauer gegen die Barbarei bildet. Dieses Vertrauen darf auf gar keinen Fall verspielt werden!“ ●

Ringens um einen Ausweg

Haiti birgt nicht nur die ärmste, sondern auch die ungleichste Gesellschaft der Region. Das praktisch deindustrialisierte Land wird von wenigen Familien beherrscht, die das Importgeschäft monopolisieren und ihre Privilegien mit allen Mitteln verteidigen.

Sie halten sich ihre eigenen Parteien – es gibt über 100 im Land – und setzen Privatarmeen im politischen Wettkampf ein. Letzteres war schon während der Duvalier-Diktaturen (1958-1986) mit den berühmtesten *Tontons Macoutes* der Fall. Auch der drei Mal zum Präsidenten gewählte „Armenprieester“ Jean-Bertrand Aristide (1990-2004) wurde in der Spätphase von den bewaffneten *Chimères* („Schimären“) gestützt.

Die Eliten nutzen die Bandengewalt zur Unterdrückung der politischen Opposition, um Wahlergebnisse zu beeinflussen und wirtschaftliche Monopole abzusichern. Im Gegenzug erhalten die Banden Finanzierung, Waffen und Munition und bleiben strafflos. Dennoch scheint sich das Bandenwesen in den letzten Jahren verselbständigt zu haben, was nicht zuletzt an der sich laufend verschärfenden (Un)Sicherheitslage abzulesen ist.

Der Wendepunkt lag im Jahr 2018, als sich die Wut der Bevölkerung gegen die hohen Lebenshaltungskosten und die Korruption der Eliten entlud. Vieles deutet darauf hin, dass die darauf folgende Bandengewalt – u.a. drei Massaker in wider-

ständigen Armenvierteln mit mindestens 240 Toten – die Antwort der Regierung Jovenel Moïses auf die Proteste war.

Die sich mit der Ermordung von Präsident Moïses im Juli 2021 weiter zuspitzende politische Krise nutzten die Banden zur Ausweitung ihrer territorialen Macht. Heute sind die rund 200 bewaffneten Gangs im Wesentlichen in zwei Bündnissen zusammengefasst. Der *Gg an Fanmi* (Gg und Familie) des Ex-Polizeioffiziers Jimmy „Barbecue“ Chérizier steht die jüngere *GPèp la*, von Gabriel Jean Pierre, alias „Ti Gabriel“, gegenüber. Zwischen ihnen hat ein Hegemonialkampf um inzwischen mehr als die Hälfte des Territoriums der Hauptstadt Port-au-Prince eingesetzt, mit zehntausenden Vertriebenen und hunderten Toten allein in diesem Jahr.

Dennoch hat in all dem Chaos die haitianische Zivilgesellschaft die Kraft zum Aufzeigen einer politischen Lösung gefunden. Ende August 2021 verständigten sich an die 600 Organisationen und politische Parteien auf den *Accord de Montana*. Dieses Abkommen ruft zum Bruch mit dem versagenden Staat auf, der als von den USA und der Core Group*) gestütztes Konstrukt bezeichnet wird. Das soll eine Übergangszeit von zwei Jahren eröffnen, um ein Klima der Sicherheit zu schaffen, öffentliche Institutionen wiederherzustellen und gegen die Straflosigkeit vorzugehen. Im Einverständnis mit den Parteien und dem noch amtierenden Rumpf-Senat soll eine Übergangsregierung bestimmt werden. De-facto-Premier Ariel Henry lehnt dieses Abkommen jedoch ab.

Die Zukunftsoption des Premiers lautet, Wahlen und ein Referendum abzuhalten, um zu einer institutionellen Normalität zurückzukehren. Die Unterzeichner:innen des *Accord de Montana* dagegen sehen die Bedingungen für Wahlen zurzeit nicht gegeben. Zwar kann keine der beiden Optionen für sich in Anspruch nehmen, das Volk zu repräsentieren, doch für den *Accord* spricht, dass er den derzeit größtmöglichen Konsens darstellt sowie auf durchdachten Analysen und Programmen beruht.

Letztlich hängt das Überleben der aktuellen De-facto-Regierung großteils von der Staatengemeinschaft ab. Diese müsste sich endlich ihrer Verantwortung für die Krise Haitis stellen und ihre angebliche Neutralität aufgeben. Tatsächlich stützt sie nämlich in Gestalt der *Core Group* die überkommenen Eliten, was einem Begräbnis erster Klasse für alle Untersuchungen zu Korruption und Massakern gleichkommt. Angesichts der verfahrenen Lage ist internationale Einmischung notwendig, doch muss diese – anders als bisher – die Initiative der Zivilgesellschaft berücksichtigen, um eine Neugründung des Staates zu ermöglichen. ●

Jürgen Kreuzroither

Text zum Teil gestützt auf Beitrag „Regieren mit Verbrecherbanden“ von Frédéric Thomas, Weltsichten 4-5/2022

*) In der Core Group sind UNO, OAS und die EU vertreten sowie die Botschafter:innen von Deutschland, Brasilien, Spanien, Frankreich, Kanada und den USA.

Angriff auf die Kirche

Wer sich mit der katholischen Kirche anlegt, muss gute Argumente haben oder einen langen Atem. Nicaraguas Machthaber Daniel Ortega lässt es derzeit auf eine Machtprobe ankommen. Das zeigt der Fall des Bischofs von Matagalpa Rolando Álvarez, der Mitte August unter „häuslichen Schutz“ gesetzt wurde. „Häuslicher Schutz“ ist eine Rechtsfigur, die das nicaraguanische Gesetz nicht kennt. In der Praxis heißt das, der Kirchenmann ist von der Außenwelt isoliert, bewaffnete Polizisten hindern ihn daran, sein Haus zu verlassen. Álvarez wird vorgeworfen, „gewalttätige Gruppen“ organisiert zu haben, die „die Regierung destabilisieren“ wollen.

Von Ralf Leonhard



Bischof Rolando Álvarez; © Ralf Leonhard

Der 55jährige Bischof ist einer der prominentesten kirchlichen Würdenträger des zentralamerikanischen Landes. Als im April 2018 aus brutal niedergeschlagenen Demonstrationen ein Volksaufstand erwuchs, vermittelte die Kirche einen Dialog zwischen dem wankenden Regime und Repräsentanten der aufständischen Gruppen: von Bauernbewegungen über Student:innen bis zum Unternehmerverband. Rolando Álvarez fungierte damals als Moderator, musste aber erkennen, dass Ortega das Forum missbrauchte, um Zeit zu gewinnen und den Aufstand blutig niederzuwalzen. Fast alle, die damals auf Seiten der Opposition am Tisch saßen, schmachten heute im Gefängnis oder haben sich ins Exil gerettet.

Rolando Álvarez fiel neuerlich auf, als er am Beginn der Pandemie in Matagalpa eine Corona-Hotline einrichten wollte. Matagalpa ist Hauptstadt des gleichnamigen Departements, zählt rund 120.000 Einwohner und liegt im zentralen Bergland, 135 Kilometer nördlich der Hauptstadt Managua. Die Einrichtung der Beratungsstelle wurde mit dem Argument untersagt, man dürfe die Bevölkerung nicht verunsichern. Anders als der konfliktscheue Kardinal Erzbischof Leo-

poldo Brenes nimmt sich Álvarez kein Blatt vor den Mund, wenn es darum geht, die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und die zunehmend diktatorische Politik des Regimes zu kritisieren. Die Rechnung wurde ihm präsentiert, als die Polizei am 1. August acht kirchliche Radiostationen der Diözese Matagalpa gewaltsam zum Schweigen brachte.

Bischof Álvarez protestierte gegen diese offensichtliche Willkür gegen die Grundrechte der Pressefreiheit und Freiheit der Religionsausübung, die auch in der nicaraguanischen Verfassung verankert sind. Wenige Tage später holte ihn und sieben weitere Geistliche aus Matagalpa die Polizei ab. Schon im März hatte das Regime den stets um Vermittlung bemühten apostolischen Nuntius Waldemar Stanislaw Sommertag zur persona non grata erklärt. Anfang Juli wurden dann 18 Missionarinnen vom Orden der Mutter Theresa von Kalkutta aus dem Land geworfen. Ihre Ordensgemeinschaft wurde aufgelöst, weil sie sich nicht als „ausländischer Agent“ beim Innenministerium registriert hatte. Seit Jahresbeginn sind bereits über 1.600 Nichtregierungsorganisationen unter demselben Vorwurf verboten worden, darunter wichtige Umwelt-, Menschenrechts-, Frauen- und Kultur-NGOs.

Das Gesetz über ausländische Agenten, für das Russlands Wladimir Putin Pate gestanden ist, verpflichtet alle Organisationen, Vereine oder Universitäten, die Gelder aus dem Ausland erhalten oder kanalisieren, sich als „ausländische Agenten“ zu registrieren. Die meisten können ohne solche Beiträge gar nicht funktionieren. Wenn aber die Verantwortlichen gesetzeskonform mit den vorgeschriebenen Dokumenten im Innenministerium vorstellig werden,

lässt man sie im Wartesaal sitzen. Es geht, wie ein Mitarbeiter einer Hilfsorganisation unter Zusicherung der Anonymität vermutet, darum, die Freiräume für eine kritische Zivilgesellschaft zu schließen. Für Aktivitäten außerhalb der Regierungspartei blieb nur mehr die Kirche.

Daniel Ortega hatte sich 2006 die Gunst der Bischöfe durch das strengste Abtreibungsgesetz des Kontinents erkaufte. Seither regiert er zunehmend autokratisch. Jahrelang waren die Beziehungen zur katholischen Kirche besonders herzlich. Besonders zum ehemaligen Hauptwidersacher Kardinal Obando y Bravo (+ 2018), der nach seiner Pensionierung das katholische Maskottchen des Präsidentenpaares Daniel Ortega und Rosario Murillo spielte. Die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) wählte das Motto „christlich, sozialistisch, solidarisch“ und die täglichen Rundfunkansprachen der First Lady und Vizepräsidentin gleichen salbungsvollen Predigten.

Bischof Rolando Álvarez ist der prominenteste Kirchenmann in Haft, aber nicht der einzige. Seit Jahresbeginn wurden zehn Geistliche festgenommen, darunter im August Óscar Danilo Benavidez, Priester aus der entlegenen Berggemeinde Mulukukú. Was man ihm vorwirft, ist nicht klar. Aber nach einer Reform des Strafprozessrechts können sich die Behörden jetzt 90 Tage, statt bis dahin 48 Stunden, Zeit lassen, um eine formale Anklage zu formulieren und den Verdächtigen einem Richter vorzuführen.

Papst Franziskus hat dazu lange geschwiegen und sich erst Ende August im sonntäglichen Mittagsgebet auf dem Petersplatz sehr allgemein zu Nicaragua geäußert. „Mit Schmerz und Sorge“ verfolge er die Geschehnisse dort und hoffe, „dass durch einen offenen und ehrlichen Dialog Wege für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben“ gefunden werden können. Kirchenkenner glauben, dass der Heilige Stuhl hinter den Kulissen Druck macht und auch auf die Freilassung der über 190 politischen Gefangenen hinwirkt. Bisher sieht es aber nicht so aus, als würde sich Ortega beeindrucken lassen. ●

Zwischen „Neuen Ideen“ und alter Wirklichkeit

Gespräch mit dem Vizepräsidenten Felix Ulloa

In der politischen Karriere von Felix Augusto Ulloa, der seit 2019 an der Seite von Nayib Bukele das zwar ehrenvolle, aber de facto wenig einflussreiche Amt des Vizepräsidenten bekleidet, spiegelt sich ein guter Teil der salvadorianischen Zeitgeschichte wider: Der heute 71jährige Sohn eines geachteten ehemaligen Rektors der Nationaluniversität, der 1980 von einer Todesschwadron ermordet wurde, trat erstmals als Führer der revolutionären Studentenbewegung in Erscheinung und unterstützte aktiv die Guerillabewegung der FMLN. Nach verschiedenen Studien der Rechtswissenschaften in Madrid und Paris kehrte er in seine Heimat zurück und widmete sich als Rechtsanwalt der Verteidigung von Gewerkschaftern. Nach dem Bekanntwerden verschiedener Korruptionsaffären kehrte er der FMLN den Rücken und zählt heute zum engeren Beraterkreis des umstrittenen Nayib Bukele.

Leo Gabriel sprach mit ihm über die Idee, den US-Dollar durch Bitcoins zu ersetzen (siehe dazu LAA 2/2022), die Verfassungsreform und den derzeit im Gang befindlichen „Krieg gegen die Maras“ (Jugendbanden).

Es stellt sich die Frage, ob El Salvador immer noch eine Demokratie der Eliten ist oder ob es wesentliche Veränderungen in der neoliberalen kapitalistischen Struktur gibt, die heute die Welt regiert. Welche „neuen Ideen“ vertritt Präsident Bukele und wie spiegeln sich diese in der Verfassungsreform wider, die Sie in den letzten Jahren vorangetrieben haben?

Präsident Bukele hat einen Prozess tiefgreifender Veränderungen eingeleitet, der vielleicht mit der Vierten Transformation verglichen werden kann, von der Andrés Manuel López Obrador (AMLO) in Mexiko spricht. Hier geht es nicht um diese vier Perioden, sondern einfach darum, dass viele der Forderungen, für die die salvadorianische Linke jahrzehntelang gekämpft hat, wieder aufgegriffen wurden. Wir hatten in den 1970er und 80er Jahren einen



Vizepräsident Felix Ulloa verteidigt die Politik von Präsident Bukele; © Leo Gabriel

mehr als 20 Jahre andauernden Bürgerkrieg, aber mit den Friedensabkommen haben wir nur sehr kleine Veränderungen im Wahlsystem, im Justizsystem und bei den Menschenrechten erreicht. Diese betreffen nicht den Kern des Modells der wirtschaftlichen Akkumulation, das einer der sieben zentralen Punkte auf der Agenda von Caracas war, die nicht erfüllt wurden. Mit dem Amtsantritt der Regierung Bukele wurden Veränderungen vorgenommen, die von der Überarbeitung des Rentensystems, dem Herzstück des Finanzsystems des Landes, bis hin zur Einführung von wirtschaftlichen Befreiungsmechanismen wie der Einführung der Kryptowährungen reichen.

Sie haben sich an vorderster Front für eine Initiative eingesetzt, die sich heute immer mehr durchsetzt: eine Verfassungsreform. Könnten Sie die Hauptlinien der vorgesehenen Veränderungen zusammenfassen, für die Sie sich eingesetzt haben?

Ich würde es in vier Säulen zusammenfassen. Erstens haben wir den Katalog der Grundrechte, der seit den 1950er Jahren besteht, erweitert. Die derzeitige Verfassung hat ihre Wurzeln im Jahr 1950, damals inspiriert vom europäischen Konstitutiona-

lismus der Nachkriegszeit. Wir erweitern diesen Katalog um Rechte, die damals nicht vorgesehen waren. Die Rechte der LGTB-Gemeinschaft, der indigenen Völker, der Frauen, der Jugendlichen, das Recht auf freie Bildung, das Recht auf das Internet – wir machen all das zu einem grundlegenden Menschenrecht, denn wir treten in das digitale Zeitalter ein. Das Recht auf saubere Luft, auf angemessene Nahrung, auf Umwelt und Wasser, das sind neue Rechte, die in den Katalog aufgenommen wurden.

Mit anderen Worten, der erste Teil ist der dogmatische Teil dessen, was in anderen Begriffen als Commons bezeichnet wurde?

Ja, in den Vereinigten Staaten nennt man das die Bill of Rights, aber hier nennen wir es den dogmatischen Teil der Verfassung, wo die Grundrechte stehen. Der zweite sind das politische System und die Wirtschaftsordnung. Im politischen System erweitern wir die Beteiligung der Bevölkerung an den grundlegenden Entscheidungen des nationalen Lebens, indem wir ihr das Recht geben, sich direkt zu beteiligen durch Plebiszite, Referenden,

Abberufung von Mandataren und Bürgerinitiativen, die es heute nicht gibt und die in diesem Land angewendet werden können.

Hier werden Maßnahmen ergriffen und Gesetze reformiert, ohne die Bevölkerung zu konsultieren. Das Volk beteiligt sich nur an der Wahl seiner Regierenden, seiner Vertreter, und dann handeln sie, wie sie wollen, ohne die Meinung der Bevölkerung einzuholen. Mit dem Referendum hat das Volk die Möglichkeit, bei diesen großen Entscheidungen konsultiert zu werden, und die Wirtschaftsordnung beruht seit 1950 auf der Anerkennung des Privateigentums. Aber wir haben eine weitere Komponente hinzugefügt. Das Privateigentum wird in seiner sozialen Funktion und in strikter Harmonie mit der Umwelt garantiert. Mit anderen Worten, die gesamte Umweltfrage ist eine Querschnittsmaterie in der von uns vorgeschlagenen Verfassung.

Meinen Sie damit, dass transnationale Bergbauunternehmen nicht mehr im Land arbeiten können?

Ja, aber das ist im Sekundärrecht geregelt, das steht nicht in der Verfassung. Wir wollen damit sagen, dass jede Art von Aktivität, sei sie wirtschaftlicher oder sozialer Natur, im Einklang mit der Umwelt stehen muss, sonst ist sie verfassungswidrig. Mit anderen Worten: Wir garantieren, dass die Umwelt die letzte Richtschnur für jede Entscheidung ist. Das ist der zweite Punkt.

Der dritte Punkt ist eine Reform des institutionellen Rahmens des Staates. Wir schaffen neue Zuständigkeiten und trennen die Funktionen. So ist beispielsweise der Oberste Gerichtshof mit einem hohen Verwaltungsaufwand belastet, der ihn daran hindert, seine eigentliche Aufgabengemäß wahrzunehmen.

Und schließlich sind da noch die sozialen Angelegenheiten. Der soziale Aspekt ist wichtig, deshalb schaffen wir auch ein Kapitel mit fünf Einrichtungen, die einen sozialen Rechnungsprüfer haben werden, um die missbräuchliche Ausübung von Macht einzuschränken. Das Institut für den Zugang zu öffentlichen Informationen, das Büro des Verbraucher-Ombudsmanns, der Rechnungshof der Republik und das Ethik-Tribunal der Regierung erhalten mehr Befugnisse.

Und der Präsident der Republik, in dieser neuen Form der Wahl?

Es wird vorgeschlagen, den Präsidenten für sechs Jahre zu wählen und ihm eine dreijährige Probezeit mit einem Widerrufsmandat einzuräumen, d.h. wenn sich nach drei Jahren herausstellt, dass der Präsident schlechte Leistungen erbringt, kann sein Mandat widerrufen werden.

Das brennendste Thema ist derzeit der sogenannte Krieg gegen die Maras. Es besteht aber ein inhärenter Konflikt zwischen zwei diametral entgegengesetzten Seiten. Eine davon ist die Sicherheit, die von der Bevölkerung stark unterstützt wird. Aber auf der anderen Seite stehen die Menschenrechte, die individuellen Freiheiten. Wenn wir Frauen vor den Gefängnissen sehen, die diese Rechte einfordern, dann denke ich, dass ein Konflikt vorprogrammiert ist.

Es gab bereits eine Vorarbeit von zwei Jahren zur Umsetzung eines territorialen Kontrollplans. Warum glauben Sie, dass es möglich war, in drei Monaten mehr als 50.000 Verdächtige zu fassen, von denen natürlich ein gewisser Prozentsatz nicht kriminell ist? Nennen Sie mir einen Krieg, in dem es keine zivilen Opfer oder Kollateralschäden gibt.

Ich würde sagen, dass die Antwort auf das von Ihnen angesprochene Problem lautet: Es hängt alles von der Strafverfolgung durch die Justiz ab, von ihrer Ernsthaftigkeit. Bisher sind bereits 70 Prozent der 50.000 Gefangenen der Justiz übergeben worden.

Sind Sie überhaupt in der Lage, alle diese Fälle zu untersuchen?

Individuell nein. Das ist eben der springende Punkt. Genau deshalb wurde der Status der vorläufigen Festnahme geändert, denn das war der Fehler, der vorher bestand. Die Polizei nahm 50 von ihnen fest und brachte sie zu den Richtern, die drei Tage Zeit hatten, um die Fälle zu bearbeiten; und sie nahmen die Verdächtigen fest, obwohl sie keine Beweise hatten. Die Richter nahmen sie raus – sie gingen ins Gefängnis und zwei Tage später waren sie wieder draußen. Das war eine sehr anstrengende Angelegenheit. Auch die Staatsanwaltschaft hatte nur 15 Tage Zeit, um jeden Fall zu beurteilen.

Es heißt, dass viele wegen ihrer Tätowierungen erwisch worden sind?

Auf den Tattoos steht zum Beispiel: (Mara) 18, das heißt, es sind keine künstlerischen Tattoos. Meine Tochter ist tätowiert, mein Enkelsohn ist nicht tätowiert, aber das ist kein Problem. Das ist die Sache mit der Eins, der Acht, sie haben die Insignien von dieser Mara, sie haben das MS von der Mara Salvatrucha. Mit anderen Worten: Tätowierungen signalisieren Status. Ein Capo hat hier zum Beispiel das Recht, sich die 18, die MS, auf den Kopf tätowieren zu lassen. Ein Untergeordneter kann nicht bis zum Kopf gehen, aber er kann sich vom Hals abwärts tätowieren lassen. Wenn die Leute diese Codes nicht kennen, werden sie nicht verstehen, nach welchen Kriterien die Exekutive vorgeht.

Eine letzte Frage: Würden Sie die Regierung Bukele – nicht Sie persönlich, sondern die Regierung als Ganzes – angesichts dieses Panoramas als links, mitte-links oder mitte-rechts einstufen?

Das ist schwierig für mich. Denn der Präsident selbst hat sich als einen Mann der Ideen und nicht der Ideologien bezeichnet. Ich bin ein Mann der Ideologie. Mit anderen Worten: Wir sind mit ideologischen Schemata aufgewachsen. Diese neuen Generationen sind unter anderen politischen, kulturellen und ideologischen Vorzeichen aufgewachsen. Nein, ich könnte mich nicht als rechts, links, Mitte, Mitte-Rechts oder Mitte-Links bezeichnen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich bis heute mit fast allen Entscheidungen des Präsidenten und den Maßnahmen der Regierung einverstanden bin. Es gibt zwei, mit denen ich nicht einverstanden bin, und das habe ich ihm auch gesagt, aber sie sind sehr, sehr spezifisch, und zwar aus ideologischen Gründen. Aber ich werde Ihnen diese nicht verraten, weil ich es ihm so versprochen habe. Zwei von allen. Meine Denkweise, meine Ideologien, meine Ideen decken sich also voll und ganz mit dem, was getan wird. Und wie ich schon sagte, viele der Forderungen, für die wir gekämpft haben und die wir mit 80.000 Toten, mit 7.000 Verschwundenen, mit dem Verlust von Freunden und Familienangehörigen nicht erreichen konnten, werden nun dank der Entscheidungen dieses Präsidenten und der ihn begleitenden Regierung erfüllt. ●

Interview: Leo Gabriel

Auf Protestwelle folgt Repression

Am 30. Juni, dem 18. Tag eines von indigenen Bewegungen organisierten nationalen Streiks, setzte sich die konservative Regierung von Guillermo Lasso mit der Konföderation Indigener Nationalitäten (CONAIE) an den Verhandlungstisch, um die bisher längste indigene Mobilisierung in Ecuador zu beenden. Neben der Erfüllung wesentlicher Forderungen dieses Streiks wurde auch ein 90-tägiger Verhandlungsprozess vereinbart. Doch noch vor dessen Beginn intensivierte die Regierung ihre Repressionskampagne gegen Aktivist:innen der Proteste.

Von **Angélica María Bernal und Joshua Holst**

Nach einem Jahr erfolgloser Versuche der Diskussion mit Ecuadors Regierung ging die CONAIE am 13. Juni auf die Straße und blockierte die wichtigsten Städte des Landes sowie Ölquellen. Seit Präsident Lassos Wahl im Jahr 2021 hatten vom IWF vorgegebene Erhöhungen des Benzinpreises, die Ausweitung der Ölförderung in indigenen Territorien und wachsende Verschuldung dazu beigetragen, die Lebensbedingungen für Indigene wie auch für die arme städtische und ländliche Bevölkerung zu verschlechtern.

Der landesweite Streik war für Ecuadors indigene Bewegungen von historischer Bedeutung, erwiesen sie sich dabei doch trotz intensiver Unterdrückung als nach wie vor einflussreiche politische Kraft. Nach 18 Tagen der Lähmung des Landes gab Lasso schließlich den Forderungen des Streiks in wesentlichen Punkten nach und stimmte der Aufnahme eines Verhandlungsprozesses zu.

Das hinderte die Regierung aber nicht daran, CONAIE-Präsident Iza wegen der Straßenblockaden und der Unterbrechung der Ölproduktion anzuklagen. Daneben gab es laut der Regionalen Stiftung für Menschenrechtsberatung (INREDH) per 6. Juli 403 offene Verfahren gegen Protestteilnehmer:innen. Bereits am zweiten Tag der Proteste hatte Lassos Angriff auf das Recht zum Widerstand mit Izas Verhaftung eingesetzt. Nach einem öffentlichen Aufschrei gegen diese willkürliche und illegale Maßnahme wurde Iza kurz darauf freigelassen.

Während der folgenden Streiktage gingen die repressiven Maßnahmen weiter. Lasso verhängte über sechs Provinzen den Notstand und erlaubte den Einsatz auch tödlicher Gewalt gegen die Protestierenden.



Quito, 30. Juni: CONAIE-Anhänger:innen feiern den Erfolg ihres Protests
© Martín Bernetti, AFP

Wie Ecuadors Allianz für Menschenrechte berichtet, waren die Folge sechs Tote, 335 Verletzte und 155 Festnahmen. Das Verfahren gegen Iza lässt am guten Willen der Regierung zweifeln und gefährdet auch den Verhandlungsprozess. Dieser ist nicht nur für Lasso wichtig, der im Juni nur knapp eine Vertrauensabstimmung im Parlament überstanden hat, sondern auch für die Beseitigung der Ursachen, die zum Streik geführt haben.

Die Wurzeln des Konflikts

Die Unfähigkeit der Regierung Lasso, die sich vertiefende politische, wirtschaftliche und Sicherheitskrise zu lösen, war der zentrale Auslöser des Streiks. Die Covid-19-Pandemie hat Ecuador schwer getroffen. Einen Monat nach ihrem Ausbruch verzeichnete das Land eine der weltweit höchsten Todesraten, was ernste Schwächen seines Gesundheitswesens offenlegte. Die Pandemie löste eine Rezession aus und ließ Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit ansteigen.

Ein weiterer Schlüsselfaktor ist Ecuadors Abhängigkeit von Ölexporten, seiner wichtigsten Devisenquelle. Die Ressourcenpolitik war seit Ende der 90er Jahre Auslöser heftiger Konflikte zwischen Staat und Gesellschaft. Als zum Beispiel der frühere Präsident Lenín Moreno angesichts des seit 2014 gefallenen Ölpreises Austeritätsmaßnahmen wie die Reduzierung von Subventionen für Treibstoffe verfügte, um Kreditbedingungen des IWF zu erfüllen, löste das 2019 Massenproteste aus, die ihn zur Rücknahme dieser Maßnahme zwangen.

Im September 2020 hatte der IWF Ecuador einen neuen Kredit über 6,5 Mrd. USD gewährt. Um eine Tranche davon zu erhalten, musste Lasso im Oktober 2021 ebenfalls das Ende der Subventionierung des Spritpreises zusagen. Auch diesmal organisierte die CONAIE Proteste, was Lasso zwang, auf Preiserhöhungen in monatlichen Schritten umzustellen.

Nach der Wahl hatte Lasso angekündigt, Ölförderung und Bergbau zu verdoppeln, um das Budget zu sanieren und Armut zu bekämpfen. Bis zum Juni 2022, als sich die Regierung anschickte, diese Pläne umzusetzen, hatten sich die Treibstoffpreise in Ecuador verdoppelt, was Transport und Lebensmittel verteuerte. Arme konnten sich Nahrungsmittel immer weniger leisten. Besonders indigene Gemeinschaften bekamen die Folgen von Lassos Politik zu spüren, die Armut auf dem Land wuchs unkontrolliert. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage und seiner sinkenden Popularität reagierte Lasso mit rascher und gewaltsamer Repression auf die Proteste. Durch Taktiken der Kriminalisierung versucht er auch seit dem Ende des Streiks, seine bedrohte Macht abzusichern.

Institutionalisierte Kriminalisierung

Kriminalisierung zur Unterdrückung von Massenmobilisierungen hat in Ecuador Tradition. Bereits Präsident Rafael Correa (2007–2017) hatte auf die Proteste gegen die Ausweitung von Bergbau und Ölförderung mit willkürlichen Festnahmen und Gerichtsverfahren reagiert. Er griff NGOs an, beschränkte die Pressefreiheit und verunglimpfte Aktivist:innen als „Terroristen und

Saboteure“. Besonders betroffen war die indigene und bäuerliche Bevölkerung, die angesichts ihrer ökologischen und gesundheitlichen Folgen gegen Correas Politik der Ausweitung des Extraktivismus protestierte und auf den Widerspruch zwischen dieser Praxis und der Tatsache hinwies, dass Ecuador als erstes Land der Welt die Rechte der Natur in seiner Verfassung verankert hat.

Correas Nachfolger Lenín Moreno hielt an dieser Politik fest: Die gewaltsame Unterdrückung der Proteste vom Herbst 2019 forderte elf Tote und 1.507 Verletzte; über 400 Strafverfahren wurden eingeleitet. Nach zwei Jahrzehnten ist das Ziel der Kriminalisierung klar: Die Tätigkeit kritischer Aktivist:innen und sozialer Protest sollen unterbunden werden. Lasso hat diesen Angriffen einen neuen Vorwurf hinzugefügt, der rassistischen Hass gegen Indigene und ihre Stigmatisierung zu fördern droht: Drogenhändler hätten die Proteste vom Juni 2022 mit 15 Millionen USD finanziert.

Ein prekärer Dialog

Die ersten Wochen des Dialogprozesses waren vom Versuch der Regierung Lasso überschattet, den Protest in den Medien mit Kriminellen in Verbindung zu bringen und für die ökonomischen Einbußen infolge der Blockade der Ölproduktion verantwortlich zu machen. Indigene Aktivist:innen befürchten, dass deshalb neue Angriffe auf Anführer:innen des Protests bevorstehen. Das würde dem Geist des Friedensabkommens widersprechen, in dem die Regierung einer Senkung der Treibstoffpreise um 15 Prozent und der Rücknahme des Dekrets zur Ausweitung der Ölproduktion zugestimmt hat.

Schon während des Streiks gab Lassos Verhalten Anlass für Zweifel an seiner Kompromissbereitschaft, indem er den Konflikt durch verstärkte Militarisierung und Gewalt schürte, geheime Verhandlungen mit am Streik nicht beteiligten Indigenen führte und Kampagnen der Desinformation betrieb. Sollte er weiterhin Justiz und Medien zur Diskreditierung und Kriminalisierung der indigenen Teilnehmer an den Protesten einsetzen, wird das den Dialogprozess gefährden und damit die Gefahr erhöhen, dass es zu einem neuen Zyklus sozialer Unruhe kommt. ●

Der Beitrag ist auf <https://nacla.org> erschienen; Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius

Der lange Schatten des Rassismus

Die Kette der Krisen in Peru reißt nicht ab. Vielmehr setzt sie sich im Schatten des Rassismus, seiner Diskurse und Manifestationen fort, die als Konstanten der peruanischen Gesellschaft von Anfang an die Geschicke des Landes mitbestimmen haben. Gerade in Krisenzeiten oder in Zeiten akuter sozialer und politischer Polarisierung nimmt Rassismus an Heftigkeit zu und kann – gepaart mit Klassendenken – zur Stabilisierung von Machtverhältnissen eingesetzt werden.

Von Eny Angenvoort



Präsident Castillo steht unter Dauerbeschuss der rechten Opposition; © Carlos Mamani, AFP

Präsident Pedro Castillos Regierung ist weit davon entfernt, als exemplarisch zu gelten. Sie ist von Instabilität und Improvisation geprägt, wird ständig von Korruptionsvorwürfen abgelenkt und durch Manöver des rechten Spektrums samt Unterstützung der großen Medienhäuser in der Schwebelage gehalten. Schon zweimal versuchte der Kongress, Castillo des Amtes zu entheben, und bis Anfang August erlebte seine Regierung durchschnittlich alle neun Tage (sic!) eine Minister:innenentlassung. Von den mittlerweile vier Kabinetten unter dem Mandat Castillos wurde einem zudem nicht das Vertrauen durch den Kongress ausgesprochen. Aníbal Torres, der vierte Ministerpräsident, versuchte Anfang August zurückzutreten, blieb jedoch auf Bitte Castillos im Amt. Gegen Castillo wird in sechs Fällen ermittelt, darunter wegen mutmaßlicher Korruption, und

auch einige seiner Familienmitglieder müssen sich vor der Justiz erklären.

Peru scheint sich nicht aus der Spirale der hausgemachten Probleme befreien oder einen angemessenen Umgang mit den weltweiten Auswirkungen der Pandemie und des russisch-ukrainischen Krieges finden zu können. Die panikgesteuerte Verhängung einer eintägigen Ausgangssperre im April in Lima und Callao, die die Forderungen nach Castillos Rücktritt nicht verstummen ließ, oder die gewaltsame Reaktion auf die Proteste, die in 18 Regionen des Landes gegen die steigenden Preise für Kraftstoffe und Grundnahrungsmittel entbrannten, sind unrühmliche Beispiele. Dabei war Castillo für die unteren sozialen Schichten angetreten, die vom liberalen Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte ausgeschlossen waren, und die sich durch ihn aufgrund seiner ethischen und sozialen

Herkunft repräsentiert sahen. Sein knapper Sieg über Keiko Fujimori war sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass viele Peruaner:innen in ihm das kleinere Übel sahen. Dennoch formierte sich von Anfang an um die Opposition herum ein breites rechtes Spektrum, das Rassismus und Klassenhass gezielt gegen Castillos Präsidentschaft einsetzte.

Der Tatsache, dass Castillo für eine linksextreme Partei kandidierte, begegnete man mit der altbekannten Unterstellung, den Terrorismus unterstützen zu wollen. Sozial orientierte Bestrebungen wurden als Versuch diffamiert, aus Peru ein zweites Venezuela zu machen. Von Anfang an wurde das Schüren von Ängsten damit begründet, Castillos Herkunft und Klasse seien ausschlaggebend für seine persönlichen Verfehlungen und jene der Regierung. Denn als *indio* besitze er nicht die nötigen kognitiven Fähigkeiten, das Land zu regieren, und könne es daher nur in die Rückständigkeit führen. Als *cholo* sei er opportunistisch, korrupt und voller Ressentiments. Er sei zudem „ein Esel“, der Evo Morales-Anzüge trage und sich höchst peinlich auf dem internationalen Parkett präsentiere. Außerdem spreche Castillo kein korrektes Spanisch, weil seine Aussprache und Ausdrucksweise anders als die der Bildungsschicht Limas sind. Derartige diskriminierende Äußerungen richteten sich nicht nur gegen Castillo, sondern auch gegen alle Menschen, die gleiche oder ähnliche Eigenschaften aufweisen.

Mittlerweile wissen die Peruaner:innen, dass die „kommunistische Bedrohung“ nicht existiert. Für sie steht jedoch fest, dass die improvisierte Regierung Castillos genauso für Korruption und Klientelismus anfällig ist wie die vorherigen. Seine Unterstützerbasis im Kongress besteht aus laienhaften, wenig loyalen Politiker:innen, die meist ihre eigenen Interessen im Auge haben. Seit Juni kann Castillo kaum noch mit Unterstützung aus dem Kongress rechnen, da er von Parteichef Vladimir Cerrón dazu aufgefordert wurde, *Perú Libre*, die Partei seiner Kandidatur, zu verlassen. Seitdem haben zumindest die ständigen Vorwürfe aufgehört, Cerrón würde die Regierung indirekt lenken. Die konservative Rechte versucht jedoch weiterhin, Castillo zu entmachten.

So hat die parlamentarische Rechte Anfang Juli in einer erneuten Offensive gegen die Regierung auch die Vizepräsidentin Dina Boluarte (*Perú Libre*) zu disqualifizieren versucht, damit sie im Falle einer Amtsenthebung Castillos die Präsidentschaft nicht übernehmen kann. Sollte Boluarte verhindert werden, würde die (oppositionelle) Präsidentin des Kongresses das höchste Amt übernehmen. Aktuell ist das Lady Camones (*Alianza para el Progreso*), zuvor aber war es María del Carmen Alva (*Acción Popular*), die selbst in der peruanischen Öffentlichkeit als offen rassistisch angesehen wird. Berühmt ist die Situation während Castillos Amtseinführung, als sie ihm vor laufenden Kameras den Ellbogenruß verweigerte und damit sowohl Applaus als auch Kritik in den sozialen Medien erntete.

In dieser Atmosphäre der Polarisierung ist kein Ende der gegenseitigen Vorwürfe abzusehen. Castillo selbst beklagt mittlerweile öffentlich, gemeinsam mit seiner Familie Opfer von Spott und rassistischen Attacken zu sein, während die andere Seite das als Strategie abtut, sich selbst als Opfer darzustellen. In diesen Scharmützeln gibt es jedoch keine Unschuldigen, denn sowohl Regierung wie auch Opposition verwenden Narrative der Konfrontation zwischen *cholos* und *blancos*, Reichen und Armen sowie Provinzlern und Hauptstädtern und reproduzieren damit Rassismus und Klassendenken, die schon sehr lange die peruanische Gesellschaft prägen.

Politische Genealogie des Rassismus in Peru

Peru ist ein durch Rassifizierung geprägter Staat, der seit seinem Bestehen auf ethnische Klassifikationen setzt, rassistisch gelenkte Ausgrenzung und Unterdrückung reproduziert und differenzierte Ebenen der Staatsbürgerschaft fördert.

Diese rassebezogenen Hierarchien wurden in der Kolonialzeit etabliert. Ausschlaggebend hierfür waren der Mythos der „mühelosen Eroberung“, der den *indio* als passiv und unterwürfig stereotypisierte, und die Einführung der steuerrechtlichen Kategorie *indio* in der Kolonialverwaltung, die eine Vielzahl von Völkern zu einer homogenen Gruppe zusammenfasste. Als im Zuge der Ausbeu-

tung der eroberten Gebiete auch schwarze Sklaven eingeführt wurden, wurde zudem ein System der *castas* implementiert, das die gewachsene ethnische Komplexität in der kolonialen Gesellschaft zu regeln versuchte.

Bis Ende des 18. Jahrhunderts war die indigene Bevölkerung noch heterogen und enthielt Überbleibsel der vorkolonialen Adelsschicht. Die Rebellion, die 1780 der adlige Mestize José Gabriel Condorcanqui für mehr ökonomische Macht seiner Klasse entfachte, führte nach ihrer Zerschlagung nicht nur zum Verbot der inkaischen Adelsschicht, sondern auch zu einem verstärkten Zwang zur Homogenisierung der verschiedenen einheimischen Ethnien und Kulturen.

Mit der Unabhängigkeit Perus im Jahr 1821 versprach man sich Freiheit und Gleichheit im Lande. Dennoch vermochte der Kampf, der primär den Interessen der kreolischen Elite diente, keinen allgemeinen sozialen Wandel zu bewirken. Vielmehr begann damit die Konstruktion eines Paradoxons, das bis heute in Peru Bestand hat: Auf der einen Seite wurde eine gemeinsame nationale Identität durch Berufung auf das inkaische Erbe erschaffen. Auf der anderen Seite konsolidierten die kreolischen Eliten ihre Dominanz durch Fortsetzung der Diskriminierung von Indigenen. In der Mentalität der Menschen blieb jene Pigmentokratie*) bestehen, die das System der *castas* mit sich gebracht hatte. So wurde auf der einen Seite die erste Verfassung Perus 1822 ausschließlich von den Eliten ausgearbeitet, während man auf der anderen Seite den indigenen Gemeinden weiterhin Tributzahlungen abverlangte. Zudem wurde die europäische Einwanderung gefördert, um die Nation rassistisch zu „verbessern“, und nachdem die Sklaverei 1854 abgeschafft wurde, warb man ersatzweise chinesische Arbeiter an.

Der um 1850 begründete biologische Rassismus, der die Überlegenheit der weißen Rasse postulierte, fand in Peru eine starke Rezeption, die die *criollos* darin bestätigte, für die Führung des Landes durch ihr europäisches Erbe prädestiniert zu sein. Zwar wurde keine Segregationspolitik praktiziert, dennoch waren solche Ideen so vorherrschend, dass selbst für die Niederlage im Salpeterkrieg gegen Chile (1879-1884) rassistische Erklärun-



Anhänger:innen von Pedro Castillo demonstrierten am 9. Februar in Lima; © Leslie Searles

gen gefunden wurden: Die indigenen Soldaten seien schuld an der Schmach, weil sie keinen Nationalstolz besäßen.

Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren der Sozialdarwinismus, der biologische Rassismus und die Eugenik in Peru weit akzeptierte Tendenzen, die öffentliche Politiken und die Diskussion um das sogenannte „Indioproblem“ mitbestimmten. Demnach sei der *indio* biologisch und intellektuell unterlegen und daher die Quelle der Rückständigkeit des Landes. Deshalb könne Peru nur durch Industrialisierung, Modernisierung und Entindigenisierung der *indios* zu einer weißen und zivilisierten Nation werden. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts führten eine gescheiterte Agrarreform, verschiedene Wirtschaftskrisen und der Krieg gegen den „Leuchtenden Pfad“ zu großen Migrationsbewegungen in die Küstenstädte. Diese soziodemographische Entwicklung führte zur Stereotypisierung der andinen Migrant:innen in der Kategorie des *cholos*. Von außen betrachtet fusionieren in ihm die alten Vorurteile gegen den *indio* sowie die mangelnde Akzeptanz für seine Anpassungsbemühungen. Deshalb würden sich die wenigsten als *cholo* bezeichnen.

Insgesamt erkennen nur sehr wenige Peruaner:innen, dass sie in einer vom Rassismus geprägten Gesellschaft leben, obwohl entsprechende Diskriminierung in Peru alltäglich ist. Nach wie vor werden im familiären Umfeld, im Bildungssystem ebenso wie in den Massenmedien subtile wie direkte rassistische Kategorien verwendet und reproduziert. Der rassistische Diskurs ist insofern als Normalität so weit verinnerlicht, dass soziale Ungleichheit als unveränderliche biologische Fatalität erscheint. Die Menschen „wissen“, wie diese Kategorien zu verwenden sind, um insbesondere „andere“ zu klassifizieren oder zu verletzen. Eine ethnische Auto-definition wird dagegen durch implizierte soziale Stigmata so weit gesteuert, dass ethnische Selbstverständnisse schwer auszumachen sind. Es ist nämlich nicht dasselbe, Nachkomme der Eroberer zu sein oder von Besiegten und Sklaven abzustammen.

Jenseits faktischer Regierungsschwäche ist es vor dem Hintergrund dieses tradierten und gesellschaftsimmanenten Rassismus fraglich, wie lange Castillo sich noch an der Macht halten kann. Zu vermuten ist, dass zukünftig die Chancen, als Person aus dem Volk an

die Macht zu gelangen, durch Vorwürfe der Unfähigkeit und Korruption stark vermindert wären. Weiters würden sozialstaatliche Reformen – gerade wenn sie von der Linken kämen – von der latenten Angst vor Sozialismus und Terrorismus ausgebremst werden. Unter dem langen Schatten des Rassismus ließe sich sogar argumentieren, dass die Oberschicht dazu prädestiniert sei, das Land zu regieren und die Mestizen und Indigenen der Unterschicht dieser Verantwortung nicht gewachsen wären. ◉

*) „Eine Pigmentokratie ist eine Art sozialer Hierarchie, die auf der menschlichen Hautfarbe basiert. ... Eines der klassischen Beispiele einer Pigmentokratie ist eine kolonisierte Nation. Wenn Nationen kolonisiert werden, haben die Kolonisten oft eine andere Farbe, was es den Mitgliedern der Gesellschaft leicht macht, zwischen Kolonisten und Eingeborenen zu unterscheiden.“ (zitiert aus: <https://spiegato.com/de/was-ist-eine-pigmentokratie>)

Mexiko

Militärs im Fall Ayotzinapa mitverantwortlich

Ranghohe Militärs waren direkt für die Repression gegen die Studenten von Ayotzinapa in Iguala im September 2014 mitverantwortlich. Dies gab Unterstaatssekretär Alejandro Encinas Rodríguez am 26. August auf einer Pressekonferenz in Mexiko-Stadt bekannt. Encinas ist Vorsitzender der Wahrheitskommission zum Fall Ayotzinapa, die Präsident López Obrador 2019 einsetzte.

Der damalige Oberst José Rodríguez Pérez, zur Zeit der Ereignisse Kommandeur der 27. Infanteriebrigade mit Sitz in Iguala, ordnete laut Encinas die Hinrichtung und das Verschwindenlassen von sechs Studenten aus Ayotzinapa an, die zu den 43 Verschwundenen gehörten. Diese sechs jungen Männer sind laut der Wahrheitskommission noch Tage nach der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 am Leben gewesen. Mit dieser Anschuldigung gegen Rodríguez Pérez klagt erstmals eine Bundesbehörde explizit einen hohen Militär der Verbrechen von Iguala an.

Rodríguez Pérez hat gemäß der Wahrheitskommission seinen Vorgesetzten, General Alejandro Saavedra Hernández, damals Kommandeur der 35. Militärzone mit Sitz in Chilpancingo, Guerrero, über die Ereignisse in Iguala genau in Kenntnis gesetzt. Gegen beide Männer wurde Haftbefehl erlassen. Im Zuge der 82 neu ausgestellten Haftbefehle gegen mutmaßliche Täter im Fall Ayotzinapa werden nun insgesamt 20 Militärs angeklagt.

Damit wird eine Kehrtwende in der Aufarbeitung des Falls Ayotzinapa vollzogen. Der damalige Verteidigungsminister, General Salvador Cienfuegos Zepeda, nahm die Truppe kollektiv in Schutz. Cienfuegos behauptete, die in Iguala kasernierten Soldaten hätten von den Ereignissen auf den Straßen der Stadt nichts mitbekommen. Er verhinderte auch die Suche nach den 43 Verschwundenen in Militäreinrichtungen oder Zeugenaussagen von Soldaten.

Gegen den am 18. August verhafteten ehemaligen Generalstaatsanwalt Jesús Murillo Karam, der für den Fall Iguala zuständig war, ist inzwischen Anklage wegen „der Verbrechen des gewaltsamen Verschwindenlassens, der Folter und des Verstoßes gegen

die ordnungsgemäße Rechtspflege im Fall Ayotzinapa“ erhoben worden.

Einige Tage nach dem am 17. August veröffentlichten Schlussbericht der Wahrheitskommission zu Ayotzinapa nahmen auch die Angehörigen der 43 verschwundenen Studenten dazu Stellung. Sie begrüßen die Fortschritte bei der Aufklärung der Verbrechen und das klare Benennen der kriminellen Zusammenarbeit von lokalen Behörden, Mafias und Militärs. Doch dass nur drei der 43 Verschwundenen identifiziert werden konnten und es von weiteren 40 keine Spur und keine Indizien gibt, sie noch lebend zu finden, ist ein herber Schlag für die Familien. Sie wollen sich nicht mit der Aussage abfinden, dass ihre Söhne tot sind.

Am 26. September 2022 jährte sich die blutige Nacht von Iguala zum achten Mal, in der nicht nur 43 Lehramtsstudenten verschwanden, sondern auch drei Studierende und drei weitere Zivilisten ermordet wurden. Insgesamt wurden bei diesem mutmaßlichen Staatsverbrechen 50 Leben zerstört.

Philipp Gerber, amerika21

Panama

Proteste begleiten Nationalen Dialog

In Panama haben am 11. August erneut Tausende an Demonstrationen und Straßensperren teilgenommen. Das Bündnis „Alianza Pueblo Unido por la Vida, APUV) hatte zu Aktionen im gesamten Land aufgerufen.

Sprecher:innen des Bündnisses werfen der Regierung vor, Versprechen nicht einzuhalten. Seit dem 21. Juli verhandeln die Regierung und Vertreter:innen sozialer Organisationen und Bewegungen unter der Schirmherrschaft der katholischen Kirche miteinander. Die Gespräche des „Nationalen Dialogs“ waren einberufen worden, nachdem Massenproteste ab Anfang Juli das zentralamerikanische Land erschüttert hatten. Enorme Preissteigerungen und das neoliberale Wirtschaftsmodell waren der Auslöser.

„Da die vereinbarten Maßnahmen nicht erfüllt worden sind und aufgrund des Desinteresses, die Probleme zu lösen, kehren wir auf die Straße zurück“, kommentierte Saúl Méndez, Vorsitzender der Baugewerkschaft

Suntracs, eines APUV-Mitglieds, die erneuten Straßenaktionen. Die APUV kritisiert, dass Unternehmen sich weigern, die in der ersten Verhandlungsrunde beschlossenen Schritte umzusetzen.

In der ersten Runde des Nationalen Dialogs hatten beide Seiten Maßnahmen zur Reduzierung der Preise von Nahrungsmitteln, Treibstoff und Medikamenten beschlossen. So versprach die Regierung, die Kosten von 72 Produkten des täglichen Bedarfs und von Medikamenten zu senken sowie den Preis von Treibstoff zu deckeln. Aus dem ganzen Land wurde jedoch berichtet, dass Tankstellen sich nicht daran hielten und Supermärkte ihre Preise erhöht hätten.

Vertreter:innen der Protestbewegung werfen der Regierung vor, den Nationalen Dialog zu nutzen, um die Bewegung zu schwächen. Mit Beginn der Verhandlungen waren die damals seit drei Wochen laufenden Streiks und Straßenaktionen beendet worden. Die Regierung könnte laut Beobachter:innen jetzt auf Zeit spielen, um die Bewegung zu ermüden und ihre Fähigkeit zur Mobilisierung zu schwächen.

Außerdem kritisierten Protestierende den Nationalen Dialog dafür, grundlegende Themen aus den Verhandlungen auszusparen. So werde nicht über die hohe Arbeitslosenquote, die Unterbeschäftigung und die informelle Arbeit gesprochen. Das galt auch für das Lohnniveau, die Verträge mit dem Internationalen Währungsfonds und die erfolgten Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst. Themen der Verhandlungen im nach dem 11. August fortgesetzten Dialog waren unter anderem Sozialversicherung, Korruption und Verringerung der Stromkosten.

René Thannhäuser, amerika21

Kolumbien–Venezuela

Botschafteraustausch beendet Konfrontation

Die Regierungen von Kolumbien und Venezuela haben ihre diplomatischen Beziehungen offiziell wiederhergestellt. Die neu ernannten Botschafter der beiden Nachbarländer sind in den jeweiligen Hauptstädten eingetroffen, um ihre Beglaubigungsschreiben zu übergeben. Dieser Schritt war Anfang August gleich nach der Amtsübernahme der neuen kolumbianischen Regierung unter

Argentinien

Lawfare gegen Vizepräsidentin?

Präsident Gustavo Petro geplant worden. Damit beendet Kolumbien seine Rolle in der konfrontativen Politik der USA gegenüber Venezuela.

Kolumbiens Botschafter Armando Benedetti wurde in Caracas von Präsident Nicolás Maduro empfangen, der den Willen zu guten bilateralen Beziehungen betonte. Benedetti sprach in einer Nachricht von der „Notwendigkeit, die Bande der Freundschaft wiederherzustellen, die nie hätten zerstört werden dürfen“. Er wolle auch dazu beitragen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Venezuela wieder zu vertiefen, da immerhin acht Millionen Kolumbianer:innen vom Handel mit dem Nachbarland lebten. Félix Plasencia, Venezuelas neuer Botschafter in Kolumbien, erklärte, er wolle „die Diplomatie des Friedens voranbringen“, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern neu zu beleben.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren 2019 abgebrochen worden, nachdem die damalige kolumbianische Regierung unter Iván Duque den venezolanischen Oppositionspolitiker Juan Guaidó als „legitimen Präsidenten“ Venezuelas anerkannt hatte. In der Folge erlaubte Kolumbien Guaidó, Parallelinstitutionen in Bogotá aufzubauen, und sprach ihm auch Vermögenswerte des venezolanischen Staates wie das Agrochemieunternehmen *Monómeros* zu. Diese Entwicklung will der neue Präsident Petro korrigieren. Auch die Kontrolle über *Monómeros* wurde an Venezuela zurückgegeben.

Weiter sollen die Kooperation im Bereich des bilateralen Handels, beim grenzüberschreitenden Personenverkehr und bei der Bekämpfung der Kriminalität in der Grenzregion gestärkt, wieder direkte Flugverbindungen eingerichtet und auch die militärische Zusammenarbeit der beiden Staaten wieder aufgenommen werden. Die kolumbianisch-venezolanische Handelskammer rechnet aufgrund der erneuerten Beziehungen heuer mit einer Zunahme des bilateralen Handelsvolumens auf bis zu 1,2 Milliarden US-Dollar, nachdem es 2021 nur rund 400 Millionen betragen hatte.

Philipp Zimmermann, amerika21

Zahlreiche bekannte Persönlichkeiten aus Argentinien, Lateinamerika und Europa haben sich nach der Strafforderung der Bundesstaatsanwaltschaft mit Vizepräsidentin Cristina Kirchner solidarisiert und gegen die politische Manipulation der Justiz protestiert. Die Justizbehörde behauptet, Kirchner sei der Kopf einer illegalen Vereinigung gewesen, die für die Kanalisierung von öffentlichen Aufträgen an befreundete Unternehmer zuständig war.

Argentiniens Präsident Alberto Fernández, die Abgeordneten der peronistischen Regierungskoalition *Frente de Todos*, über 500 Gouverneure und Bürgermeister, die Führung der größten Gewerkschaften, Persönlichkeiten aus Kultur und Sport, und über 2.000 Forscher:- und Professor:innen des *Conicet* (Staatliches Forschungsinstitut) und der Universität Buenos Aires drückten ihr ihren Beistand aus.

International meldeten sich die Staatsoberhäupter Andrés Manuel López Obrador (Mexiko), Luis Arce (Bolivien), Xiomara Castro (Honduras), Miguel Díaz-Canel (Kuba), und Nicolás Maduro (Venezuela), die Ex-Präsidenten Ernesto Samper (Kolumbien) und Evo Morales (Bolivien) und die frühere brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff sowie die in der Puebla-Gruppe versammelten progressiven Politiker:innen Lateinamerikas mit Solidaritätsbekundungen für Kirchner und Kritik an der juristischen Kriegsführung (*Lawfare*) zu Wort. Aus Spanien kam Zustimmung für Kirchner von Pablo Iglesias und Ione Belarra von *Podemos*, aus Frankreich von Jean-Luc Mélenchon (*La France insoumise*).

Der Fall wird verglichen mit den politisch motivierten Verfahren, mit denen gegen Brasiliens Ex-Präsidenten Lula da Silva oder Ecuadors früheren Staatschef Rafael Correa und Vizepräsident Jorge Glas mit arrangierten Prozessen vorgegangen wurde, um sie aus dem politischen Spiel zu werfen.

Der aktuelle Prozess war von Anfang an von schweren Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet. Die Staatsanwaltschaft ging ohne Gutachten, die ihre Beschuldigungen belegen könnten, in den Prozess. Es kam heraus, dass einer der Hauptzeugen manipuliert wurde, der trotzdem aussagen durfte. Die meisten Zeug:innen, auch die der Kläger, be-

stritten die Vorwürfe, und als die Gutachten endlich erstellt wurden, behandelten sie nur fünf von 51 Aufträgen, konnten aber keine illegalen Machenschaften feststellen.

Trotzdem forderten die Bundesstaatsanwälte Diego Luciani und Sergio Mola, die an neun Prozesstagen ihr Schlussplädoyer vortrugen, am Ende zwölf Jahre Haft und das Verbot zur Bekleidung öffentlicher Ämter und der Wählbarkeit. In einem weiteren Regelbruch führten sie während des Plädoyers Zeugen aus anderen Prozessen an sowie vermeintliche neue Beweise, die der Verteidigung nicht vorgelegt waren. Zudem kamen weitere unzulässige Beziehungen zwischen Staatsanwälten und Richtern sowie zwischen ihnen und Mitgliedern der Regierung von Ex-Präsident Mauricio Macri zutage, die den Prozess angeschoben hatte. Befangenheitsanträge wurden kurzerhand abgeschmettert.

Cristina Kirchner verlangte, zu den neuen Beweisen aussagen zu dürfen – laut Prozessordnung ihr Recht. Da die Richter dies nicht zuließen, nahm sie über soziale Medien und Fernsehen die neuen Beweise auseinander und zeigte dabei Versäumnisse der Kläger auf. Sie beschuldigte erneut die Staatsanwälte und Richter, politisch motiviert zu sein. In Buenos Aires und in vielen anderen Städten fanden Solidaritätskundgebungen statt, die von der Polizei vielfach gewaltsam aufgelöst wurden.

Miguel Arndt, amerika21

Aktueller Nachtrag:

Missglücktes Attentat

Am Abend des 1. September entging Cristina Kirchner einem Mordanschlag, als ein Mann mit einer Waffe aus kurzer Entfernung auf ihren Kopf zielte. Er hatte sich unter Anhänger:innen der Vizepräsidentin gemischt, die sich zu ihrem Schutz um ihr Haus versammelt hatten. Die Waffe war geladen, funktionierte aber nicht.

Kurz darauf verurteilte Präsident Alberto Fernández in einer Fernsehansprache den Anschlag und erklärte den 2. September zum Feiertag. Dieser sollte zum Nachdenken anregen sowie die Bürger:innen zur Verteidigung der Demokratie mobilisieren. Er verwies auch auf von konservativen Politiker:innen und Medien ausgehende „Hassreden“.

„Literatur muss eingreifen, damit die Menschen nicht den Verstand verlieren“

Interview mit dem kolumbianischen Schriftsteller Juan Gabriel Vásquez

Es gibt Städte, die in der Literatur eine starke Rolle spielen. Ich denke da an Wien, Paris, New York oder auch Buenos Aires. In Bogotá hat sich keine Literatur entwickelt, die typisch für diese Millionenstadt wäre. Ihr zuletzt auf Deutsch erschienener Roman *Die Gestalt der Ruinen* ist einer der wenigen mir bekannten kolumbianischen Romane, wo die Stadt eine tragende Rolle spielt.

JGV: Ich habe in meinen Romanen immer versucht, Bogotá als Protagonistin darzustellen. Übrigens auch in *Das Geräusch der Dinge beim Fallen*. Da geht es um eine Erforschung dessen, was für meine Generation das Leben in einer von Angst und unvorhersehbarer Gewalt geprägten Stadt gewesen ist. Man geht durch das Zentrum von Bogotá und sieht die Stelle, wo 1914 der liberale Politiker Rafael Uribe Uribe erschlagen wurde, die Straßenecke, wo man 1948 den liberalen Caudillo Jorge Eliécer Gaitán ermordet hat und sogar das Haus, wo (der Befreiungsheld) Simón Bolívar 1828 nur knapp einem Anschlag entkommen ist. Es ist, als ob sich die Geschichte der kolumbianischen Gewalt in wenigen Häuserblocks des Stadtzentrums verdichten würde.

Es gibt viele Schriftsteller, die in Bogotá zur Welt kamen, aber wenige, die über die Stadt geschrieben haben.

Als ich während des Jurastudiums entdeckte, dass ich Schriftsteller werden wollte, fiel mir auf, dass dieses Zentrum von Bogotá, wo meine Universität lag, keinen Platz in der Literatur hatte. Vor allem wenn wir Vergleiche zur Karibikküste ziehen, wie sie García Márquez beschreibt. Eines der vordringlichsten Ziele meines Schreibens war also, diesen Gespenstern der Vergangenheit, die durch die Geschichte des Stadtzentrums spuken, einen Platz zu geben.

Tatsächlich gibt es aber schon Romane über Bogotá. Ich denke da an den jüngst verstorbenen Antonio Caballero, der sich vor allem als brillanter Kolumnist einen Namen gemacht hat. Sein Roman *Sin Remedio* spielt im provinziellen Bogotá der 1970er Jahre. Auch die Trilogie *Femina Suite*



© Ralf Leonhard

von Rafael Humberto Moreno Durán spielt in Bogotá. Moreno Durán imaginiert da ein Bogotá mit U-Bahn und entwirft damit eine Stadt, wie es sie noch nicht gibt. Auch unter den jüngeren Generationen gibt es Autoren wie Santiago Gamboa und Ricardo Silva, für die Bogotá ein literarischer Raum ist. Es gibt also eine Tradition, die allerdings nicht sehr groß ist, aber in den letzten Jahren gewachsen ist.

Kann es sein, dass diese im Hochland gelegene Stadt für den magischen Realismus, der lange in Mode war, zu kalt und feindlich war?

Die kolumbianische Literatur, wie die lateinamerikanische Literatur insgesamt, war anfangs ländlich geprägt. Wir finden das in Peru, in Ecuador aber auch in Mexiko. Dort begann die Stadt mit Carlos Fuentes als Protagonistin aufzutreten. In Peru war es Vargas Llosa, der Lima zum Thema machte. Nach und nach wurden dann auch Bücher geschrieben, die in Bogotá spielen. Aber die Scheinwerfer waren nicht auf sie gerichtet, weil das Werk von Gabriel García Márquez weltweit über Jahre die Vorstellungen über Kolumbien dominiert hat. Und der kam aus einem Dorf mit 5.000 Einwohner:innen an der Atlantikküste. Aber Bogotá wie Lima oder Mexiko sind Städte, deren Geschichte erzählt werden muss, und das versuchen wir zu tun.

Die Geschichte von Bogotá ist auch eine Geschichte der Mordanschläge. Allein im

Wahlkampf 1989/90 wurden drei Präsidentschaftskandidaten ermordet.

Darum geht es ja in *Die Gestalt der Ruinen*. Diese mysteriösen Umstände, die die Ermordung von Personen des öffentlichen Lebens umgeben, sind Teil des politischen Lebens von Kolumbien im 20. Jahrhundert gewesen. Wir wissen, wer Uribe Uribe ermordet und wer José Eliécer Gaitán erschossen hat. Aber wir wissen nicht, welche Mächte dahinterstanden. Kolumbien ist ein Land, dessen Geschichte nicht nur von der Gewalt, sondern auch von Geheimnissen, Schatten und Lügen geprägt ist. Vergleichbares sieht man in anderen Ländern Lateinamerikas nicht. Warum ist das so? Welche sind die geheimen Mechanismen, die dem zugrunde liegen? Und dort, wo die großen Ereignisse von Lügen und Geheimnissen umhüllt sind, muss die Literatur eingreifen, damit die Menschen nicht den Verstand verlieren. Diesen Fragen versuche ich daher auch in meinen Romanen nachzugehen. ◉

Interview: Ralf Leonhard

Juan Gabriel Vásquez, 1973 in Bogotá geboren, hat an der Sorbonne in Paris lateinamerikanische Literatur studiert. 2011 wurde er mit dem Premio Alfaguara, einem der wichtigsten Literaturpreise der spanischsprachigen Welt, ausgezeichnet. 2014 erhielt er den irischen *Impac Literary Award*. Seine Bücher wurden in 30 Sprachen übersetzt. Er lebt mit seiner Familie in Bogotá.



Rechte Schockstrategie



Niklas Franzen: Brasilien über Alles – Bolsonaro und die rechte Revolte
Assoziation A., Berlin/Hamburg 2022;
Taschenbuch, 207 Seiten, € 18,95

Nach vier Jahren Bolsonaro an der Staatsspitze steht Brasilien vor einem Scherbenhaufen: Die Covid-Pandemie hinterließ knapp 700.000 Tote (weltweit höchste Todesrate unter den großen Flächenstaaten), 7 Millionen Brasilianer:innen sind wieder unter die Armutsgrenze gerutscht, womit das Land erneut auf der FAO-Hungerlandkarte Platz genommen hat und die Regierung steht, nicht zuletzt aufgrund ihrer desaströsen Umweltpolitik, als internationaler Paria da.

Vor solchen Folgen hatten Politikbeobachter:innen schon vor Bolsonaros Wahl 2018 gewarnt. Und obwohl sein großes Feindbild Lula da Silva nach gelungener juristischer Rehabilitation bei der im Oktober bevorstehenden Wahl erneut kandidiert und in Führung liegt, kann der Rechtsextremist, dieser desaströsen Bilanz zum Trotz, auf ein gutes Viertel des Wahlvolkes an eingefleischten Anhänger:innen zählen.

Wie ist es zur Wahl dieses langjährigen parlamentarischen Hinterbänklers mit bescheidenem Redetalent gekommen? Wieso kann er nach wie vor eine eingeschworene Anhängerschaft für sich verbuchen? Was haben vier Jahre „Bolsonarismus“ im Land verändert und was wird aus dieser Bewegung nach der aktuell wahrscheinlichen Wahlniederlage? Diesen Fragen geht Niklas Franzen, der mehrere Jahre als Korrespondent von São Paulo aus für Tageszeitungen wie taz und Neues Deutschland berichtete, mit Engagement und Kenntnisreichtum auf den Grund.

Wiewohl er den globalen Aufschwung des Rechtspopulismus nicht außer Acht lässt, konzentriert sich Franzen auf brasilianische

Spezifika. Punkto (fehlendem) Geschichtsbewusstsein erwähnt er den Mythos von der brasilianischen Rassendemokratie, die gern als positiver Kontrast zur Rassentrennung à la USA vorgebracht wird. Dabei wird zum Beispiel die Tatsache, dass der südamerikanische Riese in der westlichen Hemisphäre der Letzte bei der Abschaffung der Sklaverei war (1888) geflissentlich unter den Tisch gekehrt.

Auch die Militärdiktatur (1964-86) wird gern als halb so schlimm, etwa im Vergleich mit Argentinien oder Chile, dargestellt, so dass Bolsonaro ohne großen Aufschrei wiederholt behaupten kann, die Armee hätte damals nicht hart genug durchgegriffen, weshalb die (kulturmarxistische) Linke heute ein großes Problem für das Land sei.

Weitere lange Kapitel, die sich dem Aufstieg Bolsonaros widmen, gehen auf die Politik der vorangegangenen PT-Administrationen (Lula, Rousseff) ein und die erfolgreiche Social Media-Strategie der Rechten. So war die in vielerlei Hinsicht sehr erfolgreiche Politik der Arbeiterpartei auch von einer zunehmenden Passivierung der sozialen Bewegungen begleitet. Der Aufstieg von Millionen Brasilianer:innen als Konsumierende hatte Vorrang vor dem politischen Emanzipationsprojekt, das die PT einst auszeichnete. Und in Sachen Internetkommunikation waren die Rechten 2018 meilenweit voraus, und das in einem Land, das weltweit führende Durchdringungsraten bei den „neuen sozialen Medien“ aufweist.

Im Schlusskapitel erfährt das andere, widerständige Brasilien eine kritische Würdigung, die so gar nicht zum von den Eliten gepflegten Bild des/der bequemen, konfrontationsscheuen Bürgers/Bürgerin passt. Auch geht Franzen auf die erkennbare Strategie Lulas ein, als großer Versöhner einen möglichst breiten Schulterchluss zu erreichen. Diese Positionierung wird angesichts des schon einmal begangenen Verrats durch die Zentrumsparteien vielfach kritisiert, doch sieht der Autor angesichts der fortgeschrittenen Polarisierung durch den Bolsonarismus keine Alternative für Lula.

Ein flott zu lesender, informativer Reader pünktlich zu den nächsten Bundeswahlen ist Niklas Franzen da gelungen, der nur ein sorgsameres Lektorat verdient gehabt hätte.

Jürgen Kreuzroither

Nazi-Netze gestern und heute



Karin Harrasser: Surazo – Monika und Hans Ertl: Eine deutsche Geschichte in Bolivien

Matthes & Seitz Berlin, 2022; 270 Seiten,
€ 26,-

Es ist nicht immer Washington! Karin Harrasser hat ein ungewöhnliches Buch über deutsche Nazi-Netzwerke vorgelegt. Aufhänger ist die vielbesprochene Geschichte der Ertls: Hans Ertl, Extrembergsteiger, Draufgänger, Kameramann von Leni Riefenstahl, Rommels bevorzugter Frontfotograf und Kriegsberichterstatte, der von sich sagte, er sei nie ein Nazi gewesen, habe aber der Sache immer treu gedient. In der Bundesrepublik war er weniger wohlgehten und ging mit Familie nach Bolivien. Seine Tochter Monika politisierte sich dort, schloss sich in der Folge von Che Guevaras gescheitertem bolivianischem Guerillafokus der Guerilla ELN an und erschoss 1971 in Hamburg den Konsularbeamten Roberto Quintanillo, einen Schergen der Repression, den die Diktatur aus dem Schussfeld hatte bringen wollen. Sie selbst wurde am 12. Mai 1973 in La Paz vom bolivianischen Geheimdienst erschossen. Die Geschichte ist ebenso schillernd wie bekannt.

Verdienstvoll an dem über weite Strecken skizzenhaften, recht persönlichen und mit autobiografischen Recherchenotizen durchsetzten Buch ist vor allem die Fokussierung auf den Kontext. Klaus Barbie alias Altmann, der Schlächter von Lyon, war für das Mädchen Monika in Bolivien „Onkel Klaus“. Der Diktator Hugo Banzer war Nachbar ihres Vaters. In ihrem Heimatort Kufstein entdeckte Autorin Harrasser das Haus des Nazi-Netzwerkers und Waffenhändlers Hans-Ulrich Rudel. Auch

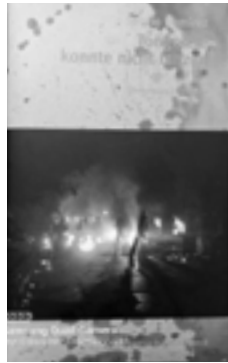
Klaus Barbies Tochter Ute wohnt dort. Nicht nur Pinochet konnte sich, wie sie schreibt, „auf die CIA genauso gut verlassen wie auf die Unterstützung des Waffenhandels- und Militärberatungsnetzwerks rund um Klaus Barbie, Gerhard Mertins, Hans-Ulrich Rudel, die Freunde ihres (Monikas') Vaters.“ Pikant: Als Chefberater des Repressionsapparats der Diktatur dürfte „Onkel Klaus“ wohl über die Jagd auf Monika zumindest im Bilde gewesen sein.

Das Buch bleibt fragmentarisch, behandelt auch Ertl'sche Lebensepisoden und Filmästhetik. Es bleibt insbesondere bei Monikas Lebensgeschichte – auch für die Autorin selbst – etwas unbefriedigend, weil deren Leben zuletzt ja im Untergrund stattfand und es wenig Quellen gibt. Es spinnt verdienstvolle Fäden in die Aktualität: Der notorische Branko Marincović von den Zivilkomitees aus Santa Cruz kommt darin vor. Aber auch die 5.300 Meter hoch über La Paz gelegene Hütte am Chacaltaya, die heute *Cabaña Museo Federico Nielsen Reyes* heißt, nach dem Mitbegründer des *Club Andino* und Übersetzer von „Mein Kampf“ ins Spanische. Letzteres hat scheinbar auch die Verantwortlichen der MAS-Regierung nicht gestört, als das Haus 2014 denkmalgeschützt wurde. Die Autorin besticht durch solches Detailwissen. Daher überrascht es, wenn der exilierte Präsident Goni Sánchez de Lozada als „Vorgänger von Evo Morales als Parteiohmann der MAS“ bezeichnet wird. Ebenso wenig ist Tiwanaku eine Inkastätte, sondern die Hauptstadt einer älteren, eigenständigen andinen Hochkultur.

Das Buch sei vor allem jenen empfohlen, die den Sturz von Morales und die Machtergreifung der Rechten im November 2019 als Verteidigung der Demokratie sehen. Nicht wenige der damaligen Protagonisten sind letztlich Sprösslinge der darin skizzierten Netzwerke. Es steht so nicht im Buch, aber die meisten der Drahtzieher, die während der Flucht von Morales in der *Universidad La Católica* zusammensaßen und die Zukunft Boliviens glaubten bestimmen zu können, indem sie Frau Añez als „Interimspräsidentin“ aus dem Hut zauberten, entstammen der Entourage des Exdiktators Hugo Banzer, dessen Militär- und Geheimdienstberater Klaus Barbie früher war.

Robert Lessmann

Geschichte als Krimi



Sergio Ramírez: Tongolele konnte nicht tanzen

Verlag edition 8, Zürich 2022; 318 Seiten, € 21,80

Dieser Kriminalroman hat den Autor ins Exil getrieben. Die nicaraguanischen Zollbehörden haben vergangenes Jahr die Auslieferung des vom spanischen Verlag *Alfaguara* gedruckten Buches aus fadenscheinigen Gründen verhindert. Der erste Fall offener literarischer Zensur unter Nicaraguas autoritärem Regime. Gegen Sergio Ramírez wurde bald darauf ein Strafverfahren wegen „Schmälerung der staatlichen Souveränität“ eingeleitet, sein Haus in Managua beschlagnahmt. Ramírez, der sich aus medizinischen Gründen in den USA befand, lebt heute in Spanien.

Präsident Daniel Ortega hat das Buch zwar wahrscheinlich nicht gelesen, doch sein Inhalt wird ihm nicht behagen. Ramírez erzählt in Romanform die Ereignisse rund um den Volksaufstand von 2018, der das Regime drei Monate lang ins Wanken brachte und Nicaragua von einem autoritären Regime in eine brutale Diktatur verwandelt hat. Während es in Wirklichkeit eine Reform der Sozialversicherung war, die Rentner und Unternehmer am meisten getroffen hätte, fehlt im Buch ein bestimmter Anlass für Massenproteste, die im Fällen der kitschigen metallenen „Lebensbäume“ gipfeln, die in Managua und anderen Städten die Straßen säumen. Protagonist ist der ehemalige Polizist Dolores Morales, der sich als heruntergekommener Privatdetektiv verdingt. Begleitet wird er von Rambo, einem Veteranen des Befreiungskampfes gegen die Somoza-Diktatur, und „Lord Dixon“ einem afro-nicaraguanischen Ex-Polizeiinspektor, der zwei Bücher vorher bei einem Sprengstoffanschlag ums Leben gekommen ist und nur mehr als Geist auftritt, um seine

Kommentare abzugeben. Morales kennt man schon aus den Bänden *Um mich weint niemand mehr* und *Der Himmel weint um mich* (beide in der edition 8 erschienen). Auch die Handlung knüpft dort an, wo der zweite Band der Trilogie endete, nämlich jenseits der Grenze in Honduras, wohin der Detektiv, der einen heiklen Fall zu gut gelöst hat, deportiert wurde.

Tongolele ist der Spitzname des Geheimdienstchefs Anastasio Prado, der genauso wie die real existierende und unter diesem Bühnennamen bekannte mexikanische Revue-Sängerin Yolanda Montez eine graue Locke im schwarzen Haar trägt. Er trachtet Morales, der heimlich nach Managua zurückkehrt, nach dem Leben. Inzwischen ist der Aufstand losgebrochen und der Machthaber, der nur *Comandante* genannt wird, entfesselt eine brutale Repression, für die neben Polizei und Spezialkräften auch Söldner und Paramilitärs eingesetzt werden. Kommandiert werden sie von Silverio Pérez, alias Leónidas, der im wirklichen Leben Edén Pastora hieß und letztes Jahr gestorben ist. Wie er kommen reale Personen unter Pseudonym, andere mit Klarnamen vor. Geschildert werden Szenen, die von verschiedenen nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen dokumentiert sind. Etwa das Niederbrennen einer Matratzenfabrik, deren Eigentümer sich geweigert hatte, Scharfschützen auf seinem Dach in Stellung gehen zu lassen. Mehrere Personen, darunter zwei Kinder, starben in den Flammen.

Morales entkommt dank der Hilfe eines Priesters und seiner umtriebigen Assistentin doña Sofía den Nachstellungen des Geheimdienstes. Der Aufstand wird zwar binnen weniger Tage niedergeschlagen, doch dann werden innerhalb des Machtapparats Rechnungen beglichen. Ramírez widmet diese Schilderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse seines Heimatlandes den Hunderten „von jungen Leuten, die ums Leben kamen“ und ihren Angehörigen, „die immer noch auf Gerechtigkeit warten.“

Das Buch konnte zwar nie aus dem Zoll geholt werden, verbreitete sich aber in Windeseile als pdf über die sozialen Medien. „Ich sehe das als eine Form des Widerstandes gegen die Diktatur. Streng genommen ist das ein Akt der Produktpiraterie, aber der Verlag ist dagegen machtlos.“ So der lapidare Kommentar von Ramírez. Der Übersetzer Lutz Kliche, der selbst eine Zeit in Nicaragua ge-

lebt hat, wird auch mit den ausgefallensten Nicaraguanismen fertig. Dennoch sind für die Lektüre Grundkenntnisse der jüngeren Geschichte des Landes von Vorteil.

Ralf Leonhard

Liebe hinter Gittern



Guillermo Arriaga: Das Feuer retten

Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 2022; 800 Seiten, € 28,-

Eine Frau verliebt sich in einen gefangenen Gewaltverbrecher. Kein neues Thema, das hier allerdings ganz anders als entlang der gängigen Erzählungen abgehandelt wird. Es geht hier nicht um ein Mauerblümchen, das über eine Brieffreundschaft einem Mörder verfällt. Vielmehr ist die Ich-Erzählerin eine erfolgreiche Ballettchoreographin, die in einer glücklichen Ehe mit einem erfolgreichen Finanzmanager lebt und für ihre zwei Kinder jedes Opfer bringt. Sie lebt das Leben einer mexikanischen Oberschichtsfrau, frei von materiellen Sorgen. Was sie umtreibt, ist die perfekte Choreographie, die nicht nur die Kritik, sondern sie selbst überzeugen soll.

Ihr beschauliches Leben nimmt eine dramatische Wende, als sie sich von einem Freund überreden lässt, mit ihrer Truppe in einem Gefängnis aufzutreten. Dort verschaut sie sich – wie ihr der schwule Freund vorhergesagt hat – in den zu 50 Jahren verurteilten Häftling Cuauhtémoc Huitzlic. Anders als sein indianischer Vater ist er groß, blond und athletisch. Dank des Drills des ehrgeizigen Vaters beherrscht er mehrere Sprachen, ist ungewöhnlich belesen und in kulturellen wie philosophischen Fragen sattelfest. Der Vater Ceferino, der universale Bildung und indigenen Stolz in seine beiden Söhne und seine Tochter

gleichsam hineingeprügelt hat, ist einer der Protagonisten dieses Romans, obwohl er längst tot ist. Als er nach einem Unfall hilflos im Rollstuhl saß, übte sein Sohn Cuauhtémoc feurige Rache an ihm und verschwand für Jahre im Jugendvollzug. Der andere Sohn, Benito Luis Narciso, reflektiert am Grab über die von Angst vor körperlichen Züchtigungen geprägte Kindheit, die politische Karriere und sexuelle Unersättlichkeit des Vaters und über den auf die schiefe Bahn geratenen, aber von ihm bewunderten Bruder.

Die Liebesgeschichte zwischen den beiden ungleichen Charakteren – der reichen Tänzerin Marina Longines und dem mehrfachen Mörder Cuauhtémoc Huitzlic – spielt sich vor dem Hintergrund der mexikanischen Drogenkriminalität, der politischen Korruption und der scheinbar unüberwindlichen Klassengegensätze ab. Von einer schmutzigen Kuschelzelle, in der sie die erste Liebesstunde verbringen dürfen, bis zum Luxusappartement samt Champagner und Gourmet-Menü, das der korrupte Gefängnisdirektor den Liebenden für viel Geld vermittelt, entsteht eine leidenschaftliche Beziehung, die beide nicht beenden können, obwohl absehbar ist, dass sie nur tragisch enden kann. Gleichzeitig wird der Gefangene von seinem einst besten Freund verfolgt, der sich für einen Seitensprung seiner Geliebten rächen will. Der Autor schildert glaubwürdig, wie die Drogenbosse auch hinter Gittern ihre Geheimdienste und Auftragskiller losschicken, Beamte und Politiker bestechen und in Luxuszellen hofhalten.

Trotz der Gewalt und Brutalität, die zwischen rivalisierenden Banden geübt und eindringlich beschrieben wird, ist das kein reißerischer Roman. Der Autor von Drehbüchern international erfolgreicher Filme wie *Amores Perros* und *Babel* liefert ein intimes Portrait Mexikos in der Zeit der Drogenkriege. Es ist ein Land, wo man für Geld von der kleinen Prostituierten bis zum Minister fast alles und jeden kaufen kann, aber das Leben nichts wert ist und sehr schnell vorbei sein kann. Und es bleibt bis zur letzten Seite und dem überraschenden Ende packend.

Ralf Leonhard

Koalition gegen Verschwindenlassen – ein Netzwerk gegen das gewaltsame Verschwindenlassen

Menschen verschwinden zu lassen, ist eines der grausamsten Mittel, Macht und Kontrolle auszuüben. Es verbreitet Angst und Schrecken, zermürbt die Angehörigen und stellt eine besonders schwere, multiple Menschenrechtsverletzung dar. Einst vor allem gängige Praxis unter (lateinamerikanischen) Militärdiktaturen, kommt es heute in jeder Region der Welt und in den verschiedensten Zusammenhängen zum Verschwindenlassen von Personen.

Die Koalition gegen Verschwindenlassen ist ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitutionen und Einzelpersonen, das sich seit dem Jahr 2015 gegen das Verschwindenlassen von Personen einsetzt. Seitdem informieren wir auf unserer Website <https://gewaltsames-verschwindenlassen.de> umfassend zum Thema. Zum Verschwindenlassen gehört auch, dass eine Aufklärung systematisch verhindert wird. Daher verbreiten wir Informationen und bündeln Anstrengungen, um gemeinsam gegen das Verschwindenlassen und die strukturelle Straflosigkeit vorzugehen und für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten. Dem Schweigen setzen wir die Veröffentlichung von Berichten, Artikeln und Interviews entgegen und rufen zu Mitmachaktionen auf.

Alle drei Monate erscheint außerdem unser Newsletter mit Informationen zu weltweit neuen Entwicklungen zum Thema, Hinweisen auf Veranstaltungen, Aktionen und Literatur. Wer informiert bleiben will, kann unseren Newsletter „Wo sind sie?“ hier abonnieren:

<https://gewaltsames-verschwindenlassen.de/newsletter>.

